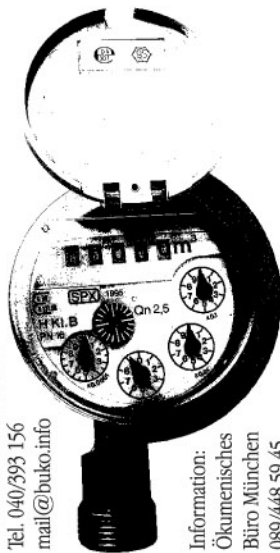


# Entwick- lungs- politik als Herr- schafts- technik?

In Zusammenarbeit mit der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) und der Rosa Luxemburg Stiftung veranstaltet das Ökumenische Büro ein Wochenendseminar zu

Anmeldung bis zum 14.3.08 an:  
Geschäftsstelle der BUKO  
Tel. 040/393 156  
mail@buko.info



Information:  
Ökumenisches  
Büro München  
089/448 59 45  
nica@oeku-buero.de

Entwicklungspolitik formuliert den Anspruch, mit universellen Zielen im Dienste der ganzen Menschheit zu stehen. In diesem Seminar soll herausgearbeitet werden, dass bereits in dem Begriff „Entwicklung“ ein Vormachtsanspruch des Nordens über den Süden enthalten ist, der in der Praxis der Entwicklungs-  
“zusammenarbeit“ seinen Ausdruck findet. – Kann „Entwicklung“ sinnvoll neu definiert werden?

Diese Überlegungen sollen anhand von Beispielen aus der Praxis deutscher Entwicklungszusammenarbeit in Lateinamerika diskutiert werden. Welche Folgerungen ergeben sich daraus für eine Praxis der Solidaritätsarbeit?

ReferentInnen:

**Dr. Aram Ziai**, Soziologe und Politikwissenschaftler an der RWTH Aachen

**Danuta Sacher**, Leiterin der Abteilung Politik und Kampagnen bei Brot für die Welt

**Dr. Susanne Schultz**, Lateinamerika-Referentin der Rosa Luxemburg Stiftung

Am 28.-30. März 2008

auf der Burg Schwaneck in Pullach bei München

Beitrag: € 35,- /ermäßigt € 20,-

# Informationsmaterialien zum Seminar

## Inhaltsverzeichnis:

<i>Imperiale Repräsentationen</i>	3
<i>(AG 1)</i>	11
<i>Die Wandlung von Wasser in Ware</i>	11
<i>Wasserprivatisierung gestoppt?</i>	19
<i>Terror in Suchitoto</i>	22
<i>Wie deutsche Entwicklungspolitik die Natur in Nicaragua „rettet“ ....</i>	25
<i>Ausverkauf der Ressourcen? Wie CBM, PPP und CAFTA ineinander greifen</i>	29
<i>Aufstandsbekämpfung durch GTZ und EU in Chiapas</i>	33
<i>(AG 2)</i>	36
<i>CIMIC - Zivil-militärische Zusammenarbeit als Legitimations- und Effektivierungsinstrument deutscher Kriegspolitik</i>	36
<i>Ein Leben für den geregelten Mittelabfluß</i>	44
<i>(AG 3)</i>	62
<i>Palmen für Palmerita</i>	62

# Imperiale Repräsentationen

## Vom kolonialen zum Entwicklungsdiskurs

von *Aram Ziai*

Koloniale Diskurse über »unzivilisierte Völker« und die legitime Vorherrschaft des »weißen Mannes« erscheinen aus heutiger Sicht als vollkommen anachronistisch. Doch der in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hegemonial gewordene Entwicklungsdiskurs weist mehr Kontinuitäten zum kolonialen Denken auf, als auf den ersten Blick sichtbar ist.

Ob Cecil Rhodes von den Vorteilen der segensreichen englischen Weltherrschaft schwärmt, der französische Außenminister G. Hanotaux in »barbarischen Landstrichen« die »Zivilisation« verbreiten oder Kaiser Wilhelm II. andere Weltteile für die »christliche Gesittung« gewinnen will, ob der US-amerikanische Politiker A. J. Beveridge von Gottes Vorsehung, der Alldeutsche Verband vom »Recht eines Herrenvolkes« oder der belgische König Leopold II. von einem »Kreuzzug gegen die Finsternis« redet: Die Rechtfertigungen imperialer Eroberungspolitik Ende des 19. Jahrhunderts sind weitgehend austauschbar. Die Grundstruktur des kolonialen Diskurses ist zunächst die Zweiteilung der Welt in »zivilisierte Völker« oder »Nationen« und »unzivilisierte Stämme« oder »Menschenmassen« – wobei letztere nicht zur Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten in der Lage sind und erstere ihnen dabei zu Hilfe kommen, da sie von Gott oder der Natur zur Herrschaft vorbestimmt und fähig, ja sogar um der Menschheit Willen dazu verpflichtet sind. So weit, so simpel.

Gleichzeitig werden mit dieser legitimatorischen Funktion kolonialer Wissensproduktion Identitäten konstruiert. Dabei kann sich die eigene europäische, westliche oder abendländische Identität als fortschrittlich, freiheitlich und zivilisiert sowie als ideale Norm menschlicher Existenz selbstverständlich nur in der Abgrenzung zu einem rückständigen, barbarischen »Anderen« herausbilden, das als defizitäre Abweichung von dieser Norm definiert wird.<sup>[1]</sup> Diskursive Konstruktionen ermöglichen auch dann die Selbstzuschreibung als »zivilisiert«, wenn man sich in den Kolonien der Folter und ähnlicher, eher mit dem Etikett »unzivilisiert« gekennzeichneter Praktiken bedient. Ein Beispiel dafür ist der Regionalexperte John Foreman, der 1898 über die Praxis der US-Regierung auf den Philippinen urteilt: »Die Filipinos, wie auch viele andere nichteuropäische Rassen, betrachten einen Akt der Großzügigkeit oder ein freiwilliges Zugeständnis an die Gerechtigkeit als ein Zeichen von Schwäche. Daher wird der (in der Kolonialpolitik) erfahrene Europäer oftmals genötigt, härter vorzugehen, als es seine eigene Natur ihm vorschreibt.«<sup>[2]</sup> Das solcherart produzierte »Wissen« ermöglicht den »Zivilisierten« die Anwendung »barbarischer« Praktiken.

## Koloniale Mimikry

Die Anwendung brutaler Praktiken wird darüber hinaus als rational gekennzeichnet. Der Kolonialdiskurs konstruiert hier wie auch an zahllosen anderen Stellen ein Ensemble von Differenzen: rational/emotional, vernunft-/instinktgeleitet, fähig/unfähig zur Herrschaft, souverän/abhängig, kolonisierend/kolonisiert, höher-/minderwertig usw. Die einzelnen Zuschreibungen sind durch Äquivalenzketten verknüpft: höherwertig sein bedeutet zivilisiert sein, zivilisiert sein bedeutet rational handeln, rational handeln bedeutet zur Herrschaft fähig sein, und so fort. Der implizite Fixpunkt, um den die Differenzen gruppiert sind, ist die »Rassenzugehörigkeit«, genauer: Die Rassen- und Geschlechterzugehörigkeit. Die positiven Begriffe finden ihre Verkörperung im »weißen Mann«. Dieser bildet auf der kollektiven Ebene die Grundlage für das »Herrenvolk«. Der »weiße Mann« konstituiert somit das, was Politikwissenschaftler Ernesto Laclau den Nodalpunkt oder »dominanten Signifikanten« eines Diskurses nennt: das Zentrum, das als Referenzpunkt für jene Differenzen dient, anhand derer die jeweiligen Identitäten konstruiert werden. Er ist der Maßstab aller Dinge.

Dementsprechend werden »die Eingeborenen«, die im Kolonialdiskurs das »Anderere« des weißen Mannes darstellen, im besten Fall als naturverbundene Kinder, im schlechtesten als tierhafte Wilde dargestellt. Die Differenz des »Anderen« zum weißen Mann wird dabei gleichzeitig universalistisch geleugnet und essentialistisch verfestigt: Geleugnet wird sie, da in der ethnozentrischen Bewertung der Eingeborenen nur als minderwertiges und unvollkommenes Abbild der eigenen Norm menschlicher Existenz erscheint, das im Hinblick auf diese Norm zu erziehen und assimilieren ist. Das Unbekannte, Fremde erscheint so als defizitäre Version des Bekannten und Eigenen. Der postkoloniale Theoretiker Homi Bhabha spricht deshalb von »kolonialer Mimikry«. Verfestigt wird die Differenz, da trotz aller Erziehung und »Hebung« der Kolonisierten diese innerhalb der Diskursordnung immer wesensmäßig minderwertig bleiben und nie ganz das Zivilisationsniveau des weißen Mannes erreichen.

Allerdings ist bereits hier das Element der »Entwicklung« im Kolonialdiskurs anzutreffen. Während zwar selbst im frühen 20. Jahrhundert noch viele Liberale die Vorstellung zurückwiesen, »die Neger seien nur noch nicht soweit entwickelt wie wir«, finden sich schon im 19. Jahrhundert andere wie John Stuart Mill, die die (unhinterfragte) Minderwertigkeit der Kolonisierten auf historische statt auf »rassische« Gegebenheiten zurückführen: die Europäer seien einfach »weiter fortgeschritten in der Geschichte der menschlichen Verbesserung«. Hier wird die im Gefolge der Aufklärung und im sozialwissenschaftlichen Evolutionismus des 19. Jahrhundert populär gewordene eurozentrische Denkfigur formuliert, dass die Zustände in Afrika, Asien und Amerika vor der Besiedelung durch Weiße weiter zurückliegende Stufen der menschlichen Evolution darstellen.

Bei der Anwendung dieser Denkfigur auf die Kolonien erfährt der Begriff »entwickeln« jedoch eine Verschiebung: er wird vom intransitiven zum transitiven Verb, d.h. »sich entwickeln« wird ersetzt durch »andere entwickeln«. Die Kolonialmächte übernehmen treuhänderisch die Aufgabe der »Entwicklung der rückständigen Gebiete«. »Entwicklung« bezieht sich jedoch zunächst auf die Ausbeutung der wirtschaftlichen Ressourcen der Region und die »Zivilisierung« der Kolonisierten – nicht aber auf die Verbesserung von deren Lebensstandard. Erst in einem langen und diskontinuierlichen Prozess während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts setzt sich die Vorstellung durch, dass die »Entwicklung« einer Kolonie mit einer materiellen Verbesserung für die einheimische Bevölkerung verbunden sei.<sup>[3]</sup>

Ein Zwischenschritt auf diesem Weg ist das Mandatssystem des Völkerbunds. Die Rechtfertigung der Vormundschaft einiger Länder über andere wird an das Wohlergehen der beherrschten Bevölkerung geknüpft. Einige Länder (jene, die »von Völkern bewohnt wurden, welche den harten Bedingungen der modernen Welt noch nicht alleine standhalten konnten«, wie es beim Völkerbund heißt) bedürften zwar noch der »Anleitung« durch andere, aber nur unter Überwachung einer internationalen Organisation, der Permanent Mandates Commission. Hier weht bereits ein Hauch von Universalismus: von einer »natürlichen« Ungleichheit der Völker ist keine Rede mehr. Eine neue Diskursordnung formiert sich, die in der Nachkriegszeit und mit der Dekolonisierung zur bestimmenden Struktur in den Darstellungen der Nord-Süd-Beziehungen wird.

## **Diskursive Diskontinuitäten**

Der Entwicklungsdiskurs der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weist einige grundlegende Veränderungen gegenüber dem Kolonialdiskurs auf. Als wichtigste ist sicherlich zu nennen, dass die Menschen in den entsprechenden Ländern nicht mehr als unfähig dargestellt werden, sich selbst zu regieren. Der koloniale Rassismus ist insbesondere durch die nationalsozialistische Rassenpolitik weitgehend diskreditiert. Das ‚Selbstbestimmungsrecht der Völker‘ und die allgemeinen Menschenrechte erfahren daher auf der diskursiven Ebene immer uneingeschränktere Zustimmung.

In der viel zitierten Antrittsrede von US-Präsident Harry S. Truman wird 1949 die neue Diskursordnung deutlich: »(...) wir müssen ein kühnes neues Programm auf den Weg bringen, um die Vorzüge unseres wissenschaftlichen und industriellen Fortschritts der Verbesserung und dem Wachstum der unterentwickelten Gebiete verfügbar zu machen. (...) Mehr als die Hälfte der Menschen auf der Welt lebt unter nahezu elenden Bedingungen. (...) Ihre Wirtschaft ist primitiv und stagnierend. Ihre Armut ist ein Hemmnis und eine Bedrohung, sowohl für sie als auch für die wohlhabenderen Gebiete. (...) Ich glaube, daß wir friedliebenden Völkern die Vorzüge unseres gesammelten technischen Wissens zur Verfügung stellen sollten, um ihnen das Streben nach einem besseren Leben zu erleichtern. Und wir sollten (...) Kapitalinvestitionen in Gebiete, die Entwicklung brauchen, fördern. (...) Unser Ziel sollte sein, den freien Völkern der Welt zu helfen, durch ihre eigenen Anstrengungen mehr Nahrung, mehr Kleidung, mehr Baumaterial und mehr ihre Mühsal erleichterndes mechanisches Gerät herzustellen. (...) In unseren Plänen ist kein Platz mehr für den alten Imperialismus, der Ausbeutung zugunsten von Profiten bedeutete. Was uns vorschwebt ist ein Programm der Entwicklung auf der Grundlage von demokratischem fairem Handel.«

Sichtbar wird bei Truman die Annahme von der eingeschränkten Gleichwertigkeit der Völker: alle sind gleich, nur einige sind auf der universellen Entwicklungsbahn der Menschheit nicht so weit fortgeschritten: Sie sind »unterentwickelt«. Nach dem Wegfall des rassistischen Elements wird jedoch kaum noch von unterentwickelten Völkern oder Menschen gesprochen, sondern in der Regel von unterentwickelten Ländern oder Regionen. Der Gegenstandsbereich wird sozialgeographisch statt biologisch erfasst. Die Zweiteilung »zivilisiert/unzivilisiert« wird durch den Dualismus »entwickelt/unterentwickelt« ersetzt. Das daran anknüpfende Ensemble der Differenzen lässt sich wie folgt skizzieren: Industrieller und wissenschaftlicher Fortschritt vs. Stagnation, Technologie vs. Handarbeit, Modernität vs. Tradition, hohe vs. niedrige Produktivität, materieller Wohlstand vs. Armut, Freihandel und Demokratie vs. alter Imperialismus, Entwicklungshilfegeber vs. Entwicklungshilfenehmer usw.

Wieder sind die einzelnen Elemente dieses Diskurses untrennbar miteinander verknüpft: ein besseres Leben ist ohne industriellen Fortschritt nicht denkbar, dieser bedarf der Produktivitätssteigerung und des Wirtschaftswachstums, Voraussetzungen dafür sind Freihandel und Weltmarktintegration etc. Der Referenzpunkt für die neuen Differenzen ist die »entwickelte« Industriegesellschaft, primär die der USA. Auch wenn der Nodalpunkt des Entwicklungsdiskurses geschlechtsneutral scheint, so sind die mit ihm assoziierten Werte (Technologisierung, Modernität, Rationalität, Produktivität) unverkennbar maskulin konnotiert. Anhand dieser Norm werden die Länder des Südens und die zahllosen heterogenen Gesellschaftsformen der dort lebenden Menschen als defizitär klassifiziert: sie leiden an einem »Mangel an Entwicklung«. Aufgrund dieser Diagnose wird die entsprechende Medizin verordnet: »Entwicklung« in Form von Modernisierung, Technologietransfer und Kapitalinvestitionen.

Die »Entwicklung« der ehemaligen Kolonien wird in diesem Diskurs zu einer zentralen Aufgabe, die nach dem Wegfall des rassistischen Elements nicht mehr den »Eingeborenen« vorenthalten werden kann und somit den neuen Eliten der postkolonialen Staaten zufällt. Diese, wie auch weite Teile der Bevölkerung, nehmen den Entwicklungsdiskurs durchaus positiv auf. In ihm werden sie schließlich als gleichberechtigte Teilnehmer im »Entwicklungswettbewerb« konstruiert, die den Rückstand gegenüber den führenden Nationen in wenigen Jahrzehnten aufholen können. Zugleich wird allerdings eine Identität der »Unterentwickelten« als rückständig und Teil einer unterlegenen Kultur produziert, deren Defizite nur durch Übernahme von Idealen wie Produktivität und Modernität sowie ständiges Streben nach Angleichung an die Norm auszugleichen sind.

Die im Entwicklungsdiskurs hervorgebrachte Identität der »Entwickelten« hingegen ist nicht nur verknüpft mit den Idealen von Freiheit und Demokratie, Freihandel und Fortschritt, sie ist in einem entscheidenden Punkt auch eine »Samariter-Identität«: Den Not leidenden Völkern wird Entwicklungshilfe gewährt. Dass hierbei auch eigene Interessen im Spiel sind, wird schon von Truman offen zugegeben: Die Armut des Südens wird als »Hemmnis« und als »Bedrohung« dargestellt. Ein Hemmnis ist sie für die Expansion der US-Wirtschaft, die in der Nachkriegszeit auf neue Absatzmärkte und alte Rohstofflager angewiesen war, eine Bedrohung ist sie vor dem Hintergrund der Gefahr des »Überlaufens« im Kalten Krieg. Die zentrale Bedeutung der Hegemonialisierung dieser Problemkonstruktion ergibt sich aus der veränderten globalen Konstellation nach dem Zweiten Weltkrieg und der anti-kolonialen Stoßrichtung des Entwicklungsdiskurses: Im Gegensatz zum »alten Imperialismus« ist nun das Ziel die Prägung von (afrikanischen, asiatischen, lateinamerikanischen) Subjekten, die aus freien Stücken eine Weltordnung unterstützten, die den Interessen der Metropolen entsprach.

## **Diagnosen und Therapien**

Die Dependenztheorien setzen dieser modernisierungstheoretischen Konzeption in den sechziger und siebziger Jahren einen alternativen Entwurf entgegen. Er bricht die Beschränkung des Entwicklungsdiskurses auf die nationalstaatliche Ebene auf und analysiert »Unterentwicklung« wie auch »Entwicklung« als zwei Seiten einer Medaille, nämlich des kapitalistischen Weltsystems. Dementsprechend lautet die Therapieempfehlung nicht Weltmarktintegration, sondern Abkopplung und »autozentrierte« Entwicklung. Hinsichtlich der Problemkonstruktion verbleiben die Dependenztheoretiker jedoch im Entwicklungsdiskurs. So wird z.B. bei Hernando Enrique Cardoso und Enzo Faletto die im Süden zu verwirklichende »echte« (im Gegensatz zu »assoziativ-abhängiger«) Entwicklung definiert als »eine Verringerung der Abhängigkeit und die Wandlung des Wirtschaftssystems von einer peripheren zu einer zentralen Ökonomie«.<sup>[4]</sup> Mit anderen Worten: anzustreben ist

der Übergang zur metropolitanen Industrienation. Das Differenzsystem des Entwicklungsdiskurses bleibt weitestgehend intakt.

Der von dependenztheoretischer Seite nur partiell unterminierte Dualismus »helfende vs. hilfsbedürftige Länder« hat noch weitere Implikationen. Nachdem die »barbarischen Massen« der Kolonialzeit nun als Menschen angesehen werden, gerät das Problem der globalen Armut in den Blick. Die Entwicklungshilfe dient jedoch nicht nur dem Kampf gegen die Armut, sondern auch ihrer Überwachung, ihrer Verwaltung und ihrem Management – gerade auch im Hinblick auf ihre potenziell bedrohlichen Konsequenzen für die kapitalistische Weltordnung. Dazu notwendig sind Institutionen, die Wissen über die Dritte Welt und ihre Subjekte produzieren und diese sichtbar, messbar und zum Objekt von Sozialtechnologie machen.<sup>[5]</sup> Die Rolle der Entwicklungsländerforschung ist hierbei durchaus kritisch zu sehen. Die Scharen von EntwicklungshelferInnen und ExpertInnen, die von Nord nach Süd wandern, tragen zur Verfestigung dieser Struktur bei: die Menschen im Süden haben Probleme, und die Menschen aus dem Norden verfügen über Lösungen. Dass es im Norden Probleme gibt, für die im Süden problemlösendes Wissen vorhanden ist, ist eine Aussage, für die im Entwicklungsdiskurs kein Raum ist.

Festzuhalten bleibt, dass der Entwicklungsdiskurs gegenüber dem kolonialen Diskurs in stärkerem Maße auf die Identitätsproduktion im Süden ausgerichtet ist, da in ihm die gewaltsame Durchsetzung metropolitaner Interessen nicht vorgesehen ist.<sup>[6]</sup> Dies ist die logische Konsequenz aus der Delegitimierung rassistischer Ungleichheitsvorstellungen, welche die Grundlage für Herrschaftsstrukturen auf internationaler Ebene darstellten. Aus dieser Perspektive erscheint die neue Diskursordnung zunächst als emanzipatorischer Fortschritt.

Die trotz der vielen Veränderungen unübersehbaren Konstanten zwischen Kolonial- und Entwicklungsdiskurs beziehen sich zum einen auf die grundlegende Diskursstruktur, zum anderen auf die geschichtsphilosophischen und sozialtechnologischen Elemente sowie daraus resultierend auf den Eurozentrismus und das Gewaltpotenzial. Die grundlegende Struktur beider Diskurse ist die Zweiteilung der Welt in einen fortgeschrittenen, überlegenen Teil und einen zurückgebliebenen, minderwertigen Teil. Das Eigene dient als Norm, anhand derer die Minderwertigkeit des Fremden objektiv nachgewiesen wird. »Entwicklung« wird immer noch mit Fortschrittsindikatoren wie Bruttosozialprodukt, Lebenserwartung oder Schulbildung »gemessen«, während beispielsweise Gastfreundschaft, nicht monetäre soziale Netze oder ein nicht rein instrumenteller Umgang mit der Natur unberücksichtigt bleiben. Das Differenzsystem der Entwicklungsära schließt unmittelbar an das der Kolonialperiode an, seine Zweiteilungen erscheinen durch die umfangreiche Vorarbeit des Vorgängerdiskurses geradezu selbstverständlich.

Das geschichtsphilosophische Element besteht in der (vom sozialwissenschaftlichen Evolutionismus des 19. Jahrhundert übernommenen) Vorstellung eines einheitlichen menschlichen Entwicklungswegs, auf dem die westlichen Industrienationen weiter fortgeschritten als die nicht-westlichen Länder seien. Die unzähligen Möglichkeiten menschlicher Gesellschaft werden auf den Nachvollzug des westeuropäischen Industriekapitalismus reduziert, dessen Herausbildung als notwendiges Stadium der Menschheitsgeschichte verklärt wird. Der Diskurs der »Entwicklung« ist somit durch und durch eurozentrisch. Das sozialtechnologische Element, die Länder des Südens (und die dort lebende Bevölkerung) nach rationalen Gesichtspunkten umzugestalten, ist ebenfalls erhalten geblieben. Allerdings sind es jetzt die von entwicklungspolitischen Organisationen unterstützten staatlichen Institutionen in den so genannten Entwicklungsländern selber, die

»im Interesse der nationalen Entwicklung« entsprechende Maßnahmen auch autoritär umsetzen.

Das koloniale Konzept der Treuhandschaft geht in der postkolonialen Ära auf die Entwicklungsexperten über, ohne jedoch sein Gewaltpotenzial einzubüßen.<sup>[7]</sup> Zwar ist hierbei oft eine Überschneidung von Staats- und Entwicklungsdiskurs festzustellen, das autoritäre Element ist jedoch untrennbar auch in letzterem verankert. Das Wissen von der »Entwicklung« ist Wissen über die Falschheit anderer Lebensweisen. Es verleiht Eingriffen in diese die Aura der guten Tat. Das autoritäre Element ergibt sich aus einer Formationsregel des Entwicklungsdiskurses: eine Äußerung im Entwicklungsdiskurs bedingt die Position einer Person, die weiß, was »Entwicklung« ist und wie man sie erreichen kann. Andersartige Äußerungen erscheinen inhaltsleer. Dies bedingt die Unterordnung der Vorstellungen anderer Personen.<sup>[8]</sup>

Namhafte Entwicklungstheoretiker belegen regelmäßig, dass die eurozentrischen und sozialtechnologischen Elemente auch heute noch im Entwicklungsdiskurs präsent sind: So z.B. die Entwicklungssoziologen Volker Lühr und Werner Schulz, wenn sie als Ziel der Entwicklungstheorie die »Globalisierung des 'Projekts der Moderne' nach europäisch-angelsächsischem Muster« formulieren<sup>[9]</sup>, der ehemalige Dependenztheoretiker Dieter Senghaas, wenn er von »zurückgebliebenen Gesellschaften« spricht<sup>[10]</sup>, oder der Modernisierungstheoretiker Wolfgang Zapf, wenn er das Ziel der Entwicklung als moderne Gesellschaft mit den »Basisinstitutionen der Konkurrenzdemokratie, der Marktwirtschaft, des Wohlfahrtsstaates und des Massenkonsums« beschreibt und dabei die Umwandlung der Gesellschaftsmitglieder in »gut ausgebildete, mobile, flexible, leistungsbewußte Persönlichkeiten« fordert.<sup>[11]</sup> Die Experten aus dem Norden wissen eben immer noch, wie der Süden umgestaltet werden muss: nach ihrem Vorbild und ihren Wertvorstellungen.

## **Entwicklung in der Krise**

Seit Mitte der achtziger Jahre ist diese Diskursordnung aus mehreren Gründen in der Krise. Erstens: Mit dem Ende des Kalten Krieges fällt die strategische Notwendigkeit von Entwicklungshilfe weg. Zweitens: Neoliberale stellen den Sinn von Entwicklungshilfe in Frage, weil sie den Marktgesetzen zu wider laufe. Drittens: Die Integration von zumindest ursprünglich kritischen Konzepten wie Nachhaltigkeit, Empowerment oder Partizipation in den herrschenden Entwicklungsdiskurs bricht dessen duale Grundstruktur teilweise auf: unter ökologischen Gesichtspunkten können die Industrienationen nicht mehr als vorbildlich »entwickelt« gelten, und der Empowerment-Gedanke unterminiert das Wissen und die Definitionsmacht der Entwicklungsexperten. Die (nichtdiskursive) Praxis der Entwicklungszusammenarbeit ändert sich durch die letztgenannten Faktoren jedoch nur langsam. Das von manchen Beobachtern bereits konstatierte »Ende des Entwicklungsdiskurses« beruht daher vor allem auf dem Aufstieg des neoliberalen Diskurses, der auf marktorientierte Umstrukturierungen setzt – in »Entwicklungs-« wie auch in »entwickelten« Ländern.

Ob die gegenwärtige Transformation in eine neue hegemoniale Diskursordnung mündet, die entweder von Wettbewerbsimperativen und der Ökonomisierung des Sozialen, von »verantwortungsvoller Regierung der Einen Welt« oder von neokolonialen Protektoraten und Treuhandschaften gekennzeichnet ist, ist derzeit noch nicht ausgemacht. Zu erwarten ist, dass auch die neue Ordnung primär von Kräften und Kämpfen im Norden geprägt werden wird.



Dieser Beitrag erschien zuerst in der Zeitschrift [informationszentrum 3. welt - iz3w](#), Nr. 276.

## **Anmerkungen:**

[1] vgl. Stuart Hall, 1992: Der Westen und der Rest: Diskurs und Macht, in: ders., 1994: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2, Hamburg, S. 137-179

[2] zit. nach Roxanne Lynn Doty, 1996: Imperial Encounters. The Politics of Representation in North-South Relations, Minneapolis, University of Minnesota Press, S. 40

[3] vgl. Javier Gonzalo Alcalde, 1987: The Idea of Third World Development. Emerging Perspectives in the United States and Britain, 1900-1950. Lanham, NY, University Press of America

[4] Fernando H. Cardoso / Enzo Faletto, 1976 (1969): Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika, Frankfurt a.M., S. 18

[5] vgl. Morgan Brigg, 2002: Post-Development, Foucault, and the Colonisation Metaphor, in: Third World Quarterly, Vol. 23, No. 3, S. 421-436, sowie Arturo Escobar, 1988: Power and Visibility. Development and the Invention and Management of the Third World, in: Cultural Anthropology, Vol.3, No.4, S. 428-43

[6] Das heißt nicht, dass die gewaltförmige Durchsetzung von Interessen nicht vorgekommen wäre. Die Achtung vor dem ‚Selbstbestimmungsrecht der Völker‘ und den Menschenrechten stieß schnell an Grenzen. Die Counter-Insurgency-Politik der USA in Lateinamerika und Asien beispielsweise zeichnete sich dabei jedoch durch den Rückgriff auf diskursive Strategien der kolonialen Ära aus, etwa hinsichtlich der »Unfähigkeit« der Filipinos, Vietnamesen oder Chilenen, sich selbst verantwortungsvoll zu regieren, so dass in ihrem eigenen Interesse (militär-)politische Interventionen notwendig seien. Die Entscheidung darüber wird natürlich – ebenso wie in neueren Diskursen über »humanitäre Interventionen« – hauptsächlich im Kreise der »entwickelten« Industrienationen diskutiert.

[7] Nach vorsichtigen Schätzungen sind allein in Indien etwa 33 Mio. Menschen durch Staudammprojekte zu Flüchtlingen geworden.

[8] Zu dieser und weiteren Formationsregeln vgl. Aram Ziai, 2004: Zur Ordnung und Transformation des Entwicklungsdiskurses, in: Susanne Kollmann/Kathrin Schoedel (Hg.), 2004: PostModerne DeKonstruktionen, i.E. Zur empirischen Fundierung vgl. ders., 2004: Entwicklung als Ideologie?, Hamburg, Deutsches Übersee-Institut

[9] Volker Lühr/ Manfred Schulz, 1997: »Einleitung«, in: Schulz, Manfred (Hg.), 1997: Entwicklung. Die Perspektive der Entwicklungssoziologie, Opladen, S. 7-28, S.11

[10] Dieter Senghaas, 1997: »Die Entwicklungsproblematik. Überlegungen zum Stand der Diskussion«, in: Schulz (Hg.) 1997, a.a.O., S. 47-64, S. 59

[11] Wolfgang Zapf, 1997: »Entwicklung als Modernisierung«, in: Schulz (Hg.) 1997, a.a.O., S. 31-45, S. 31 u. 34

Aram Ziai ist Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft der RWTH Aachen und arbeitet an einem DFG-Forschungsprojekt über Globale Strukturpolitik und das Entwicklungsdispositiv.

# (AG 1)

Nicaragua Privatizada

<http://nica.open-lab.org/kana.shtml>

## Die Wandlung von Wasser in Ware

**Hochzeit von Kana** (Joh 2, 1-12)

IWF, Weltbank und die deutsche [KfW](#) fordern eine Privatisierung der nicaraguanischen Wasserversorgung. Damit wird der Zugang der Bevölkerung zu sauberem Wasser von ihren finanziellen Möglichkeiten abhängig gemacht. Entgegen der Behauptungen der Privatisierungs-BefürworterInnen wird sich die Versorgungssituation der armen Bevölkerungsmehrheit verschärfen.

[Dieser Artikel wurde im Januar 2003 geschrieben. [Neuere Informationen vom November 2005](#).

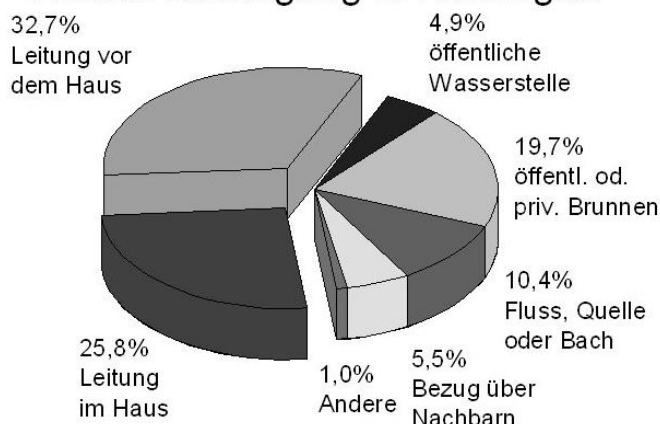
[Kontinuierliche Informationen](#) zum Thema in deutscher, englischer oder spanischer Sprache (externe Links).]

In einem im August 2002 herausgegebenen Faltblatt informiert die bundeseigene Förderbank Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die die Wasserwirtschaft als "Schwerpunkt" ihrer "Entwicklungszusammenarbeit" bezeichnet, über die Situation der weltweiten Trinkwasserversorgung. Sie gibt an, dass 1,2 Milliarden Menschen (etwa 20% der derzeitigen Weltbevölkerung) gezwungen sind, ohne Zugang zu Trinkwasser zu leben. 2,5 Milliarden Menschen verfügen nicht über ausreichende sanitäre Einrichtungen. Als Folge schätzt die KfW, dass 80% aller Krankheitsfälle in den von ihr so bezeichneten "Entwicklungsländern" ihre Ursache in unzureichender Wasserver- und Abwasserentsorgung haben. 3 Millionen Kinder sterben jährlich an den Folgen von Durchfallerkrankungen und über eine Milliarde Menschen haben an Wurmkrankheiten zu leiden (1).

Im Nicaragua der 80er Jahre haben die SandinistInnen der wichtigen Rolle Rechnung getragen, die der Zugang der Gesamtbevölkerung zu sauberem Wasser spielt: 1987 wurde dem Recht auf Wasserversorgung Verfassungsrang eingeräumt. Im noch immer gültigen Artikel 105 der Verfassung legte die sandinistische Regierung fest, dass der Staat die Wasserversorgung fördern muss und die zur Erbringung der Grundversorgung (nicht nur mit Wasser) nötige Infrastruktur Staatseigentum ist. Sie darf "unter keinen Umständen veräußert werden".

Die Versorgung mit sauberem Trinkwasser ist in Nicaragua heute allerdings schlecht. Nach Angaben des Red Nacional de Defensa de los

### Wasserversorgung in Nicaragua<sup>1</sup>



Consumidores (2) haben landesweit nur 60,0% der Haushalte einen Wasseranschluss in oder direkt vor ihrem Haus (Anschlussgrad in Deutschland: 98,6%). In städtischen Gebieten liegt der Prozentsatz bei immerhin 83,7% (Managua 88,1%), während er in ländlichen Gebieten nur 29,1% beträgt. Statt dem Verfassungsauftrag nachzukommen und diese katastrophale Situation zu verbessern, wird von der nicaraguanischen Regierung jedoch derzeit eine Privatisierung der Wasserversorgung betrieben.

## **Wasser als Ware**

Die Privatisierungsbestrebungen sind freilich kein nicaraguanisches Phänomen. Weltweit boomen Privatisierungen im Trink- und Abwassersektor. Einhergehend mit der ideologischen Durchsetzung des neoliberalen Kapitalismusmodells, in dem der Staat nur noch die Rahmenbedingungen für das freie Walten der Marktkräfte schaffen, aber nicht mehr selbst intervenieren soll, hat sich auch die uneingeschränkte Behandlung von Wasser als Ware durchgesetzt. Nach einer vom weltweit führenden Wasserversorger Vivendi in Auftrag gegebenen Studie wird erwartet, dass bis 2010 für private Unternehmen ein zusätzlicher Markt von 26 Milliarden US-Dollar entstehen wird. Es wird prognostiziert, dass in Lateinamerika der Anteil öffentlicher Wasserversorger von 96% auf unter 50% fallen wird. Lateinamerika ist demnach die Region, in der die Privatisierungen am drastischsten voranschreiten werden(3).

Von den PropagandistInnen einer Wasserprivatisierung wird zynischerweise angeführt, nur private Investoren könnten eine Versorgung der ärmsten mit sauberem Trinkwasser garantieren. Im Gegensatz dazu zeigt das Beispiel Großbritanniens, dass dort entgegen fester Zusagen seit 1989 kaum Investitionen getätigt oder Reparaturen durchgeführt wurden. Seit der vollständigen Privatisierung der britischen Wasserversorgung ist daher die Trinkwasserqualität gesunken, während die Durchleitungsverluste, die Wassertarife und die Gewinnausschüttungen an die Aktionäre angestiegen sind(4). Es ist stark anzuzweifeln, ob ein Konzept, das in einem Industrieland versagt, in der Lage ist, eine Verbesserung der Situation in den ärmsten Ländern herbeizuführen. Tatsächlich muss auch die Weltbank euphemistisch eingestehen: "Die Entwicklung und Umsetzung nachhaltiger Lösungen, die die Bedürfnisse der Armen berücksichtigen, bleiben eine Herausforderung." (5)

Aufgrund der Tatsache, dass sauberes Wasser für das tägliche Überleben des Menschen wie für den industriellen Produktionsprozess unerlässlich ist, kommt ihm die Rolle eines strategischen Rohstoffs zu. Dies gilt umso mehr, als der Verschmutzungsgrad der vorhandenen Süßwasserreserven stetig zunimmt. In diesem Zusammenhang ist die wasserreiche Region Zentralamerika für Unternehmen natürlich interessant. Als Türöffner zum nicaraguanischen Wassermarkt -- Nicaragua besitzt mit dem Nicaragua- und dem Managua-See die beiden größten Süßwasserspeicher der Region -- dienen das zukünftige General Agreement on Trade in Services (GATS), das die Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen und auch mit Wasser regeln soll, das geplante gesamtamerikanische Freihandelsabkommen Area de Libre Comercio de las Américas (ALCA) sowie die vom IWF verhängten Strukturanpassungsprogramme (SAP).

Nach Angaben der NGO [Centro Humboldt](#) gibt es bereits Pläne, Wasser aus Zentralamerika in wasserarme aber zahlungskräftige Regionen Nordamerikas zu pumpen. Aus diesem Grund fordert das Centro Humboldt den Staat auf, wie im Nachbarland Costa Rica das Wasser selbst zu vermarkten. In Costa Rica gibt es einen Beschluss gegen eine Wasserprivatisierung und es werden mit Wasserexporten staatliche Gewinne erzielt. Bereits vor der eigentlichen Privatisierung in Nicaragua(6) sind die Wasserpreise deutlich angestiegen (7). Der Verkauf

der Kabelnetze der nicaraguanischen Stromversorgung Empresa Nicaragüense de Eléctrica (ENEL) an die spanische Union Fenosa (siehe Artikel Vom Staats- zum Privatmonopol) und die damit verbundenen drastischen Strompreiserhöhungen wirken sich auf die Wasserpreise aus, da die (noch) staatliche Wasserver- und Abwasserentsorgung Empresa Nicaragüense de Acueductos y Alcantarillados ([ENACAL](#)) alleine über 10% der nicaraguanischen Stromproduktion zum Betreiben ihrer Pumpen abnimmt.

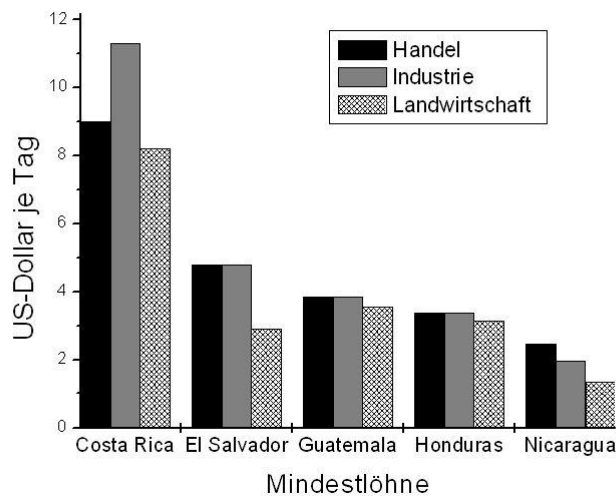
## Vom Erziehungsauftrag der KfW

In der Stadt Matagalpa in der gleichnamigen Kaffeeanbauregion im Norden Nicaraguas bietet sich im Sommer 2002 ein Straßenbild, das von aufgerissenen Straßen und Baustellen geprägt ist. Überall werden dicke Wasserrohre verlegt, auf den Hügeln am Stadtrand stehen neue Wassertanks und die vielen Fahrzeuge mit dem Schriftzug der deutschen Dyckerhoff und Widmann AG (DYWIDAG) können ebenso wenig übersehen werden wie die großen Tafeln, die auf das von der deutschen KfW finanzierte Projekt zur Verbesserung der Trinkwasserversorgung hinweisen. Das 1996 begonnene deutsch-nicaraguanische Gemeinschaftsprojekt in den Städten [Matagalpa, Jinotega und Corinto](#) befindet sich kurz vor seinem Abschluss. Laut Homepage der KfW beläuft sich das Gesamtvolumen auf etwa 43,7 Millionen Euro, wovon der nicaraguanische Staat 4,9 Millionen Euro beiträgt. Der Rest ist ein Zuschuss, den die KfW aus Bundesmitteln im Zuge der "Finanziellen Zusammenarbeit" gewährt(8). Deutschland ist mit 300 bis 400 Millionen Euro jährlich nach Japan der zweitgrößte bilaterale Geldgeber im Wasserbereich (9). Seit Beginn der 80er Jahre wurden Trikont-Ländern 4 Milliarden Euro zur Förderung der Siedlungswasserwirtschaft zugesagt(10).

Das KfW-Projekt in Matagalpa betreffend wurde der DYWIDAG ein Auftrag in Höhe von etwa 24 Millionen US-Dollar (22,5 Millionen US-Dollar von der KfW und 1,5 Millionen US-Dollar vom Staat Nicaragua) zur Durchführung intensiver Sanierungsmaßnahmen erteilt. In Zusammenarbeit mit lokalen Subunternehmen wurden eine Kläranlage gebaut und 130 Kilometer neue Trinkwasser- und 43 Kilometer neue Abwasserleitungen sowie eine Zuleitung für Grundwasser aus der etwa 40 Kilometer entfernten Sébaco-Ebene gelegt. Das Wasser wird in neu errichteten Tanks mit Fassungsvermögen zwischen 100 und 700 Kubikmetern auf den umliegenden Hügeln gesammelt. Projektziel im Trinkwasserbereich ist die Versorgung des zum Planungsbeginn 1996 bestehenden Stadtgebietes, also das Verlegen von Wasserleitungen in alle damals existierenden Stadtteile und das ordnungsgemäße Anbringen von Wasserzählern an den Übergabestellen. Die Verlegung bzw. Sanierung von Wasserleitungen von den Übergabestellen in die Häuser gehört nicht zum Projektumfang.

In der Stadt Jinotega, etwa 50 Kilometer nordöstlich von Matagalpa gelegen, hat die DYWIDAG bereits einen vergleichbaren Auftrag der KfW ausgeführt. Dort hat die Bevölkerung mit dieser Definition des Projektziels schon schlechte Erfahrungen gemacht. Von den ProjektplanerInnen von DYWIDAG war der Wasserdruck auf das frisch sanierte Wassernetz ausgelegt und der marode Zustand der Wasserleitungen hinter den Übergabestellen außer Acht gelassen worden. Dies zog zahllose Rohrbrüche und überlaufende Sammelgefäße in den Häusern nach sich. Im Zusammenhang mit der Privatisierung der Wasserversorgung gesehen, welche sowohl in den SAPs als auch von der fördernden KfW gefordert wird, kann es den Wasserversorgern freilich egal sein, ob das Wasser bei den EndverbraucherInnen überhaupt ankommt, oder zwischen Übergabestelle und Wasserhahn versickert. Privaten Versorgern wird hauptsächlich daran gelegen sein, dass die Wasserzähler ordentlich laufen. Darauf angesprochen, ob die Auswirkungen von Jinotega nicht auf einen gravierenden Planungsfehler zurückzuführen seien, erklärte ein österreichischer DYWIDAG-

Ingenieur, das Problem sei vielmehr die Haltung der NicaraguanerInnen, die "nie den richtigen Umgang mit Wasser gelernt" hätten. Ein solcher würde aber sehr schnell erlernt werden, wenn das Wasser nach einer teilweisen oder gar vollständigen Privatisierung erst einmal seinen "wahren Preis" koste.



Quelle: Prensa Libre 25.09.02, Guatemala

Auch die Geldgeber von der KfW legen großen Wert auf die Feststellung, dass die Ressource Wasser häufig "ineffizient" verwendet werde. Sie sprechen von "verzerrten Preisstrukturen" und "geringer Zahlungsbereitschaft der Kunden". Als Problemlösungsstrategie empfiehlt die KfW unter anderem die Umsetzung von Private-Public-Partnerships und

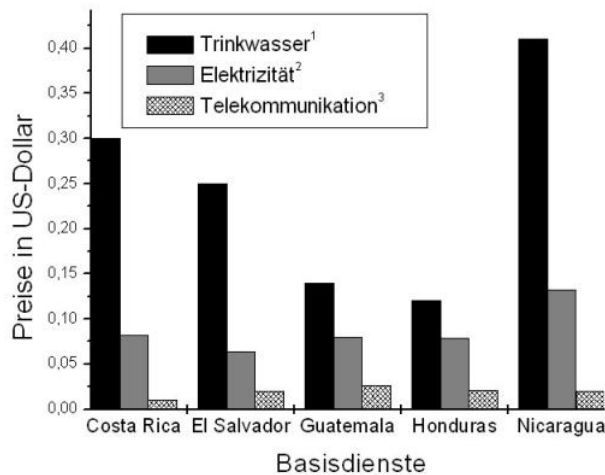
die "Erhebung kostendeckender Wassergebühren"(11). Folgerichtig verlautbart sie auf ihrer Homepage -- nachdem sie als Problem erkannt hat, dass das Trinkwasser in [Matagalpa, Jinotega und Corinto](#) "nur eingeschränkt hygienisch unbedenklich" ist -- dass im Rahmen einer Begleitmaßnahme zum Projekt bei der Bevölkerung die "Zahlungsbereitschaft erhöht werden"(12) und ein "erfahrenes privates Wasserversorgungsunternehmen in Form eines Managementvertrages" eingebunden werden soll. Mit der Gründung von Acueductos y Alcantarillados de Matagalpa (AYAMAT) wurde einer privaten Gesellschaft, bei der die Stadtverwaltung Matagalpas und ENACAL ein Mitspracherecht haben, die Administration der Wasserversorgung Matagalpas in private Hand gegeben.

## Chancen alternativer Wasserversorgung?

VertreterInnen der Basisorganisation [Movimiento Comunal Nicaragüense](#) (MCN) ist derzeit unklar, welches Schicksal die von ihr vorangetriebenen Wasserversorgungsprojekte im Falle einer Privatisierung erleiden werden. In den 80er und 90er Jahren hatte das zunächst halbstaatliche und später regierungsunabhängige MCN mit internationaler Finanzierung in zahlreichen Städten Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt und unter anderem Wasserleitungen in arme Viertel verlegt. Es besteht die Gefahr, dass diese Netze bei einer Privatisierung mitveräußert werden.

Zudem stellt sich die Frage, was mit ländlichen Wasserprojekten geschehen wird. In der Kleinstadt San Ramon bei Matagalpa beispielsweise haben sich siebzig Familien mit Hilfe des MCN zusammengeschlossen und zur eigenen Wasserversorgung mit Geldern der Vereinten Nationen eine kleine Quelle erworben. Seither wird von den Familien ein Aufforstungsprojekt im Wassereinzugsbereich der Quelle durchgeführt, um die Wasserqualität zu verbessern und die jahreszeitlich bedingten Schwankungen der Wasserführung zu mindern.

Ein Problem könnte für das Projekt dann entstehen, wenn ein privater Investor Interesse an der Wasserversorgung von San Ramon bekundet. Ein selbstverwaltetes, öffentlich subventioniertes Wasserprojekt könnte von diesem in Sinne des GATS als "wettbewerbsverzerrend" bzw. "handelshemmend" begriffen werden. Es bestünde die Gefahr, dass das selbstverwaltete Projekt von einem Handelsgericht als illegal eingestuft und die Beteiligten zum kommerziellen Erwerb ihres Trinkwassers verpflichtet werden.



Quelle: Prensa Libre 25.09.02, Guat., <sup>1</sup>je Kubikmeter, <sup>2</sup>je Kilowattstunde bei maximal 300kWh, <sup>3</sup>Ortsgespräch je Minute

## No a la privatización del agua!

Neben der oben beschriebenen regen Bautätigkeit an Wasserprojekten fallen in der Stadt Matagalpa aber auch die vielen Plakate des Red de Consumidores auf, mit denen unter dem Motto "No a la privatización del agua!" gegen Regierungspläne zur Privatisierung der Wasserversorgung mobilisiert wird. Das Red de Consumidores verweist gemeinsam mit vielen anderen NGOs wie dem MCN und dem Centro Humboldt darauf, dass die Sanierungsmaßnahmen wie auch bei der Telekommunikationsgesellschaft Empresa Nicaragüense de Telefonos (ENITEL) und den Wasserkraftwerken der Hidrogesa (siehe Artikel See zu verschenken) den Verkauf der staatlichen Trinkwasserversorgung an (zumeist ausländische) Konzerne nach sich ziehen werden. Mit der Übergabe der Administration der Wassernetze an Privatfirmen ist der erste Schritt in diese Richtung in manchen Städten bereits getan. Private Wasserversorger werden jedoch ihre Dienste allein nach betriebswirtschaftlichen Kriterien ausrichten und die Versorgungssituation der Bevölkerungsmehrheit wird sich dadurch weiter verschärfen.

Im Sommer 2002 konzentrierte sich die Kampagne auf den Widerstand gegen den Verkauf der staatlichen Wasserkraftwerke. Es ist gelungen, große Teile der Bevölkerung gegen die Privatisierungspolitik zu mobilisieren. Dies ist vor allem deshalb wichtig, weil sich gerade die unteren Gesellschaftsschichten bisher kaum von den Privatisierungen im Bereich der Grundversorgung betroffen wählten. So sind beim Strom beispielsweise viele Menschen in den armen Vierteln Managuas davon überzeugt, dass sich für sie durch eine Privatisierung nichts ändern werde, da sie keine dauerhafte Stromversorgung genießen bzw. den Strom ohnehin illegal anzapfen. Ebenso erscheint es ihnen egal, ob eine Gesundheitsversorgung, die sich kein Mensch leisten kann, staatlich oder privat organisiert ist. Beim Wasser ist hingegen leichter vermittelbar, wie wichtig eine Garantie des Zugangs für alle ist. In den Argumentationsmustern wird immer wieder darauf verwiesen, dass Wasser "Quelle des Lebens" oder "Erbe der Menschheit" sei.

Die nicaraguanischen PrivatisierungsgegnerInnen führen die (Teil-)Erfolge der Kämpfe in Cochabamba (Bolivien) und Arequipa (Peru) immer wieder als mobilisierende Beispiele an<sup>(13)</sup>. Nach Einschätzung der Ökologie-NGO La Cuculmecca aus Jinotega, die beim

Widerstand gegen die Privatisierung der Wasserkraftwerke eine wichtige Rolle spielt, hätte das politische Klima grundsätzlich gegen jede Privatisierung verändert werden können, wäre das Wasser mit seinem hohen Symbolgehalt zu einem früheren Zeitpunkt angetastet worden. Die Überzeugung, dass Wasser ein öffentliches Gut ist, ist in Nicaragua weit verbreitet. Ein solches muss es auch bleiben!

---

Weiterführende Literatur zu Privatisierungen im Wassersektor Nicaraguas und weltweit:

- Broschüre von Néstor Avendaño zur Wasser-Privatisierung in Nicaragua in [spanisch \[pdf, 3.3 mb\]](#) und [englisch \[pdf, 3.6 mb\]](#) (herausgegeben von der Quaker-Organisation [American Friends Service Committee \(AFSC\)](#)).
  - [Web-Site zur Wasserprivatisierung in Nicaragua](#) der US-amerikanischen Organisation [Public Citizen](#) (englisch)
  - Uwe Hoering: [Privatisierung im Wassersektor](#), weed-Arbeitspapier, Bonn, Nov. 2001
  - Franz Garnreiter, Sonja Schmid: [Ware Wasser](#), isw-report 53, München, Dez. 2002
  - ila 263, März 2003, [Wasser GmbH & Co.](#)
  - Christina Deckwirth: [Sprudelnde Gewinne?](#), weed-Arbeitspapier, Bonn, Feb. 2004
- 

(1) [Kreditanstalt für Wiederaufbau](#): Die Förderung der Trinkwasserversorgung in der Finanziellen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, Frankfurt, Aug. 2002

(2) Nationales Netz zur Verteidigung der Verbraucher, im Folgenden als Red de Consumidores bezeichnet, [RED](#)

(3) Uwe Hoering: [Privatisierung im Wassersektor](#), weed-Arbeitspapier, Bonn, Nov. 2001, S. 17

(4) Klaus Lanz: Private Wasserspiele in Europa, in [Mitbestimmung 04/2002](#), Hans-Böckler-Stiftung

(5) Uwe Hoering: [Privatisierung im Wassersektor](#), weed-Arbeitspapier, Bonn, Nov. 2001, S. 27

(6) Laut der konservativen nicaraguanischen Tageszeitung [La Prensa](#) vom 19.07.02 haben folgende Konzerne bereits Interesse an der Wasserversorgung bekundet: Acea-Carlos Lotti & Associati de Ingeniería (Italien), Latin Aguas-Earth Tech (USA), Aguas de València/Saur International, Générales des Eaux und Société des Eaux de Marseille/Lyonnaise des Eaux (alle Frankreich). Mit Générales des Eaux/Vivendi, Suez/ Lyonnaise des Eaux/Ondeo und SAUR/Bouygues interessieren sich somit der größte, zweit- und viertgrößte private Wasserversorger der Welt (Uwe Hoering: [Privatisierung im Wassersektor](#), weed-Arbeitspapier, Bonn, Nov. 2001, S. 16) für das Wasser Nicaraguas.

(7) Nach Angaben der guatemaltekischen Zeitung Prensa Libre vom 25.09.02 führt Nicaragua die zentralamerikanischen Staaten in Bezug auf die Verbraucherpreise der Grundversorgung mit Abstand an, während es bei den Mindestlöhnen das Schlusslicht bildet ([siehe Grafik](#)).

(8) [www.kfw.de](http://www.kfw.de)



(9) Uwe Hoering: [Privatisierung im Wassersektor](#), weed-Arbeitspapier, Bonn, Nov. 2001, S. 27

(10) [Kreditanstalt für Wiederaufbau](#): Die Förderung der Trinkwasserversorgung in der Finanziellen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, Frankfurt, Aug. 2002,

(11) [Kreditanstalt für Wiederaufbau](#): Die Förderung der Trinkwasserversorgung in der Finanziellen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, Frankfurt, Aug. 2002

(12) Bei der Verwendung der Begrifflichkeit "Zahlungsbereitschaft" handelt es sich angesichts der sozialen Situation in der Region Matagalpa, in der -- unter anderem aufgrund der Kaffeekrise -- im Sommer 2002 mehrere Dutzend Menschen verhungert sind, um blanken Zynismus seitens der KfW.

(13) In Cochabamba war im April 2000 nach tagelangem Ausnahmezustand der Staat gezwungen worden, die Privatisierung der Wasserversorgung entgegen den verordneten SAPs zurückzunehmen. In Arequipa konnte die geplante Privatisierung von Strom- und Wasserversorgung ebenfalls nach militanten Auseinandersetzungen im Juni 2002 verhindert werden.

### **Die „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ (KfW)**

Knapp 1,3 Milliarden Euro stellte die in öffentlicher Hand befindliche [KfW](#) im vergangenen Jahr für die „Förderung der Entwicklungsländer“ zur Verfügung - davon etwa je zur Hälfte Kredite und Zuschüsse. Damit ist die KfW die wichtigste Institution in der so genannten „Entwicklungszusammenarbeit“ in der BRD. Wie ihrer Selbstdarstellung zu entnehmen ist, fördert die KfW im Auftrag der Bundesregierung „Investitionen sowie gesamtwirtschaftliche und sektorale Reformprogramme in den Entwicklungsländern“. Derzeit sind es insgesamt 1.408 Vorhaben in 109 Ländern.

Gemessen am gesamten Fördervolumen (Kredite, Avale, Verbriefungen und Zuschüsse) spielt der „Entwicklungshilfe“-Sektor mit einem Anteil von lediglich 2,5% innerhalb der KfW jedoch eine völlig untergeordnete Rolle. Vorrangige Aufgabe der KfW ist die Bereitstellung von Krediten im Rahmen der so genannten „Investitionsförderung in Deutschland“ (im Gesamtvolumen von 46 Milliarden Euro) sowie der „Export- und Projektfinanzierung“ (6 Milliarden Euro). Institutionell liegen also öffentliche Förderung der bundesdeutschen (Export-)Wirtschaft und die staatliche „Entwicklungshilfe“ in einer Hand. Ein Problem scheint darin niemand zu sehen - im Gegenteil: der Ausbau privatwirtschaftlicher Strukturen in der „Entwicklungszusammenarbeit“ wird vielmehr als ausdrückliches Ziel definiert.

Allein im vergangenen Jahr förderte die KfW-Tochtergesellschaft „Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH“ (DEG) privatwirtschaftliche „Entwicklungsprojekte“ mit 460 Millionen Euro. Darüber hinaus wurde die DEG im Rahmen des vom [BMZ](#) initiierten Programms für „Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft“ (Public Private Partnership, kurz PPP) aktiv. Diese PPPs zielen darauf ab, dass Privatunternehmen sich an öffentlichen Investitionen beteiligen, und nach dem Projektabschluss bspw. über Gebühren ihre Investitionssumme zurück erhalten - zuzüglich kalkuliertem Gewinn. Seit 1999 hat die DEG insgesamt 231 dieser PPP-Projekte gefördert.

Angesichts dieser offensichtlich marktwirtschaftlichen Orientierung von BMZ, KfW und DEG verwundert es auch nicht, dass der Großteil der bundesdeutschen „Förderung der

Entwicklungsländer“ in Projekte in wirtschaftlich attraktive Schwellenländer fließt - knapp 30% der Mittel allein in die vier wichtigsten Zielländer: Türkei, Indien, China und Indonesien. Dabei ist davon auszugehen, dass sowohl die allgemeine, strategische Zielsetzungen als auch konkrete Vorhaben der KfW in enger Abstimmung mit der rot-grünen Regierung entwickelt wurden. Schließlich sitzt mit den MinisterInnen Eichel, Clement, Fischer, Künast, Stolpe, Trittin und Wieczorek-Zeul das halbe Bundeskabinett im Verwaltungsrat der KfW.

(Alle Zitate und Fakten sind Publikationen der KfW entnommen, v.a. aus dem „Geschäftsbericht 2002“ sowie dem Jahresbericht über die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern 2002 ["Neue Energie für eine Entwicklung mit Zukunft"](#) (1,4mb).)

## Wasserprivatisierung gestoppt?

Die Christliche Initiative Romero (CIR) und das Informationsbüro Nicaragua unterstützen gemeinsam zivilgesellschaftliche Initiativen in Nicaragua, die sich gegen die Privatisierung der Wasserversorgung richten (wir berichteten im Rundschreiben 1/2005). Nach langem Ringen und vielen Protesten schaffte es die sandinistische Regierung in diesem Jahr, ein neues Wassergesetz zu verabschieden. Zuvor war bereits Ruth Selma Herrera, eine der bekanntesten AktivistInnen gegen die Wasserprivatisierung in Nicaragua, zur ChefIn der staatlichen Wasserversorgungsgesellschaft ENACAL ernannt worden. Nach dem wir in den letzten Jahren regelmäßig von verschiedenen Aktionen im Kontext der drohenden Wasserprivatisierung berichtet hatten, wollen wir jetzt auf die aktuellen Entwicklungen in dieser neuen politischen Situation eingehen.

Dazu sprachen wir mit Thomas Krämer von der CIR, der im Sommer 2007 unsere gemeinsame Partnerorganisation „La Cuculmeca“ in Jinotega besuchte.

*Thomas, La Cuculmeca hat sich ja sehr stark in die Diskussionen um ein neues Wassergesetz eingebracht. Wie beurteilt man dort das neue Gesetz?*

Wichtigstes Anliegen von La Cuculmeca war es, über massive Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit jegliche Form von Privatisierung der Wassernutzung zu verhindern. Das neue Gesetz, das im Mai 2007 verabschiedet wurde, verbietet zwar ausdrücklich die Wasser-Privatisierung, aber ermöglicht die Vergabe von Konzessionen, um private Wasserquellen zu nutzen. Hier sieht die Cuculmeca eine Gefahr. Denn bei extensiver Auslegung der Konzessionsvergabe könnte es am Ende doch auf eine Privatisierung hinaus laufen. Die Cuculmeca will auf eine Änderung dieses Passus' im Gesetz drängen, aber die Chancen stehen dafür nicht gut. Von großer Bedeutung werden deshalb die noch fehlenden Verwaltungsvorschriften sein, die die Umsetzung des Gesetzes regeln.

Doch die neue Möglichkeit der Konzessionen hat auch positive Aspekte. Künftig sind die Nutzer privater Wasserquellen erstmals verpflichtet, Abgaben auf die entnommene Wassermenge zu zahlen. D.h., dass Getränkehersteller oder Industriebetriebe, die über eigene Wasserquellen verfügen, diese nicht mehr einfach kostenfrei ausbeuten dürfen. Inwieweit davon auch kleinere Produzenten negativ betroffen sein werden, muss sich noch zeigen.

*Wird es weitere Aktivitäten in Bezug auf das Gesetz und die Verwaltungsrichtlinien geben und wie könnten die aussehen?*

Die Cuculmeca wird ihre Kampagne fortsetzen. Im letzten Jahr wurden allein 26 Seminare mit 700 Vertretern unterschiedlicher Institutionen und Gemeinden durchgeführt, aber noch zum alten Wassergesetz. Jetzt gilt es, die Öffentlichkeit über die Chancen und Gefahren des neuen Gesetzes aufzuklären – und gleichzeitig die Lobbyarbeit in Bezug auf die Ausgestaltung des Gesetzes zu intensivieren. Auch die Schaffung der neuen nationalen Wasserbehörde soll kritisch begleitet werden. Das Infobüro und die CIR sollten sie dabei weiter unterstützen.

*In den Städten Matagalpa und Jinotega wurde ja vor einigen Jahren mit deutschen Entwicklungshilfegeldern die Trinkwasserversorgung erneuert. Dazu wurde eine Betreibergesellschaft aufgebaut, an der neben den Kommunen ein kommerzielles Wasserversorgungsunternehmen beteiligt ist. Diese Beteiligung haben wir damals als schleichende Privatisierung eingeschätzt und erhebliche Preissteigerungen vorhergesagt. Wie haben sich die Preise denn entwickelt und wie funktioniert die Versorgung?*

Die Situation heute ist ambivalent. Einerseits sind die Wasserpreise tatsächlich stark angestiegen, was für diejenigen, die bislang mit billigem Wasser versorgt wurden, eine große finanzielle Belastung darstellt. Andererseits war gerade in ärmeren Stadtvierteln oder gar ländlichen Gebieten die Wasserversorgung in der Vergangenheit sehr schlecht – oder die Menschen waren gar nicht an das öffentliche Netz angeschlossen. Sie mussten sich das Wasser in Tankwagen kommen lassen und zahlten dafür einen viel höheren Preis als jetzt für die erneuerte, gut funktionierende Versorgung. Aber für die Mehrheit gilt: Sie freuen sich darüber, jetzt regelmäßig mit Wasser versorgt zu werden, aber leiden unter den höheren Preisen.

*Die neue Regierung ist jetzt in Bezug auf die Betreibergesellschaft aktiv geworden. Was ist geschehen?*

Die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hatte damals im Vertrag mit der nicaraguanischen Seite festschreiben lassen, dass nach Ende der Baumaßnahmen für vier Jahre ein privates, erfahrenes Unternehmen beteiligt wird, um einen „wirtschaftlichen Betrieb“ sicher zu stellen. Zudem wurde eine Betreibergesellschaft aus überwiegend kommunalen Vertretern gegründet. Ruth Herrera, die neue Präsidentin der staatlichen Wassergesellschaft ENACAL, hatte seinerzeit als Koordinatorin der Verbraucherschutzorganisation Red de Consumidores massiv gegen dieses Projekt Stellung bezogen. Jetzt löste sie in ihrer neuen Funktion die kommunale Betreibergesellschaft auf und stellte die Wasserversorgung in Matagalpa und Jinotega wieder unter die zentrale Kontrolle von ENACAL. Sie begründete dies damit, die Privatisierung zu stoppen. Der bestehende Vertrag mit dem privaten britischen Betreiber Biwater wurde nicht angetastet; er läuft demnächst eh aus.

*Und wie schätzen das unsere Freunde von der Cuculmeca ein?*

Sie waren irritiert und besorgt, weil die bisherige kommunale Betreiberstruktur eigentlich gut funktionierte. Bei einer zentralen Kontrolle sehen sie die Gefahr, dass notwendige Unterhaltungsmaßnahmen unterbleiben. Durch einen Ausfall eines der zahlreichen Pumpwerke des Projektes wäre die Wasserversorgung unterbrochen. Den Zusammenhang zur Privatisierung konnten sie nicht erkennen; allerdings hatten sie noch keine genauen Informationen, die Entscheidung war ganz frisch.

*Jetzt gibt es weitere Auseinandersetzungen zwischen ENACAL und der KfW wegen eines neuen Projektes in Granada?*

Ja, für Granada hatte die KfW ein 21-Millionen-Dollar- Projekt gleichen Zuschnitts wie in Jinotega und Matagalpa vorgesehen. Die Verträge mussten nur noch unterzeichnet werden – doch Ruth Herrera stellte sich quer. Die KfW scheint jetzt aber davon abzurücken, auch hier auf die Beteiligung eines privaten Konzerns beim späteren Betrieb zu beharren; fordert allerdings eine dezentrale, kommunale Struktur. Die Verhandlungen im September zwischen

der nicaraguanischen und der deutschen Seite sind gescheitert, im November sind neue Verhandlungen auf höchster Ebene vorgesehen.

*Vielen Dank, Thomas! Wir sind gespannt, wie sich die Situation entwickeln wird und werden weiter berichten.*

<http://www.oeku-buero.de/veroeff/inf71/33suchitoto.html>

## Terror in Suchitoto

### Was die Repression gegen die sozialen Bewegungen in El Salvador mit der deutschen Entwicklungshilfe zu tun hat

(rk) Die Polizei schießt Gasbomben und Gummigeschosse auf friedliche Demonstrant\_innen, verfolgt sie über Stunden, geht nicht auf Mediations- und Verhandlungsversuche ein, durchsucht Häuser ohne legale Befugnis. Am Ende des Tages sind über 80 Menschen verwundet, 25 durch Gummigeschosse und 18 durch Tränengas schwer verletzt. 14 Personen werden festgenommen. Bei 13 von ihnen wird das im September 2006 vom Parlament verabschiedete Anti-Terrorgesetz angewendet, sie werden des Terrorismus angeklagt.

Was war geschehen an diesem 2. Juli 07 in Suchitoto? Verschiedene Basisorganisationen, darunter CRIPDES, die Vereinigung ländlicher Gemeinden El Salvadors, und auch die Wassergewerkschaft SETA, hatten zu einer friedlichen Demonstration aufgerufen. Der Protest richtete sich gegen die Dezentralisierungspolitik des Präsidenten Saca. Dieser wollte mit verschiedenen Funktionsträger\_innen an diesem Tag in Suchitoto ein öffentliches Wassersystem einweihen und damit gleichzeitig seine Dezentralisierungspolitik für El Salvador ankündigen.

Nach Ansicht der sozialen Bewegungen ist diese Dezentralisierungspolitik im Wassersektor aber nur ein Mittel, um öffentliche Güter weiter zu privatisieren. Nach den sehr negativen Erfahrungen mit der Privatisierung im Elektrizitäts- und Telekommunikationssektor sollte eine ähnliche Entwicklung im Wassersektor verhindert werden.

Doch die Proteste werden von Repression überzogen. Vier Mitarbeiter\_innen von CRIPDES, unter ihnen die Präsidentin und die Vizepräsidentin, erreichen noch nicht einmal die Demonstration. Sie werden schon vor Suchitoto von der Polizei angehalten und aus ihrem Auto gezerrt. Als die Gefangennahme der CRIPDES Aktivist\_innen bekannt wird, macht sich ein Teil der Demonstrant\_innen auf, um für die Freilassung der Gefangenen einzutreten. Doch entgegen ersten Zusagen verhandelt die Polizei nicht. Stattdessen attackieren Spezialtruppen die Demonstrant\_innen ohne Vorwarnung.

Einige Gefangene berichten nach Angaben des Menschenrechtsbüros der Erzdiozöse von San Salvador von psychischen und physischen Misshandlungen während der Festnahme und Überführung in die Haftanstalt. Beim Abtransport im Hubschrauber z. B. sei den Gefangenen gedroht worden, sie aus dem Hubschrauber zu werfen. Auch die Haftbedingungen seien unmenschlich. Ein Festgenommener muss aufgrund von Misshandlungen während seiner Festnahme ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Waffen oder andere Beweise für eine kriminelle bzw. terroristische Tätigkeit, die ihnen vorgeworfen wird, konnten nicht gefunden werden. Trotzdem wurden am 7. Juli für 13 der Angeklagten drei Monate Sicherungsverwahrung angeordnet, ohne die Möglichkeit, durch Kautions auf freien Fuß zu kommen. Die Terrorismusanklage wurde aufrecht erhalten. Obwohl am 26. Juli die letzten neun der Gefangenen gegen Auflagen erstmalig auf freien Fuß kamen, ist die Lage immer noch angespannt und äußerst ernst. Ende September verlängerte ein

Sondergericht der Staatsanwaltschaft die Frist zur Beweisaufnahme für eine Anklage wegen Terrorismus um vier Monate. Da sich die Anklagepunkte auf das Antiterrorgesetz berufen, sind sehr hohe Haftstrafen möglich. Die sozialen Bewegungen und Organisationen der internationalen Solidarität sind der Meinung, dass dies alles dazu dienen soll, legitimen Protest gegen Regierungspolitik zu kriminalisieren und die Menschen durch Repression einzuschüchtern. So beurteilt auch der Ehemann der Angeklagten Marta Lorena Araujo Martínez das Verfahren folgendermaßen: „Damit sendet die Regierung eine Botschaft: Protestiert nicht!“

Allerdings scheint der Druck der sozialen Bewegung im In- und Ausland eine gewisse Wirkung zu zeigen. Obwohl im Fall Suchitoto die Terrorismusanklage nach wie vor im Raum steht, so hat die Regierung bemerkt, dass das Antiterrorgesetz nicht ohne weiteres zur Einschüchterung der sozialen Bewegungen herangezogen werden kann. Dafür wurde wenige Wochen nach dem Vorfall in Suchitoto das Strafbuch verschärft und z. B. die Strafe für öffentliche Unruhestiftung deutlich erhöht.

Auf den ersten Blick scheint es ein salvadorianisches Problem mit salvadorianischen Akteur\_innen und weit entfernt zu sein. Aber die Ursachen für diese Situation liegen näher als gedacht. Der Dezentralisierungsplan, der von der sozialen Bewegung kritisiert wird, ist nämlich nicht allein von Saca & Co ausgeheckt, sondern wird auch von der deutschen Entwicklungshilfe unterstützt und forciert. Ausführender Arm in diesem Fall die KfW Bankengruppe, früher Kreditanstalt für Wiederaufbau. Die KfW ist Auftraggeberin des Entwicklungsprojektes „Ländliche Wasser- und Sanitärversorgung II“ in El Salvador. Dieses sieht den dezentralen Betrieb von elf rehabilitierten und ausgebauten Trinkwasserver- und zwei Abwasserentsorgungssystemen in elf ländlichen Gemeinden in El Salvador vor.

Nun sehen die sozialen Bewegungen in El Salvador von zwei Seiten die Gefahr einer Wasserprivatisierung: Zum einen über die Dezentralisierung ländlicher Wassersysteme und zum anderen über die Konzessionierung der großen städtischen Wassersysteme (vgl. Infoblatt 69).

Deshalb startete das Öku-Büro eine Eil- und Protestbriefaktion mit dem Ziel, nicht nur die ARENA-Regierung unter Druck zu setzen, sondern auch die KfW. Diese wurde aufgefordert, die Folgen ihrer Dezentralisierungspolitik zu überdenken und sich aus diesen Projekten herauszuziehen. Die KfW bestreitet jedoch vehement die Vorwürfe, mit ihrer Politik die Privatisierung im Wassersektor voranzutreiben. Tatsächlich ist es schwer geworden, Investor\_innen zu finden. Während in den 1990ern die multinationalen Wasserkonzerne im Glauben an große Gewinne auf die Märkte der „Entwicklungsländer“ vordrangen, scheint die Privatisierungsdynamik seit einigen Jahren ins Stokken geraten zu sein. Widerstand der Bevölkerung, hoher Investitionsbedarf und geringe Zahlungsmöglichkeiten der Konsument\_innen, die ihre Rechnung einfach nicht begleichen können, machen es für die großen Wasserkonzerne wenig profitabel, in „Entwicklungsländer“ zu investieren, gerade, weil die lukrativen Städte schon „geerntet“ wurden. Die Beteiligung des Privatsektors wurde von der (inter)nationalen Entwicklungshilfe allerdings als entwicklungspolitische Notwendigkeit gesehen, propagiert wurde die „Entwicklungspartnerschaft“, die Public-Private Partnership (PPP), zwischen Entwicklungshilfe und Privatwirtschaft. Mit dieser Partnerschaft wurde geglaubt, Privatinvestitionen anzuziehen und die Wasserversorgung effektiver und kostengünstiger organisieren zu können. Doch das Ergebnis dieser Politik war ernüchternd: die großen Konzerne nahmen die Gelder aus der Entwicklungshilfe gerne an, investierten aus eigener Kasse allerdings wenig. Das Ziel einer besseren Versorgung der armen Bevölkerung durch Privatisierungsvorhaben wurde nicht erfüllt.

Die Ergebnisse dieser Politik konnten auch von der Entwicklungshilfe nicht übergangen werden. Das häufig von der KfW verschriebene „Allheilmittel“ Privatsektorbeteiligung hatte zu viele offensichtliche, negative Wirkungen hervorgerufen. Generell abgelehnt wird Privatisierung allerdings auch nicht. Die KfW-Entwicklungsbank gibt sich jetzt ganz undogmatisch und entscheidet nach Aussagen der Mitarbeiter\_innen von Situation zu Situation, wie der Wassersektor anderer Länder reformiert werden soll.

Ob es also wie befürchtet zu einer Privatisierung des Wassersektors über die Dezentralisierung der kleineren Wassersysteme kommt, oder ob die rhetorische Wende, Privatsektorbeteiligung im Wassersektor auch mal kritisch zu sehen, eine wirkliche nachzieht, bleibt abzuwarten. Zumindest wurde in den Verträgen zwischen dem staatlichen Wasserversorger ANDA und den dezentralen Betreiber\_innen rechtlich Privatisierung ausgeschlossen.

Allerdings ist auch die Dezentralisierung in El Salvadors Wassersektor nicht unproblematisch, selbst wenn es nicht zur Privatisierung kommen würde. Wie kommunale Entscheidungsträger\_innen oder die Zivilgesellschaft einbezogen werden sollen, bleibt undeutlich. Ob die Kommunen finanziell ausreichend ausgestattet werden und das nötige Know-How haben um die Wasserversorgung zu organisieren, bleibt zweifelhaft. Dezentrale Betreiber\_innen haben im Vergleich zu einem großen staatlichen Unternehmen nur ein kleines Versorgungsgebiet. Dies minimiert die Chance von Quersubventionierung innerhalb eines Betreibers, die soziale Tarife, eine sozial gerechtere Lastenverteilung ermöglichen kann. Bei einem Gespräch mit Vertreter\_innen der KfW in Frankfurt äußerte sich ein Mitarbeiter dazu nur lapidar: „Tja, das ist Prioritätensetzung.“

Auch die Forderung nach kostendeckenden Preisen, die die KfW gebetsmühlenartig vorbringt, scheint eher neoliberalen Dogmen als sozialen oder entwicklungspolitischen Zielen geschuldet. Staatliche Subventionen sind von der KfW nicht erwünscht. Ein\_e dezentrale\_r Betreiber\_in im ländlichen Bereich kann ohne Subventionen aber nur kostendeckend arbeiten, wenn die Preise drastisch erhöht werden und, da die Möglichkeit der Quersubventionierung gering ist, auf diese Weise die arme Bevölkerung ausgeschlossen wird.

Bislang wurden nur kleine, tendenziell nicht lukrative Wassersysteme in El Salvador dezentralisiert. Die Systeme der größeren Städte hingegen wurden nicht angetastet. Abzuwarten bleibt deshalb, ob die Befürchtung von salvadorianischen Expert\_innen zutrifft, dass die Dezentralisierung der kleineren Systeme auch die defacto-Privatisierung mittels der Konzessionierung der Wassersysteme der größeren Städte legitimieren soll. Aus diesem Grunde richtet sich die soziale Bewegung in El Salvador entschieden gegen die vermeintlich bürgerorientierte Dezentralisierungspolitik.

Die Wasserpolitik hält also noch viel sozialen Sprengstoff bereit, der auch von der KfW-Entwicklungsbank durch ihre neoliberale Politik alles andere als entschärft wird. Umso wichtiger ist es, jetzt politisch zu intervenieren und Druck aufzubauen, Repression sichtbar zu machen und entschlossen zu bekämpfen.



## Wie deutsche Entwicklungspolitik die Natur in Nicaragua „rettet“ ....

*Klaus Pedersen von der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie hat für uns diesen Artikel verfasst, um auf das skandalöse aber typische Vorgehen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) nicht nur in Nicaragua aufmerksam zu machen. Seit einigen Jahren verfolgen und unterstützen wir mit großem Interesse die gute Arbeit der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie.*

### **Schönen Worten ...**

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) verfolgt in seinen Konzeptpapieren gern das Ziel der Kohärenz. Damit ist eine abgestimmte, sich ergänzende Politik gemeint, die dadurch überzeugen und wirken soll, dass sie auf ein gemeinsames Ziel hin arbeitet. Im letzten Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit im Waldsektor (1) heißt es dann auch: „Waldsektorpolitik unterliegt dem Kohärenzgebot... Nationale Waldprogramme (sind) in übergeordnete Planungsprozesse wie z.B. Armutsbekämpfungsstrategien (einzubinden).“

### **... folgen unschöne Taten (oder auch keine)**

Allerdings wird dieses schön und oft formulierte Kohärenzgebot nicht befolgt. Global gesehen werden deutsche Steuergelder einerseits ausgegeben, um die Umwelt und den (Tropen)-Wald zu schützen, andererseits wird mit eben diesen Steuergeldern eine sozial wie ökologisch destruktive Förderpolitik betrieben (2). Dementsprechend wird in dem „Alternativen Waldschadensbericht“ beklagt, dass das neue Sektorkonzept des BMZ, das den im Trend liegenden Titel „Wald und nachhaltige Entwicklung“ trägt, auch drei Jahre nach seiner Verabschiedung nur ansatzweise umgesetzt wurde. Die deutsche und internationale Entwicklungszusammenarbeit versucht mit oftmals überkauften, aufgepfropften, ineffektiven Projekten die Natur zu „retten“ und trägt gleichzeitig mit Krediten oder direkter „Wirtschaftshilfe“ zur Naturzerstörung bei - sei es durch die Förderung von Forstplantagen für die Zelluloseproduktion, den Bau von Ölpipelines quer durch Naturschutzreservate oder die Förderung des Sojaanbaus für die europäische Intensiv-Tierhaltung.

### **BMZ-Entwicklungsziel in Nicaragua:**

#### **Erhalt der biologischen Vielfalt ... aber natürlich sozial verträglich ...**

Nicaragua bleibt von dieser verfehlten Politik nicht verschont und genießt als erklärtes „Schwerpunktpartnerland“ mit dem Biosphärenreservat Bosawas die besondere Aufmerksamkeit des BMZ und seiner nachgeordneten Institutionen. Dort soll „Entwicklungshilfe“ die biologische Vielfalt „sozial verträglich“ erhalten. Dies wäre ohne Abstriche zu befürworten, wenn es in erster Instanz darum ginge, der Bevölkerung Nicaraguas die Lebensgrundlagen zu bewahren. Soziale Ziele sind jedoch beim Naturschutz in den Ländern des Südens bestenfalls ein Nebenschauplatz, oft aber nur ein verbales Feigenblatt. In erster Linie geht es um Ressourcenschutz. Die für die Mächtigen dieser Welt interessante „Ressource Natur“ soll einerseits helfen, die Umweltsünden der Länder des Nordens zu kompensieren – Umweltdienstleistungen sind das Schlagwort. Andererseits sollen

in Form „genetischer Ressourcen“ den Pharma- und Agrarkonzernen die Rohstoffe langfristig gesichert werden.

## **Naturschutz und Armutsbekämpfung oder**

### **Profitschutz und Bekämpfung der Armen?**

In einem im April 2004 publizierten strategischen Diskussionspapier zum Thema „Umweltdienstleistungen“ (UDL) beschreibt die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ihre Herangehensweise. Unter UDL versteht man unter anderem die „Leistung“ von Wäldern als CO<sub>2</sub>-Senken im Rahmen des weltweiten Emissionshandels. Wälder dienen aber auch als „Behälter“ für sauberes Trinkwasser, das anschließend im Rahmen privatisierter Entwicklungshilfe (Public-Private-Partnerships) verkauft werden kann. Die KfW-Programme zu Umweltdienstleistungen, die 2004 bei steigender Tendenz in acht lateinamerikanischen Ländern mit einem Wertumfang von insgesamt 114 Mio. US \$ durchgeführt wurden, müssen finanziell attraktiv sein - und zwar „für offizielle Geldgeber und Akteure aus dem privaten Sektor“. Das KfW-Papier fährt fort: „UDL werden schnell ihre Attraktivität als ein Instrument der Umweltpolitik verlieren, wenn sie mit anderen Zielstellungen, insbesondere sozialen Zielstellungen, überfrachtet werden.“ Als Beispiel wird angeführt, dass die lokale Bevölkerung nur dann für die an ein neues Schutzgebiet verlorenen Weiderechte kompensiert werden sollte, wenn die Restriktionen im Weiderecht nicht mit anderen Mitteln durchgesetzt werden können. Des weiteren wird beklagt, dass es manchmal schwer sei, die Administratoren von UDL-Programmen davon zu überzeugen, dass sie den einzelnen Bauern so wenig wie möglich für ihre „Dienstleistungen“ zahlen sollen. Es sei falsch, die Bauern entsprechend des von ihnen geschaffenen Umweltnutzens zu vergüten. Stattdessen schlägt die KfW vor, dass die Geldgeber (der Entwicklungszusammenarbeit) ihre Monopolstellung (!) nutzen sollten, um Umweltdienstleistungen auf Auktionsbasis zu handeln: Jene, die ihre Dienste zu den niedrigsten Preisen anböten, sollten als erste Verträge bekommen. Ziel dieser Preispolitik sei, für das eingesetzte Geld möglichst viel Umweltdienstleistungen zu bekommen. Klarer kann man kaum aussprechen, was es mit „Debt for Nature Swaps“ auf sich hat: Die den Ländern des Südens aufgebürdeten Schulden will man in dem Maße erlassen, wie sich die lokale Bevölkerung in dezentralisierten Prozessen über den Tisch ziehen lässt und bereit ist, ihre Ressourcen zu Schleuderpreisen zu verhöckern.

### **Verwertung der genetischen Ressourcen...**

Im Mesoamerikanischen Biologischen Korridor (MBK), dessen Herzstück von den unmittelbar benachbarten Biosphärenreservaten Bosawas (Nicaragua) und Río Plátano (Honduras) gebildet wird, tummeln sich etwa 17 Prozent aller auf dem Land lebenden Tier- und Pflanzenarten. Die Bioprospektion, d.h. das Abgrasen solcher Regionen auf wirtschaftlich verwertbare genetische Ressourcen, erfordert jedoch mehr Zeit als die verbreitet anzutreffende Naturzerstörung zulässt. So bildet die Bewahrung der Natur für ihre mögliche spätere Inwertsetzung ein selten ausgesprochenes, aber zentrales Motiv für derlei Naturschutzprojekte, auch wenn dies von den Naturschützern und „Entwicklungshelfern“ vor Ort bisweilen gar nicht so wahrgenommen wird

### **... durch Vertreibung der BewohnerInnen**

Die Belastung der „unberührten Natur“ durch menschliche Aktivitäten ist unbestritten kein neues Phänomen. Unter den global herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen wird von der offiziellen Politik die Lösung jedoch kaum in der Schaffung lebenswerter Alternativen gesucht, sondern zumeist in der Erzeugung menschenfreier Territorien unter Anwendung oder Androhung von staatlicher Gewalt. Allein in Afrika wurden schätzungsweise 14 Millionen Menschen im Namen des Naturschutzes entwurzelt und vertrieben (3). Vertreibungen gab

(und gibt) es auch im Schutzgebiet Bosawas. Dabei wurden die Vertreibungen von Bosawas im Jahr 2003 nach Informationen, die der NGO World Rainforest Movement vorliegen, maßgeblich durch einen Vorschlag der Weltbank zur Finanzierung eines Trinkwasser- (und späteren) Stromgewinnungsprojekts ausgelöst. Während die Räumung im Jahr 2003 zumindest in der Solidaritätsszene Beachtung fand, war danach kaum noch etwas zu hören. Gab es keine weiteren Vertreibungen oder wurden sie nur nicht bekannt? Auf einer am 5.2.04 in Siuna (Bosawas) durchgeführten Versammlung sprachen Vertreter der Regierungsbehörde davon, dass die im Jahr 2003 durchgeführten Räumungen (600 Familien) nicht ausreichen und weitere Maßnahmen dieser Art erforderlich seien. Eine entsprechende Räumungsforderung wurde in einem Brief des Umweltministers vom 12.1.04 erhoben, der auf dieser Versammlung herumgereicht wurde.

### **Bei der notwendigen Agrarreform oder der Zusammenarbeit mit Basisorganisationen hört die „Kohärenz“ auf**

Der Schutz der mittelamerikanischen Regenwälder ist ein akutes Erfordernis, um die natürlichen Lebensgrundlagen der Bevölkerung zu erhalten, insbesondere der lokalen Bevölkerung, deren Überleben von den sie umgebenden Ressourcen unmittelbar abhängt. Doch wie will man der im Biosphärenreservat „aggressiv voranschreitenden Agrargrenze“ (4) Einhalt gebieten, wenn den vertriebenen Campesinos von der nicaraguanischen Regierung kein alternativer Standort angeboten wird? Ungelöste Landfragen, d.h. fehlende, stecken gebliebene bzw. rückgängig gemachte Agrarreformen sind in Nicaragua, Honduras und Guatemala gleichermaßen eine der wesentlichen Ursachen für „voranschreitende Agrargrenzen“. Landprobleme werden zwar in nahezu jedem Dokument, das sich mit dem Waldverlust in dieser Region befasst, erwähnt, in den „Entwicklungshilfe“-projekten wird diese Problematik jedoch prinzipiell nicht angefasst. Dies ist auch gar nicht möglich, denn damit würde an den Eigentumsverhältnissen gerüttelt werden. Und das kann sich die offizielle Entwicklungszusammenarbeit, die im wesentlichen auf der Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen basiert, nicht leisten. Aber selbst in dem bescheidenen Rahmen des Möglichen hält sich die deutsche Entwicklungspolitik generell zurück. Der „Alternative Waldschadensbericht“ (2) bescheinigt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, dass sie „viel zu wenig die Möglichkeiten (nutzt), über direkte oder indirekte Beteiligung zivilgesellschaftlicher Gruppen sinnfällige Prozesse im Sinne nachhaltiger Waldressourcenbewirtschaftung zu fördern.“ Dies ist jedoch nur die halbe Wahrheit. Die Kehrseite der fehlenden Zusammenarbeit mit Basisorganisationen ist die intensive Kooperation mit staatlichen Institutionen. In der Rangliste von Transparency International konkurrieren Guatemala, Honduras und Nicaragua alljährlich um die Spitzenposition des korruptesten Landes in Mittelamerika. Es stellt sich die Frage, was unter diesen Bedingungen die Geschäftsgrundlage der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit ist, die in der Region Bosawas über 6 Millionen € zum Ressourcenschutz einsetzt.

### **... aber die staatliche Zusammenarbeit läuft wie geschmiert**

Der Zustand des verantwortlichen Ministerio de Ambiente y Recursos Naturales ist in den öffentlich zugänglichen Dokumenten nicht so gut dokumentiert wie jener der honduranischen Forstbehörde (AFECO HDEFOR), die für das Nachbarreservat Río Plátano zuständig ist. Da aber die deutsche Entwicklungszusammenarbeit keinerlei Probleme hat, mit der abgrundtief im Korruptionssumpf der Holzmafia steckenden AFE-COHDEFOR (5) zu kooperieren, muss angenommen werden, dass sich die deutschen Institutionen an ähnlichen Verhältnissen auch in Nicaragua nicht stören. Tatsächlich wird der Anteil illegal eingeschlagenen Holzes in Nicaragua auf 50% geschätzt (6) - daran dürfte angesichts der dortigen institutionellen Schwäche auch das Mitte 2003 verabschiedete Forstgesetz mit seinen recht progressiven Elementen nichts geändert haben. Das scheitert bereits an der personellen und materiellen

Ausstattung: Nach Angaben von 2003 werden 1,5 Millionen Hektar Parkfläche von einem einzigen Forstbeamten mit zwei Assistenten und einer Sekretärin kontrolliert, die gemeinsam ein einziges Motorrad zur Verfügung haben (7). Da ist es gut vorstellbar, dass es einfacher ist „Erfolge“ vorzuweisen, indem man ortsgebundene Siedler in konzertierten Aktionen von Polizei, Militär und Forstverwaltung vertreibt, statt den mobilen Banden der Holzmafia nachzujagen. So sieht es dann aus, als würde für die Pharma- und Agrarkonzerne nicht mehr allzu viel übrigbleiben, wenn die Holzbarone das Ihre getan haben. Das wäre sicher nicht so schlimm, wenn dies nicht gleichzeitig bedeuten würde, dass damit auch die Lebensgrundlagen der Bevölkerung zerstört worden sind. Angesichts der davonlaufenden Zeit wäre es wünschenswert, wenngleich unrealistisch, wenn die deutsche Politik in ihren eigenen Aktivitäten Kohärenz schaffen würde, z.B. indem sie Importe aus illegal geschlagenem Holz hier zu Hause unterbinden und das Zertifizierungsprogramm für Holzprodukte stärken statt aufweichen würde. In einer idealen Welt würde die Entwicklungszusammenarbeit Basisinitiativen, deren Mitglieder sich unter Einsatz ihres Lebens gegen illegalen Holzeinschlag zur Wehr setzen, vorbehaltlos unterstützen. Diese Basisinitiativen gibt es im Süden Mexicos, die Campesinos Ecologistas, es gibt sie in Honduras, COPINH, und es gibt sie gewiss auch in Nicaragua. Aber diese Initiativen sind bei den staatlichen Stellen nicht nur unbeliebt, nein, sie werden von jenen staatlichen Institutionen unterdrückt, mit denen die deutsche Politik zusammenarbeitet. Und das ist ein Problem.

- (1) Deutscher Bundestag: Drucksache 15/4600
- (2) Urgewald, ARA, Forum Umwelt & Entwicklung (Herausgeber): Alternativer Waldschadensbericht. Januar 2006.
- (3) Geisler, C. und de Sousa, R.: From Refuge to Refugee: the African Case. Public Administration and Development 21 (2001): 159-170.
- (4) Oberfrank, M.: Agrarfront im Regenwald. LIT Verlag Münster 2005.
- (5) [http://ciponline.org/central\\_america/reports/EnglishFINAL.pdf](http://ciponline.org/central_america/reports/EnglishFINAL.pdf)
- (6) Richards, M. u.a. (2003): Costs of illegality and barriers to legality: a diagnostic analysis of illegal logging in Honduras and Nicaragua. Illegal Forestry Review 5(3): 282-292.
- (7) Wells, A. u.a. (2003): zit in Colchester, M. u.a. (2006) Justice in the forest: Rural livelihoods and forest law enforcement. [http://www.cifor.cgiar.org/publications/pdf\\_files/Books/BColchester0601.pdf](http://www.cifor.cgiar.org/publications/pdf_files/Books/BColchester0601.pdf)

[http://staepa-berlin.de/frame.php?link=http://www.staepa-berlin.de/s\\_z\\_59/zeit\\_in2.htm](http://staepa-berlin.de/frame.php?link=http://www.staepa-berlin.de/s_z_59/zeit_in2.htm)

## **Ausverkauf der Ressourcen? Wie CBM, PPP und CAFTA ineinander greifen**

Zahlreiche internationale Projekte der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit (EZ), die nach außen Armut bekämpfen oder die biologische Vielfalt schützen wollen, dienen vor allem internationalen Konzernen und Pharmaunternehmen. Die Belange der lokalen Bevölkerung werden dabei meist nicht berücksichtigt. Im Gegenteil: Maßnahmen werden notfalls auch mit Gewalt durchgesetzt, in den Projektregionen lebende Menschen gezielt vertrieben. Dies klingt soweit nicht neu. Finanziert werden solche Projekte neben häufig zu Recht angegriffenen internationalen Organisationen wie *Internationalem Währungsfonds (IWF)*, *Weltbank* und *World Trade Organisation (WTO)* auch von deutschen Akteuren wie der *Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)* und der *Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)*, die hierzulande kaum in der Kritik stehen. Zu Unrecht, wie das Beispiel des größten Biosphärenreservats Mittelamerikas, *Bosawas* im Norden Nicaraguas, zeigt.

1989 auf einem Treffen zum Schutz und zur Erschließung der biologischen Vielfalt Zentralamerikas entstand die Idee des *Paseo Pantera* (Pantherpfades), eines neuen Schutzgebietssystems für den Erhalt der Biodiversität. Gleichzeitig wurde von den Präsidenten Zentralamerikas eine Umweltschutz-Charta verabschiedet, auf deren Grundlage die *Zentralamerikanische Kommission für Umwelt und Entwicklung (CCAD)* geschaffen wurde. Durch den Umweltgipfel 1992 in Rio und eine Finanzspritze von der US-Entwicklungshilfe-Behörde (*USAID*) erhielt diese Initiative weiteren Auftrieb. Auf einem von der *CCAD* und der *GTZ* geförderten Seminar, das 1995 in San José, Costa Rica, stattfand und unter dem Motto "Die biologische Vielfalt Mittelamerikas: Diagnose der ihren Schutz beeinflussenden Faktoren und Entwurf zur regionalen Strategie für ihren Schutz und ihre Wiederherstellung", stand, wurde der *Paseo Pantera* in *Corredór Biológico Mesoamericano (CBM)* (Biologischer Korridor Mittelamerikas) umbenannt. Der CBM ist als Kette von Biosphärenreservaten geplant, deren Kerngebiete von Pufferzonen geschützt werden und die durch so genannte grüne Korridore miteinander verbunden werden sollen. Der offizielle Startschuss für den CBM wurde auf dem 19. Gipfeltreffen der Präsidenten der sieben zentralamerikanischen Länder sowie Mexikos im Juni 1997 in Panama-Stadt gegeben. Das zu einem wesentlichen Anteil von der Weltbank finanzierte Projekt ist mit über 800 Mio. US-\$ noch umfangreicher als der Plan *Puebla Panamá (PPP)*, in dem es um den Infrastrukturausbau in Mittelamerika geht.

In den Beschreibungen der zahlreichen Einzelprojekte des CBM ist stets in erster Linie die Rede vom Schutz der biologischen Vielfalt beziehungsweise der Flora und Fauna der Regenwälder. Erst in zweiter Linie - und um diesen Schutz zu erreichen - wird von der Verbesserung der Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung gesprochen. Die Verträge und Pläne sehen keine Konservierung - also vollständigen Erhalt - vor, sondern nur noch eine nachhaltige Entwicklung. Dies bedeutet letztendlich die Freigabe der Schätze, seien es Wasser, Edelhölzer, Heil- und andere Pflanzen, und somit des gesamten genetischen und mineralischen Reichtums, erklärte die Journalistin Helena Roux auf dem Nicaragua-Kongress im Dezember 2005 in Hamburg.

Exemplarisch ist hier das Biosphärenreservat Bosawas im Norden Nicaraguas genannt, das direkt an das Biosphärenreservat Río Plátano in Honduras grenzt. Die Bosawas sind eine große, wasserreiche Region mit Tropenwäldern und einer mindestens so reichen Artenvielfalt wie das gesamte Amazonasbecken. Ein ideales Gebiet also für die Begehrlichkeiten der Pharma- und Biotechnologieunternehmen, ein unermesslicher Pool mit noch nicht beschriebenen genetischen Konstellationen, ein Schatz an Edelhölzern, ein Raum für Emissions-Handel und vieles mehr. Und die Bosawas sind ein Biosphärenreservat, in dem sich wie in einem Brennglas die Probleme und die Fragwürdigkeit von manchen so genannten Entwicklungsprojekten und internationalen Abkommen wie PPP, CAFTA (Zentralamerikanisches Freihandelsabkommen) und CMB bündeln, wie Helena Roux an Beispielen aufzeigte. So finanziert die Weltbank in Bosawas ein Projekt zur Wasserausbeutung für den Norden. Die deutsche KfW finanziert seit 2002 ein mit 2,56 Mio € ausgestattetes Projekt zum Schutz der Bosawas. Auch die GTZ ist mit hohem Einsatz tätig: Sie verwaltet dieses riesige Gebiet zusammen mit dem angrenzenden Biosphärenreservat in Honduras und hat sich ein stattliches Verwaltungsgebäude errichtet.

Insgesamt wurden 2004 in den Bosawas von verschiedenen Regierungen und Organisationen rund 20 Mio US-\$ ausgegeben. Für die Menschen dort ist aber praktisch nichts getan worden. Sieben Waldhüter wurden eingestellt, ein Auto zur Kontrolle des riesigen Areals steht ihnen aber nicht zur Verfügung. Die Arbeitsweise der GTZ ist bei der dort lebenden, alteingesessenen und meist indigenen Bevölkerung umstritten. Roux: "Die GTZ-Mitarbeiter und -Ingenieure bestimmen eigenmächtig was getan wird. Sie strukturieren Vereinbarungen einfach um, ohne Beteiligung der betroffenen Bevölkerung." Bei kritischen Nachfragen verweist die GTZ auf *MARENA* (nicaraguanisches Umweltschutzministerium) und umgekehrt. Erklärungen gibt es nicht. Die Bevölkerung wird übergangen und das, obwohl z.B. der *PPP* ausdrücklich die Beteiligung und Mitsprache der Bevölkerung festschreibt.

Aber auch in anderen Regionen und bei andern Projekten im Rahmen von *PPP* und *CBM* kann von der zugesagten Partizipation - also der Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungen über ihre künftigen Lebensumstände - nicht die Rede sein.

In den *Bosawas* begann am 15. Mai 2003 die Vertreibung von mehr als 600 landlosen Familien, die sich im Biosphärenreservat auf der Suche nach einer neuen Lebensgrundlage angesiedelt hatten. Lokale Umweltschutzorganisationen gehen sogar von mehr als 2.000 Familien aus, die über 20.000 Morgen Urwald zerstören würden. Das illegale Fangen und Verkaufen geschützter Arten, wie z.B. Papageien, stellt ein wachsendes Phänomen in Mittelamerika da. Verarmte Menschen suchen in erster Linie nach Möglichkeiten, ihre Lebensbedingungen zu verbessern, der Gedanke an den Naturschutz steht da verständlicherweise hinten an. Des Weiteren werden diesen Menschen kriminelle Machenschaften unterstellt, neben Marihuana- und Kokaanbau soll es in den *Bosawas* auch um bewaffnete Überfälle gehen. Mit der Rücksiedlung hält sich Nicaragua somit an internationale Verträge, die das Gebiet als Teil des *Man and Biosphere Programme* der UNESCO sowie des *CMB* ausweisen.

Auch MitarbeiterInnen der Nichtregierungsorganisation *WEED (World Economy, Ecology & Development)* kritisieren die *GTZ*-Projekte im *CBM* dahingehend, dass die Planung beider Schutzgebiete (*Bosawas* und *Río Plátano*) ohne ausreichende Beteiligung der indigenen Bevölkerung erfolgte. Verstöße gegen das Verbot der Bewirtschaftung traditionell genutzter Agrarflächen werden vom Staat mit Härte verfolgt, illegaler Einschlag großer Holzfirmen dagegen wird nur selten unterbunden.

Warum interessieren sich die Regierungen der Industrieländer überhaupt für Naturschutz in Zentralamerika? In einer Publikation des *World Resources Institute* werden die Waren und Dienstleistungen aufgelistet, die man von den zentralamerikanischen Ökosystemen erwartet: genetische Ressourcen, die Beseitigung von Luftverschmutzung sowie die Bewahrung von Trinkwasserreserven und Biodiversität. Als wünschenswerte Ergebnisse des *CBM* wird auf die Entstehung nationaler und internationaler Märkte für Umweltprodukte und -dienstleistungen verwiesen. Biologische Vielfalt und genetische Ressourcen sollen als Innovationsquelle dienen, insbesondere von pharmazeutischen Konzernen wird hier "Biopiraterie" betrieben. Bei der Beseitigung von Luftverschmutzung geht es um die Nutzung tropischer Wälder als CO<sub>2</sub>-Senken im Rahmen des aus dem Kyoto-Protokoll resultierenden Emissionshandels. Die eigentlichen NutznießerInnen befinden sich in beiden Fällen meist außerhalb jener Länder, wo die konkreten Maßnahmen zum Schutz der Natur notfalls mit Gewalt gegen die lokale Bevölkerung durchgesetzt werden.

Die *GTZ* als wichtigste deutsche EZ-Institution hat eine Schlüsselrolle bei der Durchsetzung dieser Konzepte in Zentralamerika. Sie muss sich dem Vorwurf der Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen stellen, wenn sie einen solch rigiden Naturschutz in Regionen zu verantworten hat, in denen ungelöste Landfragen ein so gravierendes Problem darstellen wie in Südmexiko, Guatemala, Honduras und inzwischen auch wieder Nicaragua.

Helena Roux von der Buko-Kampagne gegen Biopiraterie wies in ihrem Referat an anschaulichen Beispielen nach, in welcher geradezu erschreckender Weise alle nationalen wie internationalen Pläne, Vereinbarungen und Freihandelsabkommen de facto ein einziges Ziel verfolgen: Strukturen zu schaffen, die der Ausnutzung der reichlich vorhandenen Ressourcen dienen. Von der Textilproduktion in den *Máquilas* über die Lebensmittelproduktion bis hin zum reibungslosen Warentransport quer durch die Länder Mittelamerikas in die USA oder nach Europa, alles zu minimalen Kosten. Ob *CAFTA*, *PPP*, ob *CBM* oder auch *ALCA* (Freihandelsabkommen für den ganzen amerikanischen Kontinent außer Cuba) - sie alle sind auf atemberaubende Weise miteinander verzahnt, ergänzen oder bedingen einander zum gemeinsamen Ziel.

In Nicaragua beispielsweise sorgt ein nationaler Entwicklungsplan für eine Aufteilung des Landes in bestimmte Wirtschafts- und Nutzungszonen. Entgegen der traditionell gewachsenen, gemischten Bewirtschaftung des Landes wird es nach dem Willen der Regierung und der Geldgeber (u.a. *Interamerikanische Entwicklungsbank*, *EU*, *KfW*) nun eine Konzentration nach Produkten geben. Nicht Nachhaltigkeit und Unterstützung vorhandener traditioneller landwirtschaftlicher Nutzung sind angesagt, sondern die Erschließung neuer Gebiete für Monokulturen, die Abholzung ganzer Wälder und unberührter Gebiete inbegriffen.

Die Karte "Agro-ökonomische Potenziale" ([die Karte finden Sie nur in der Druck- bzw. PDF-Version des Atabal](#)), zeigt, wie Nicaragua künftig in diverse Korridore eingeteilt wird: Einen für Viehzucht zur Milch- und Fleischproduktion, einen zur reinen Fleischproduktion und jeweils einen zum Reis-, Tabak-, Baumwoll- und Kaffeeanbau. Der nationale Entwicklungsplan garantiert die verkehrstechnische Erschließung der jeweiligen Korridore ebenso wie die Voraussetzungen zur Weiterverarbeitung der Produkte in den berüchtigten *Máquilas* an den Rändern der Zonen. Es wird beispielsweise eine so genannte *Kaffeestraße*, eine *Fleischstraße* und in der Pazifikzone auch eine *Tourismusstraße* geben. In den andern mittelamerikanischen Ländern funktioniert die Umsetzung des *PPP* ähnlich. Mit Hilfe von riesigen Kreditsummen - allein 3,5 Milliarden US-\$ für den Straßenbau - werden überall exzellente Bedingungen für den raschen Transport, die benötigte Energie und Kommunikation

geschaffen, um multinationalen Konzernen ideale Bedingungen zur Ausbeutung der Ressourcen und zur Produktion zu bieten. Das Freihandelsabkommen *CAFTA* hat ergänzend die passenden Voraussetzungen geschaffen, damit die Güter problemlos und vor allem preiswert abtransportiert werden können, in die USA oder für den anderweitigen Export.

Kerstin Wippel

### **Quellen**

Klaus Pedersen, Lateinamerika Nachrichten online Nummer 361/362 - Juli/August 2004;

Nicaragua privatizada, <http://nica.open-lab.org/ila272.shtml>

Nicaragua-Forum Heidelberg, siehe [www.nicaragua-forum.de/03/nns2605.htm](http://www.nicaragua-forum.de/03/nns2605.htm);

Bruni Franke, Nicaragua-Zeitung des Nicaragua Vereins Hamburg vom Dezember 2005, [www.nicaragua-verein.de](http://www.nicaragua-verein.de).

### **Bücher zum Thema**

Grüne Beute - Biopiraterie und Widerstand, BUKO Kampagne gegen Biopiraterie (Hrsg.), Trotzdem Verlagsgenossenschaft Dezember 2005, ca. 160 Seiten, 12 €, ISBN 3-931786-40-4, auch als Download unter [www.gruene-beute.de](http://www.gruene-beute.de).

Das Gold der Gene - Globale Konflikte und Biopiraterie, Joscha Wullweber. In: Einsprüche Band 15 2004, Verlag: Westfälisches Dampfboot, Münster. 188 Seiten, 15,30 €, ISBN 3-89691-594-0. Zu bestellen auch per mail unter [www.bukoagrار.de](http://www.bukoagrار.de)

Agrarfront im Regenwald - Grenzziehungen und Grenzüberschreitungen in Nicaraguas Biosphärenreservat Bosawas, Monika Oberfrank, Herausgeber: Ina-Maria Greversus und George Marcus, TRANS anthropologische Texte Band 4, LIT-Verlag Münster 2005, ISBN 3-8258-8520-8



Ya Basta-Netz, Dezember 2004

<http://chiapas98.de/news.php?id=2910>

## **Aufstandsbekämpfung durch GTZ und EU in Chiapas**

Zur Kenntnisnahme erhalten Sie unseren Brief an die zapatistische Bewegung in Chiapas, Mexiko.

Mit freundlichen Grüßen,  
Ya Basta-Netz,

Deutschland, Dezember 2004  
(Das Ya Basta-Netz ist ein bundesweiter Zusammenschluss unabhängiger Organisationen.)

An die zapatistischen Juntas de Buen Gobierno  
An die EZLN  
An die Gemeinden im Aufstand  
An die mexikanische Zivilgesellschaft

Liebe Compañeras und Compañeros in Rebellion!

In Bezug auf den Konflikt in Montes Azules haben wir, das bundesdeutsche Ya Basta-Netz und eine Arbeitsgemeinschaft der »Kampagne gegen Biopiraterie« der BUKO (Bundeskoordinierung Internationalismus), folgende Information beizusteuern. Unsere Informationen basieren auf eigenen Recherchen und auf den Einschätzungen verschiedener internationaler und chiapanekischer Organisationen:

Wir möchten euch über eine deutsche Organisation informieren, die an der Ausbeutung der Region und der Aufstandsbekämpfung in Chiapas seit Kurzem aktiv mitarbeitet.

Diese Regierungsorganisation nennt sich »Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit« (GTZ) und ist im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe und Entwicklungszusammenarbeit weltweit tätig. Dafür erhält sie Geldmittel direkt von der Regierung und von der Europäischen Union. Im Namen von "Entwicklungshilfe" und "Armutsbekämpfung" betreibt die GTZ Wirtschaftsförderung für die westeuropäischen und insbesondere für deutsche Konzerne und vertritt die Interessen der Regierung und der Reichen im Ausland.

Ihre Tätigkeit in Chiapas ist im Rahmen des neoliberalen "Freihandelsabkommen" zu verstehen, das die Regierungen von Mexiko und der EU im Jahr 2000 abgeschlossen haben.

Die EU und die Regierung von Chiapas haben am 27.1.2004 ein Abkommen unterschrieben, das sich »Soziale und nachhaltige Entwicklung in der Selva Lacandona« (PRODESIS – Proyecto Desarrollo Social Integrado y Sostenible) nennt und von 2004-2007 durchgeführt werden soll. Dieses Projekt wird mit 15 Mio EUR der EU und 16 Mio EUR von Mexico finanziert, insgesamt also 31 Mio. EUR, d.h. rund 37 Mio. US-\$.  
Seite 33

Die GTZ hatte sich bemüht, dieses Projekt durchzuführen. Nun wird es allerdings von dem spanischen Unternehmen Eptisa Proyectos Internacionales S.A., umgesetzt. Fünf »Direktoren« sind dafür eingestellt worden, die Durchführung dieses Projektes zu leiten und zu überwachen. Angeblich sollen 115.000 Bewohner in 16 Mikroregionen (830 Gemeinden) Nutznießer des Projektes werden. Diese Mikroregionen sind in den Verwaltungsbezirken Palenque, Ocosingo und Comitán konzentriert. Ihre Namen lauten: Francisco I. Madero, Fronteriza; Maravilla Tenejapa, Marques de Comillas; B. de las Americas, Comunidad Lacandona, Nuevo Francisco Leon, Valle Santo Domingo, Damasco, Naha, Agua Azul, Amador Hernandez, Betania, Patihuitz, Guadalupe Tepeyac, Rio Blanco

Die GTZ selbst führt ein von der deutschen Regierung finanziertes Projekt in Höhe von 2. Mio EUR durch, das sich auf drei Biosphärenreservate in Campeche, Quintana Roo und Chiapas konzentriert. Partner sind SEMARNAT (Umweltministerium) und CONANP (Nationale Kommission für Naturschutzgebiete). Das Projekt nennt sich »Naturressourcenmanagement und regionale Entwicklung im Südosten Mexikos« und soll bis 2006 laufen.

Die offiziellen Ziele der beiden Projekte sind sehr ähnlich. Auf dem Papier wird vorgegeben die Anstrengungen der Regierung von Chiapas beim Kampf gegen die Armut zu unterstützen und zum Schutz der natürlichen Ressourcen im Lakandonischen Regenwald beizutragen.

Zu dem 37 Mio US-\$ Projekt werden zur Zeit Scheinbefragungen in ausgewählten Gemeinden durchgeführt, die darauf abzielen, die Gemeinden sowie soziale Organisationen weiter zu spalten. Insgesamt scheint das Projekt die Prospektion und Katalogisierung von Pflanzen und Ressourcen der Region voranzutreiben – eine Vorstufe zur Biopiraterie. Ferner vermuten wir, dass mit den Projektgeldern die »Umsiedlungen«, d.h. Vertreibungen, aus den Montes Azules finanziert werden sollen.

Tatsächlich sind die geplanten Projekte gegen die zapatistischen Gemeinden gerichtet und sollen der Aufstandsbekämpfung dienen. Die Behauptung der GTZ und der EU, eine »nachhaltige und soziale Entwicklung« in der Selva Lacandona fördern zu wollen, ist nur ein Vorwand. Die politischen Forderungen der Gemeinden im Aufstand – Umsetzung der Abkommen von San Andres, Wiedereinsetzung des Artikels 27 der mexikanischen Verfassung, Anerkennung der politischen Autonomie der indigenen Gemeinden, Landreform und Beendigung des Krieges niederer Intensität in Chiapas – werden von der GTZ und der EU völlig ignoriert.

Wir verurteilen die Tätigkeiten von GTZ und Eptisa Proyectos Internacionales entschieden. Als "Hilfe für die Armen" getarnt, werden die Interessen der Konzerne in Deutschland und EU auf Kosten der Indígenas und Campesinos in Chiapas durchgesetzt.

Wir verstehen die aktuellen Projekte als einen weiteren Schritt in der expansiven Neuorganisation des Kapitalismus, als eine neue Ausdrucksform des nun seit mehr als 500 Jahren andauernden Kolonialismus. Diese neue Ausdrucksform bezeichnen wir als "Biokolonialismus". Er zielt auf die Ausdehnung des Kapitalismus in jene Räume des Lebens, die bisher noch nicht der Maxime des Kommerzes unterworfen waren oder sind. Er bewertet die menschlichen Körper, das Wissen, die Natur, das Land, den Boden, das Wasser, die Pflanzen, eben das Leben als solches rein nach dem Kriterium der Profitmaximierung, als Ware, die möglichst viel Geld einbringen soll. Der Biokolonialismus entwertet das menschlichen Leben in Würde und Selbstbestimmung immer weiter.

Wir hier in Deutschland werden das Treiben der GTZ nicht still hinnehmen, sondern versuchen, die wahren Interessen, die hinter diesem Unternehmen stehen, aufzudecken.

Von der GTZ fordern wir, das Projekt in den Montes Azules sofort zu beenden und sich aus Chiapas zurückzuziehen.

Wir senden eine herzliche Umarmung und solidarische Grüße an die rebellischen Frauen und Männer Mexikos,

Ya Basta-Netz und  
»Kampagne gegen Biopiraterie« der BUKO  
(Bundeskordinierung Internationalismus),

Deutschland  
Dezember 2004

P.S.: Weitere Informationen folgen!

## **(AG 2)**

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen  
IMI-Analyse 2006/01 - in: AUSDRUCK (Februar 2006)

<http://www.imi-online.de/2006.php3?id=1292>

# **CIMIC - Zivil-militärische Zusammenarbeit als Legitimations- und Effektivierungsinstrument deutscher Kriegspolitik**

Von der Bundeswehr nur als einem "Handlanger" der so genannten "neuen Kriege" zu sprechen wäre eine Untertreibung. Im Gegenteil ist es notwendig, die Bundeswehr als einen zentralen Akteur im Kontext der neuen Kriege wahrzunehmen. Dies soll im Folgenden schwerpunktmäßig anhand der zivil-militärischen Zusammenarbeit der Bundeswehr in Krisen- und Konfliktgebieten erläutert werden. Dazu ist es hilfreich, zuvor den Charakter der bisherigen Auslandseinsätze der Bundeswehr in Erinnerung zu rufen.

### **Die bisherigen Auslandseinsätze der Bundeswehr**

Vom ersten Einsatz im Jahr 1960 an bis 1991 kann von wirklichen Hilfseinsätzen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen vor Ort gesprochen werden. Es handelt sich um tatsächliche humanitäre Missionen wie Lebensmittel- und Medikamententransport, Waldbrandbekämpfung, Erdbeben- und Hochwasserhilfe usw. Mit dem Kambodscha-Einsatz 1992, dessen ursprünglicher Zweck die medizinische Versorgung - ausschließlich - der UN-Truppen war, und der kurz darauf stattfindenden Somalia-Mission zur Versorgung der dort niemals auftauchenden indischen Truppen, begann eine Zeitspanne in der Hilfseinsätze nicht mehr zur Unterstützung von bedürftigen Menschen vorgenommen wurden, sondern mit dem Ziel, durch Militäreinsätze, die irgendwie mit helfen etwas zu tun hatten, Akzeptanz zu erreichen für immer kampforientiertere Militäreinsätze.

Stück für Stück stellte die Bundesregierung und die Bundeswehrführung so den Charakter der Auslandseinsätze der Bundeswehr von Hilfseinsätzen über Unterstützungseinsätze von zuerst UN-, dann NATO- und zuletzt EU-Truppen bis hin zu Kampf- bzw. Kriegseinsätzen in beliebigen ad-hoc Koalitionen um. Deshalb ist der so genannte Evakuierungseinsatz im März 1997 in der albanischen Hauptstadt Tirana erwähnenswert, da dort zum ersten Mal seit 1945 von Angehörigen einer deutschen Armee auf Zivilisten geschossen wurde. Dieser Einsatz wurde im übrigen entgegen sich haltender Gerüchte nicht durch das Kommando Spezialkräfte (KSK) durchgeführt. Schlussendlich endete diese Transformation der Militäreinsätze am 24. März 1999 mit Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs der NATO und damit der Bundeswehr auf die Bundesrepublik Jugoslawien. Dieser Krieg wird heute noch oft fälschlicherweise als "Kosovo"-Krieg bezeichnet.

Heute konzentrieren sich die Auslandseinsätze der Bundeswehr neben den Einsätzen auf dem Balkan auf den aktuell erneut ausgeweiteten ISAF-Einsatz in Afghanistan und die so genannte Operation "Enduring Freedom" (OEF), den immer noch andauernden "Krieg gegen den Terror". Bei OEF wurde als Einsatzgebiet Nord-, Nordost- und Zentralafrika, der Nahe- und Mittlere Osten sowie Zentralasien mit den angrenzenden Seegebieten, das Mittelmeer, das Rote Meer, der Persische Golf und der Indische Ozean deklariert, also ein Drittel des Globus. Die in diesem Gebiet lebenden Menschen können stets Ziel deutscher

Militäreinsätze werden.

Wichtig an der Auflistung der Bundeswehrmissionen (siehe den Kasten am Ende des Artikels) ist, dass die Bundeswehr ihre Auslandseinsätze, einerseits die Hilfeinsätze andererseits die Kampfeinsätze, als in einer Tradition stehend, darlegt. Das ist ein bewusster Versuch, Akzeptanz z.B. für die ISAF-Mission, die EUFOR-Mission in Bosnien-Herzegowina oder die KFOR-Mission im Kosovo zu erzeugen. Bei allen diesen Einsätzen tritt die Bundeswehr als Besatzungsarmee mit Kampfauftrag auf. Dies macht sie zu einer Kriegspartei unter anderen in dem jeweiligen Konfliktgebiet und stößt verständlicherweise bei großen Teilen der betroffenen Bevölkerung auf Ablehnung und teils gar auf offenen Widerstand.

Auch in der deutschen Öffentlichkeit ist die Akzeptanz für die dauernden Auslandseinsätze eher gering. Zwar wird von Regierungsseite und Bundeswehrführung behauptet, insbesondere bei den Selbstbeweihräucherungs-Feierlichkeiten zum fünfzigjährigen Bestehen der Bundeswehr im vergangenen Jahr kam dies zum Ausdruck, die Bundeswehr würde in der Bevölkerung auf eine hohe Akzeptanz stoßen. Jedoch zeichnet eine Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts (SoWi) der Bundeswehr in Strausberg, in der das Image der Bundeswehr in der Bevölkerung analysiert wurde, ein differenzierteres Bild. In dieser Studie wird darüber informiert, dass es eine hohe Zustimmung zur Bundeswehr generell gibt, sobald aber von Kampf- oder Kriegseinsätzen die Rede ist, fällt diese Zustimmung rapide. Das SoWi kommt in dieser Studie zum Schluss, "das internationale Engagement Deutschlands" sei in der deutschen Öffentlichkeit "umstrittener denn je". So führe die "zunehmende Verunsicherung der Menschen durch Wirtschaftsschwäche, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau" zu einem "deutlichen Wandel der politischen Präferenzen". "Immer mehr Bundesbürger sind der Ansicht, Deutschland sollte sich aus den Krisen und Konflikten anderer Länder möglichst heraushalten und sich stärker auf die Bewältigung der Probleme im eigenen Land konzentrieren. Immer weniger meinen dagegen, dass Deutschland eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen sollte." [1]

Vor diesem Hintergrund nun, Ablehnung der einheimischen Bevölkerungen in den Konfliktgebieten, geringe Akzeptanz der eigenen Öffentlichkeit und die offensichtlich völlig fehlgeschlagene Strategie der US-Armee, die auf rein militärische Maßnahmen setzt, mit diesen Konflikten (z.B. im Irak) erfolgreich umzugehen, praktiziert die Bundeswehr eine zivil-militärische Zusammenarbeit in ihren Einsatzgebieten, auch um sich gegen die US-Armee abzusetzen.

### **Was bedeutet zivil-militärische Zusammenarbeit?**

Die zivil-militärische Zusammenarbeit oder im Englischen Civil-Military Cooperation (CIMIC) ist ein wesentliches Konzept der Bundeswehr, der EU und auch der NATO, die das Konzept bereits präzise definiert hat: "CIMIC ist die Koordination und Kooperation zur Unterstützung des militärischen Auftrags zwischen dem NATO-Kommandeur und zivilen Akteuren, die Bevölkerung vor Ort und lokale Autoritäten ebenso eingeschlossen, wie nationale, internationale und Nicht-Regierungsorganisationen und Behörden." [2]

Die Bundeswehr selbst definiert die zivil-militärische Zusammenarbeit wie folgt: "Hinter dem Kürzel 'CIMIC' verbirgt sich die zivil-militärische Zusammenarbeit der Bundeswehr im Ausland. Sie ist Bestandteil der militärischen Operationsführung in den Einsatzgebieten der Bundeswehr. Ihr Hintergrund: die Mittel rein militärischer Krisenbewältigung reichen allein nicht aus, um eine Region dauerhaft zu stabilisieren. CIMIC soll helfen das militärische Handeln mit dem übrigen Umfeld in Einklang zu bringen. Sie soll den eingesetzten Streitkräften die Durchführung ihres Auftrages erleichtern. CIMIC verbessert die Lebensbedingungen der Bevölkerung in den Einsatzräumen der Streitkräfte und fördert so

die Sicherheit der eingesetzten Soldaten in einem instabilen Umfeld." [3] Das Ziel der zivil-militärischen Zusammenarbeit ist es also, die Sicherheit der eingesetzten Soldaten zu erhöhen. Zentral an obigem Zitat ist, dass CIMIC dort als Bestandteil der militärischen Operationsführung benannt wird. Es ist keinesfalls ein eigenständiges oder gleichberechtigtes Konzept wie häufig von Bundeswehr- und Regierungsseite verbreitet wird: "CIMIC dient der jeweiligen militärischen Operation." Oder ganz deutlich formuliert: "CIMIC hat also in seiner reinen militärischen Form nichts zu tun mit humanitärer Hilfe oder entwicklungspolitischem Aufbau."

Erstaunlich ist die ehrliche Sprache, die verwandt wird. Es wird auf der Bundeswehr-Homepage offen zugegeben, dass CIMIC eine ausschließliche Unterstützungsfunktion für die jeweilige Militäroperation darstellt. Obwohl sonst die Bundeswehrführung und Regierungsvertreter ein umgekehrtes Bild in der Öffentlichkeit zu vermitteln versuchen. Das CIMIC-Konzept wird als "ein positives Markenzeichen der Bundeswehr" herausgestellt. Diese positive Darstellung ist für die deutsche Regierung besonders wichtig, da die Bundeswehr in diesen CIMIC-Projekten im Vergleich zu den Armeen anderer EU- und NATO-Staaten als Vorreiter gilt.

Eine weitere wichtige Intention, die sich hinter den CIMIC-Projekten verbirgt, sei es für diese Gebiete den Weg zur Marktwirtschaft zu fördern. Da die Marktwirtschaft in diesen Ländern bisher ein Fremdwort sei, könne durch diese Projekte marktwirtschaftliche Strukturen besser gefördert werden.

Seit 1997 wird die zivil-militärische Zusammenarbeit, zuerst bei der SFOR-Mission in Bosnien-Herzegowina, als ein bewusstes Konzept angewandt. Als Vorläufer der CIMIC wird der Somalia-Einsatz genannt, bei dem es allerdings noch Defizite gegeben habe. In Bosnien hat es ab 1997 1.900 CIMIC-Einzelprojekte gegeben. Im Kosovo sind seit 1999 2.100 CIMIC-Einzelprojekte und eine Zusammenarbeit mit ungefähr 60 Nicht-Regierungsorganisationen durchgeführt worden. Im Bereich Mazedonien sind seit 2001 Wiederaufbaumaßnahmen in Höhe von 1,2 Mio. Euro getätigt worden. Insgesamt beträgt der Finanzaufwand für alle CIMIC-Projekte zusammengenommen bis zum April 2005 38 Mio. Euro. Die Projekte im Einzelnen seien Maßnahmen und Tätigkeiten zur Flüchtlingsrückkehr, zum Material- und Medikamententransport, zur medizinischen Versorgung, zum Wohnungsbau, zum Aufbau der öffentlichen Infrastruktur usw. In Afghanistan liegt der Schwerpunkt der Arbeit im Aufbau polizeilicher Infrastruktur. Deutlich wird dabei vor allem, dass obwohl alle eben beschriebenen Handlungen Hilfscharakter haben, es nicht um die eigentliche Hilfe geht, sondern dass diese konkrete Hilfsaktion ausschließlich die Funktion der Unterstützung der jeweiligen Militäroperation hat.

Finanziert werden die CIMIC-Projekte von einer ganzen Spanne von Geldgebern. Diese reicht vom Auswärtigen Amt, dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, dem so genannten Entwicklungshilfeministerium, über Bundesländer, Städte und Gemeinden, nationale und internationale Organisationen bis hin zu freigiebigen Privatpersonen. Auch bei der Bundeswehr selbst wird für solche Projekte Geld gesammelt. Allein bei der KFOR, den deutschen Truppen im Kosovo, sind seit 2003 425.000 Euro für CIMIC-Projekte zusammengetragen worden. Weiterhin existieren eine Reihe von Vereinen, die von aktiven und ehemaligen Bundeswehrangehörigen gegründet wurden, die ebenfalls um Spenden werben.

### **Polizeieinsätze als Teilaspekt der CIMIC**

Ein nicht mehr wegzudenkender Teilaspekt der zivil-militärischen Zusammenarbeit ist der Einsatz von Polizei als komplementäres Element zu den Soldatenkontingenten in den verschiedenen Auslandseinsätzen. Peter Struck hat in einem Interview beim Deutschlandradio am 12.6.2005 die Forderung erhoben, dass die Bundespolizei (der

ehemalige Bundesgrenzschutz, BGS) besser und häufiger in Auslandseinsätzen eingesetzt werden müsste. "Das ist eine Idee, die ich schon lange mit Otto Schily bespreche. Wir reden jetzt faktisch schon über eine Art Guardia Civil oder Carabinieri oder Gendarmerie anderer europäischer Staaten. Bisher gibt es zwei Hindernisse. Man kann einen Bundespolizisten, einen BGS-Beamten, nicht gegen seinen Willen nach Afghanistan zum Beispiel schicken. Die, die jetzt dankenswerterweise da sind, machen das auf freiwilliger Basis. Andererseits steht fest, [...] dass wir [...] mehr und mehr Polizeiaufgaben wahrnehmen mit unseren Soldaten. [...] Der Innenminister Otto Schily ist auch der Meinung, dass es hier eine größere Verantwortung der Bundespolizei geben muss und er strebt an, dafür auch Sondereinheiten in der Bundespolizei zu installieren. Erst muss dafür dann das Gesetz geändert werden. Das heißt, jemand, der jetzt neu zum BGS oder zur Bundespolizei kommt, muss auch wissen, dass sein Dienstherr ihn in einen solchen Auftrag schicken kann. Und zweitens muss auch die Ausbildung geändert werden für die Angehörigen der Bundespolizei. Aber das Prinzip ist absolut richtig. Ich strebe schon an, die Bundeswehr von polizeilichen Aufgaben im Ausland zu entlasten."[4]

Wie Struck in seinem Beitrag im Deutschlandradio richtigerweise ausführt, liegt der Verwirklichung seines Ziels die geltende Rechtslage im Weg, die die Entsendung von Bundespolizisten, also von BGS-Beamten, gegen ihren Willen in Auslandseinsätze verbietet. So waren alle bisher entsandten Polizeibeamten Freiwillige gewesen. Hingegen können Soldaten sich einer Entsendung - außer durch Kriegsdienstverweigerung - in einen Auslandseinsatz nicht verweigern. Deshalb ist es Strucks Intention, Sondereinheiten der Bundespolizei für den Auslandseinsatz zu bilden. Das hieße, in Zukunft würde sehr viel häufiger nicht nur das Militär, sondern auch Polizei in Auslandseinsätze geschickt werden. Das große Problem, das sich dabei ergibt, ist folgendes: eine Kontrolle über die Entsendungen von Polizeikontingenten und deren Handlungen vor Ort würde sehr viel schwieriger werden, weil ein Beschluss des Bundestages bei der Entsendung von Polizei im Gegensatz zur Bundeswehr nicht vorliegen muss. Die Entsendung von Polizeieinheiten kann der jeweilige zuständige Innenminister, also Wolfgang Schäuble, allein beschließen und diese dann in einen Einsatz schicken.

## **Das Verhältnis zwischen den Entwicklungshilfsorganisationen und CIMIC**

Äußerst aufschlussreich ist es zu erfahren, wie in diesem Kontext die Entwicklungshilfeorganisationen mit der zivil-militärischen Zusammenarbeit der Bundeswehr umgehen. Tatsächlich ist die Debatte diesbezüglich noch offen. Ein Positionspapier des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) beschreibt die Lage, in der sich die Hilfsorganisationen befinden: "Das Engagement nationaler und multinationaler Streitkräfte im Kontext der humanitären Hilfe hat sich seit dem Ende des Ost-West-Konflikts erheblich ausgeweitet. Da humanitäre Hilfe traditionell von privaten, politisch unabhängigen humanitären Hilfsorganisationen geleitet wird, haben auch Berührungspunkte zwischen Nichtregierungsorganisationen und Streitkräften in den letzten Jahren zugenommen. Die Erfahrungen in Somalia, Bosnien, Kosovo oder Afghanistan haben gezeigt, dass die Verknüpfung von militärischen Zielen und humanitärer Hilfe insbesondere in bewaffneten Konflikten sehr problematisch ist."[5]

Die Welthungerhilfe e.V. hat deshalb einen Verhaltenskodex für ihr Handeln in Konfliktgebieten und den Umgang mit der CIMIC der Bundeswehr beschlossen. Die vier zentralen Punkte daraus lauten folgendermaßen: erstens, der humanitäre Imperativ geht vor, zweitens, "Hilfe wird unterschiedslos, ohne Ansehen der Rasse, religiöser Überzeugung oder Staatsangehörigkeit der Empfänger geleistet, [drittens], Hilfe wird grundsätzlich nicht zur Förderung einzelner politischer oder religiöser Standpunkte verwendet [und viertens], wir sind bestrebt nicht als Instrument staatlicher Politik zu agieren."[6]

Zur Zeit ist die Lage zwischen den Nichtregierungsorganisationen und der Bundeswehr so,

dass in den verschiedenen Entwicklungshilfeorganisationen zum Teil die Problematik erkannt und klar dagegen Stellung bezogen wird. Gleichzeitig herrscht vor Ort ganz klar die Grundtendenz vor, dass die Bundeswehr versucht, die Hilfsorganisationen völlig in ihre militärischen Vorgänge einzubinden und die Gefahr besteht, ihnen im wahrsten Sinne des Wortes auf den Leim zu gehen. Bei den Hilfsorganisationen herrscht ungefähr eine Drittelung vor: Ein Drittel ist gegen eine Zusammenarbeit mit dem Militär, ein Drittel unkritisch gegenüber einer Zusammenarbeit und ein Drittel ist unentschieden.

## **Die Finanzierung der EU-Auslandseinsätze**

Gleichzeitig zu dieser Debatte findet auf EU-Ebene ein schleichender Prozess statt, in dem viele Entscheidungen - Auslandseinsätze betreffend - bereits gefallen sind. Dies betrifft vor allem die Finanzierung der EU-Militäreinsätze. Bei einem informellen Treffen des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments mit Vertretern des EU-Rates und der EU-Kommission, bei dem der Autor anwesend war, wurde konkret beschrieben, wie diese Einsätze finanziert werden.

Der am 1.12.2004 von der NATO übernommene Einsatz in Bosnien-Herzegowina ("Althea" bzw. "EUFOR"), der von EU-Vertretern gerne als Flaggschiff zukünftiger Militäreinsätze der EU bezeichnet wird, wird durch den sog. Athena-Mechanismus finanziert. Der ATHENA-Mechanismus ist ein Beschluss des Rates der Europäischen Union, also der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer und beinhaltet, dass die jeweilige Regierung in einen Fond einzahlt. Dieser Fond ist aber explizit kein EU-Fond. Aus Sicht der EU-Regierungsvertreter liegt der Zweck dieses Nicht-EU-Fonds darin verborgen, dass er somit der Kontrolle des EU-Parlaments genauso wie der Kontrolle der einzelstaatlichen Parlamente entzogen ist, da diese ja nur die Zahlungen ihres eigenen Landes mitgeteilt bekommen und eine Addition aller Zahlungen sich aus verschiedenen Gründen heraus als schwierig erweist.

Die EU-Einsätze im Kongo (EUSEC und EUPOL/Kinshasa) und im Sudan (AMIS II) werden erstaunlicherweise über das EU-Entwicklungshilfebudget finanziert. In einer Reaktion auf eine Rede des Autors räumte Louis Michel, der EU-Entwicklungshilfekommissar, offen ein, dass die Finanzierung dieser Einsätze über EU-Entwicklungshilfegelder nicht unproblematisch sei. Begründet wurde dies damit, dass der EU-Verfassungsvertrag noch nicht ratifiziert sei. Dieser sieht einen eigenständigen EU-Militärhaushalt vor. Der aktuell noch gültige Nizza-Vertrag verbietet dagegen ein selbständiges EU-Militärbudget. Die EU-Regierungschefs "benötigen" also dringend den EU-Verfassungsvertrag um eine haushaltstechnisch "ehrliche" Finanzierung ihrer Militäreinsätze durchführen zu können. Bis zu diesem Zeitpunkt, falls er jemals eintreten sollte, werden EU-Entwicklungshilfegelder ganz offen zweckentfremdet. Louis Michel referierte in einer Rede am 21.09.2005 auf einer parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union, er habe afrikanischen Staaten gegenüber zugesagt, dass 250 Mio. Euro für Militärausbildung und Militäreinsätze in Afrika über das Entwicklungshilfebudget der Europäischen Union finanziert würden.

Führende Vertreter Deutschlands, Frankreich und Großbritanniens haben wiederholt verkündet, dass Afrika das primäre künftige Zielgebiet von EU-Auslandseinsätzen, speziell der Battle Groups, sein werden. Die EU-Battle Groups sind innerhalb von fünf Tagen einsatzfähig, bei einem noch zugerechneten politischen Entscheidungszeitraum von zehn Tagen, könnten sie nach 15 Tagen im Einsatzgebiet sein. Hinsichtlich Deutschlands ergibt sich die Problematik, dass nach geltender Rechtslage seit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 12. Juli 1994 der Bundestag in der Regel, leider nicht grundsätzlich, vor einer Entsendung deutscher Truppen zustimmen muss. Im Auswärtigen Ausschuss antwortete dem Autor ein Vertreter der damaligen (zweite Jahreshälfte 2005) britischen EU-Ratspräsidentschaft, er habe die Zusage deutscher Regierungsvertreter, dass die Zustimmung auch im Nachhinein eingeholt werden könne. Diese Zusage der deutschen



Vertreter ist eine bewusste Falschinterpretation der Voraussetzungen für Truppenentsendungen nach dem so genannten Parlamentsbeteiligungsgesetz, nachdem nur "Erkundungsteams" ohne vorherige Zustimmung des Bundestages ins Ausland geschickt werden dürfen, was Battle Groups (wie auch der Name schon sagt) keineswegs sind.

### **Die Achillesferse: der Luftwaffenstützpunkt Termez in Usbekistan**

Einer der problematischsten Einsätze der Bundeswehr ist die so genannten Operation "Enduring Freedom" (OEF). Im Rahmen dieser Operation sind derzeit 260 Soldaten eingesetzt, die am Horn von Afrika stationiert sind. Offiziell lautet ihr Auftrag mittels See- und Luftraumüberwachung Kontrollen zum Aufspüren von Terroristen durchzuführen. Jedoch weisen vor allem Flüchtlingsorganisationen darauf hin, dass die Präsenz der Bundeswehr in ihrer Wirkung dafür sorgt, dass Flüchtlinge die Meerengen nicht mehr überqueren können.

Nicht nur aus diesem Grunde ist die OEF problematisch, sondern eine weitere Brisanz verbirgt sich hinter der Frage, wer den Luftwaffenstützpunkt Termez in Usbekistan eigentlich betreibt. Dieser Standort ist der zentrale Umschlagplatz für sämtliche Einsätze im Bereich Afghanistan, für alle Truppen der dort jeweils engagierten NATO- und EU-Staaten. Aufgrund der fürchterlichen Menschenrechtsverletzungen der Machthaber in Usbekistan hat die EU inzwischen Sanktionen gegen dieses Land verhängt. Auf Nachfrage des Autors erklärten Vertreter der NATO und der EU, dass aufgrund dieser Menschenrechtsverletzungen weder NATO noch EU einen Militärstützpunkt dort betreiben.

Bei einem Besuch des Autors beim Einsatzführungskommando in Potsdam-Geltow wurde diesem die Auskunft erteilt, Termez werde ausschließlich von Deutschland bzw. der Bundeswehr betrieben. Es wurde eingeräumt, dass zwar der Betrieb aufgrund der Menschenrechtssituation politisch problematisch sei, aber militärisch sei der Truppenstützpunkt absolut notwendig, da sonst sowohl der ISAF-Einsatz in Afghanistan als auch die Operation "Enduring Freedom" aufgegeben werden müsse.

Obwohl alle anderen Staaten, darunter auch die USA, ihren Rückzug aus Usbekistan vollziehen mußten, hielt Deutschland an der Aufrechterhaltung von Termez als Stützpunkt fest. Dieses Verhalten erklärt sich mit handfesten politischen Interessen Deutschlands und kann nur im Kontext des Irakkrieges verstanden werden. Es existiert eine inoffizielle Vereinbarung zwischen den USA einerseits und Deutschland andererseits im Hinblick auf eine Lastenteilung: Die Bundesregierung entsendet keine Truppen in den Irak, wird somit zumindest offiziell aus dem Irak herausgehalten, dafür engagiert sich Deutschland mit dem stärksten Kontingent an ISAF in Afghanistan und das Kommando Spezialkräfte wird im Rahmen von OEF immer wieder eingesetzt. So erklärt sich das vehemente Festhalten der Bundesregierung an Termez als Transportstützpunkt und die Funktion dieses Standortes in der gesamten Kriegsinfrastruktur der ISAF und der OEF für alle NATO-Truppen.

Die Schlussfolgerung aus dieser Achillesferse Termez lautet daher, eine politische Kampagne zur Auflösung des Standortes anzustoßen, die wiederum in eine Kampagne, die den Rückzug der Truppen aus Afghanistan beinhaltet, eingebettet sein muß. Das Ziel ist es, Auslandseinsätze der Bundeswehr an sich zu thematisieren.

### **Zusammenfassung**

Das Hauptaugenmerk dieses Beitrags lag auf der zivil-militärischen Zusammenarbeit, weshalb an dieser Stelle die zentralen Gefahren für einen friedlichen Konfliktaustrag durch CIMIC und die Funktion von CIMIC für die Bundeswehr rekapituliert werden sollen.

(1) CIMIC ist der Versuch, die zivilen Kompetenzen des Militärs auszuweiten und dabei auch

friedenspolitisch orientierte Gruppen zur Bewältigung insbesondere von Nachkriegssituationen zu instrumentalisieren.

(2) Die zivilen Kräfte geraten dabei in eine Situation, die von vornherein militärisch gewaltträchtig bestimmt ist. Als letztes Mittel steht hinter CIMIC stets das militärische Drohmittel und der militärische Einsatz. In CIMIC wird die zivile Konfliktbearbeitung zum taktischen Instrument militärgestützter Politik.

(3) Militärgestützte Politik entscheidet sich eher für eine Intervention, wenn sie davon ausgehen kann, die Nachkriegssituation durch CIMIC sicherer beherrschen zu können. Damit trägt CIMIC zu einer den Krieg fördernden Politik bei.

(4) In CIMIC wird die zivile Konfliktbearbeitung zu einem Bestandteil des militärischen Konfliktaustrags, der auch noch als Legitimationselement für militärische "Friedensmissionen" dient. Die Legitimationsfolie für militärische Einsätze lautet ohnehin, dass, ein "gerechter Krieg" der "Guten" gegen die "Bösen" geführt werde. Die zivilen Kräfte landen durch CIMIC auf der Seite der "Guten". Das eigentliche Anliegen von ziviler Konfliktbearbeitung, die Überwindung des militärischen Konfliktaustrags, bleibt dabei auf der Strecke.

### **Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Hilfseinsätzen seit 1960**

1960 Marokko (Erdbeben); Angola (Humanitäre Hilfe)  
1961 Niger (Humanitäre Hilfe); Zypern (Notstand)  
1963 Südjemen (Humanitäre Hilfe); Algerien (Überschwemmung)  
1966 Türkei (Erdbeben); Italien (Hochwasser) Griechenland (Humanitäre Hilfe)  
1968 Iran (Erdbeben); Italien (Erdbeben); Biafra (Humanitäre Hilfe)  
1970 Tunesien (Hochwasser); Nigeria (Hochwasser); Algerien (Hochwasser);  
Türkei (Hochwasser); Peru (Hochwasser); Jemen (Hochwasser); Pakistan  
(Humanitäre Hilfe)  
1971 Türkei (Erdbeben); Chile (Hochwasserkatastrophe); Italien  
(Fährunglück); Indien (Humanitäre Hilfe); Pakistan (Humanitäre Hilfe)  
1972 Nicaragua (Humanitäre Hilfe)  
1973 Sudan (Dürrekatastrophe); Äthiopien (Dürrekatastrophe); Mali  
(Dürrekatastrophe); Algerien, Tunesien, Niger, Tschad, Obervolta,  
Mauretanien (Dürrekatastrophen); Senegal, Pakistan, Nigeria, Somalia  
(Humanitäre Hilfe)  
1974 Ägypten (Transport von UN-Truppen); Tschad, Äthiopien, Niger, Mali,  
Sudan, Mauretanien, Obervolta, Honduras, Somalia (Dürre); Zypern, Brasilien  
(Humanitäre Hilfe)  
1975 Pakistan, Angola, Ghana (Humanitäre Hilfe); Portugal (Erdbeben)  
1976 Guatemala, Italien, Türkei (Erdbeben)  
1977 Rumänien (Erdbeben); Tschad (Dürre); Indien (Unwetterkatastrophe)  
1978 Mali (Hungersnot); Syrien, Israel, Algerien, Malaysia (Humanitäre  
Hilfe); Spanien (Explosionsunglück); Sudan (Überschwemmung); Iran (Erdbeben)  
1979 Uganda, China (Humanitäre Hilfe); Nicaragua (Erdbeben); Malaysia  
(Hurrikan)  
1980 Nicaragua, Somalia, Mali, Uganda, Pakistan, Sudan (Humanitäre Hilfe);  
Algerien, Somalia, Italien (Erdbeben); Mosambique (Dürre)  
1981 Italien (Erdbeben); Pakistan, Uganda (Humanitäre Hilfe); Griechenland  
(Erdbeben)  
1982 Jemen, Uganda, Pakistan (Humanitäre Hilfe)  
1983 Uganda, Mauretanien (Humanitäre Hilfe); Italien (Waldbrand Sardinien)  
1984 Äthiopien (Dürre)  
1985 Sudan (Dürre); Türkei (Busunglück); Kolumbien (Vulkanausbruch)

1986 Kamerun (Vulkan-Gas-Katastrophe); Griechenland, El Salvador (Erdbeben)  
1987 Kenia (Bombenanschlag)  
1988 UdSSR (Erdbeben)  
1989 Sudan, Uganda (Dürre); Panama (Humanitäre Hilfe); Rumänien (Revolution)  
1990 Portugal (Ölverschmutzung); Rumänien (Humanitäre Hilfe); Tunesien  
(Überschwemmung); Liberia (Bürgerkrieg); Iran (Erdbeben); Griechenland (Waldbrände);  
UdSSR (Hungerhilfe)  
1991 Kenia (Revolution Somalia); Türkei, Iran (Kurdenhilfe), Albanien  
(Humanitäre Hilfe)  
1992 Russland (Winterhilfe); Türkei (Erdbeben); Somalia (Hungerhilfe);  
Kambodscha (Medizinische Versorgung)  
1993 Ex-Jugoslawien (Luftbrücke Sarajevo); Griechenland (Brandbekämpfung)  
1994 Griechenland (Brandbekämpfung); Albanien (Flutkatastrophe); Türkei  
(Erdbeben)  
1997 Türkei (Brandkatastrophe); Albanien (Evakuierung); Polen (Hochwasser)  
1998 Eritrea/Äthiopien (Evakuierung); Sudan (Hungerhilfe); Griechenland  
(Brandbekämpfung); Kroatien (Brandbekämpfung); Österreich (Grubenunglück)  
1999 Albanien (Flüchtlingshilfe); Mazedonien (Flüchtlingshilfe); Türkei  
(Erdbeben); Griechenland (Erdbeben); Österreich (Lawinenunglück)  
2000 Ost-Timor (Sanitätsdienstliche Unterstützung); Mosambik (Hochwasser)  
2004 Humanitäre Hilfe Südostasien (Tsunami)  
2005 Humanitäre Hilfe Pakistan (Erdbeben)  
Quelle: www.bundeswehr.de

## Anmerkungen

[1] Vgl. Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr/Thomas Bulmahn:  
Bevölkerungsumfrage 2005. Repräsentative Befragung zum sicherheits- und  
verteidigungspolitischen Meinungsbild in Deutschland. Ergebnisbericht, Strausberg 2005, S.  
8.

[2] NATO: MC411/1 – NATO Military Policy on Civil-Military Co-operation, Military Council,  
Brussels 2001, Para. 4, <http://www.nato.int/ims/docu/mc411-1-e.htm> (eingesehen am  
30.1.2006). Dieses Zitat wurde vom Autor aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt.

[3] Alle nachfolgenden Zitate zum Thema CIMIC finden sich in der Rubrik "Fragen und  
Antworten zu CIMIC" und deren nachfolgenden Links auf der Homepage der Bundeswehr  
unter [www.bundeswehr.de/C1256EF4002AED30/CurrentBaseLink/N264HLPF973MMISDE](http://www.bundeswehr.de/C1256EF4002AED30/CurrentBaseLink/N264HLPF973MMISDE)  
(eingesehen am 23.1.2006).

[4] Struck, Peter: Bundespolizei auch im Ausland einsetzen, in:  
[www.dradio.de/df/sendungen/idw\\_dlf/385306/](http://www.dradio.de/df/sendungen/idw_dlf/385306/) (eingesehen am 23.1.2006).

[5] Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen: Humanitäre Hilfe  
auf dem Prüfstand-Prinzipien, Kriterien und Indikatoren zur Sicherstellung und Überprüfung  
der Qualität in der humanitären Hilfe, Arbeitspapier Nr. 14, August 2005 unter [www.venro.org](http://www.venro.org)  
(eingesehen am 23.1.2006).

[6] Das Überleben sichern, Nothilfe und Wiederaufbau, Broschüre der Welthungerhilfe, zit. in:  
Regina und Gerd Riepe: Materialmappe: Nach der Flut... Schulen für Schulen, Deutsche  
Welthungerhilfe, Bonn 2005, S. 19.

Tobias Pflüger

Urs Müller-Plantenberg/Hanns-Konrad Friedrichs

## **Ein Leben für den geregelten Mittelabfluß**

### **Zur Soziopsychologie des Stiftungsfunktionärs in Lateinamerika**

Über die Eigenart der bundesdeutschen politischen Stiftungen und ihre Strategien in den Ländern der Dritten Welt ist viel geschrieben worden. Politisches Interesse fanden vor allem die Zielvorstellungen der Zentralen der vier Stiftungen und die Frage, wie ihre Außenposten »vor Ort« bei der Durchsetzung dieser Vorstellungen arbeiten. Dabei blieb in der Regel die Tatsache unbeachtet, daß die Interessen und Lebensabschnitte der Funktionäre, die in Asien, Afrika oder Lateinamerika tätig werden, in besonderer Weise durch die Tätigkeit für die Stiftung in einem fremden Land geprägt werden.

In einer Zeit, in der eine Auslandstätigkeit für diese Stiftungen vielen Sozialwissenschaftlern angesichts der Situation auf dem Arbeitsmarkt als erwägenswerte Perspektive erscheint, muß es nützlich sein, genauer zu betrachten, was sie zu erwarten haben, wenn sie ein solches Angebot annehmen, und wie sie wahrscheinlich davon geprägt werden. Diese Frage ist umso interessanter, als jetzt auch in der Partei der GRÜNEN ernsthaft darüber diskutiert wird, ob eine ihr nahestehende Stiftung gegründet und in der Dritten Welt tätig werden soll. Welche Chance hätte eine solche Stiftung, zu erreichen, daß ihre Mitarbeiter den institutionellen, sozialen und kulturellen Zwängen entkommen, denen die Funktionäre der anderen Stiftungen augenscheinlich ausgesetzt sind?

Die folgenden Ausführungen sind ein Versuch, auf diese und ähnliche Fragen zu antworten. Es handelt sich um das Protokoll eines längeren Gesprächs mit einer Person, die über viele eigene Erfahrungen verfügt und aufgrund zahlreicher Kontakte Ansichten von Kollegen verwerten konnte. Dabei geht es nicht um die Aufdeckung von »Dienstgeheimnissen« oder die Entlarvung bestimmter Strategien. Wir wollen wissen: Was geht mit einem Stiftungsfunktionär im außereuropäischen Ausland vor?

Wir haben uns bemüht, Aussagen zu machen, die für alle Stiftungen und möglichst viele Funktionäre gelten. Es kam aber nicht auf Repräsentativität an, sondern auf die Formulierung des Problems.

Noch eine letzte Vorbemerkung: Im Deutschen ist das Wörtchen »man« unbeliebt geworden, weil es nicht geschlechtsneutral ist. Wir haben zunächst versucht, es aus unserem Gespräch zu vertreiben, aber es kam immer wieder. Der Grund dafür liegt in der Sache selbst: In der Welt der Stiftungen gibt »man« den Ton an; es handelt sich um eine Welt, in der Frauen in den höheren Rängen fast völlig fehlen. Das hat seine Gründe. So haben wir das Wörtchen »man« stehen lassen, weil es etwas aussagt.

## **Anfänger und alte Hasen**

Die erste Frage, die sich stellt, ist: Welche Neigungen und Interessen haben Leute, die die zeitweilige Karriere eines Stiftungsfunktionärs in Lateinamerika suchen?

Die Stiftungen unterhalten Abteilungen für politische Zusammenarbeit mit Parteien, Gewerkschaften und anderen Partnern in der Dritten Welt, Abteilungen mit wissenschaftlichen Aufgaben und für praktische Zwecke: Jede Stiftung hat einige konkrete Projekte in bestimmten Ländern, Hilfe für Bauern, Kooperativen-Förderung, Alphabetisierungs- oder Ausbildungsprogramme für benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Also suchen die Stiftungen Leute mit einem wissenschaftlich-politischen Hintergrund, aber auch solche, die über ihre wissenschaftliche Ausbildung hinaus auch Praxiserfahrung haben.

Diejenigen, die sich für Auslandsjobs interessieren, gehören zu zwei Gruppen: Die einen sind jüngere Leute ohne längere Berufserfahrung, für die ein Auslandsjob ihrer eigenen Vorstellung nach die Möglichkeit bietet, später in der Bundesrepublik für die Stiftung oder in einem anderen Bereich zu arbeiten. Es handelt sich also oft um Leute aus dem universitären Bereich, die sagen: »Wir wollen endlich mal eine praktische Arbeit machen, uns nicht immer nur mit Büchern beschäftigen«. Zweitens - und das ist eine ganz andere Gruppe - sind es Leute, die schon länger in den Zentralen der jeweiligen Stiftungen sitzen, also bereits durch ihre Arbeit in der Institution geprägt sind und für die der Job im Ausland aus ganz anderen Gründen interessant ist, nämlich um sich finanziell abzusichern oder um mal etwas anderes zu sehen. Zwischen den Neulingen und den alten Hasen, die schon sechs, sieben, acht Jahre in der Stiftung »gebuckelt« haben, muß man einen gewaltigen Unterschied machen.

## **Die Partei, die Partei**

Leute, die eine solche Karriere suchen, müssen nicht notwendig etwas mit der Partei zu tun haben, der die betreffende Stiftung nahesteht. Keine Stiftung achtet wirklich auf Parteizugehörigkeit, wenn man nicht - und das ist die Einschränkung - entweder in ein für die Stiftung »hochwertiges« Land gehen oder einen politisch brisanten Job bekommen soll, etwa den des Repräsentanten bei der Zusammenarbeit mit Partnerparteien oder Aktivitäten, bei denen Parteiloyalität und Kenntnis der Partei Voraussetzung sind. Jemand, der bei einer Stiftung anfängt, wird zunächst nur in Projekten eingesetzt, die höchstens mittlere Bedeutung haben. Die meisten Leute kommen aus dem wissenschaftlichen Umfeld, mit einer gewissen aber nicht unbedingt großen Affinität zu den Parteien.

Ein Bewerber darf natürlich nicht Mitglied der CDU sein, um bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, oder Mitglied der SPD, um bei der Konrad Adenauer-Stiftung zu arbeiten. Aber Parteiunabhängige werden gern genommen. Man wird jedoch im Vorstellungsgespräch gefragt, wie die Haltung zur Partei ist. Man muß Loyalität und den Eindruck vermitteln, in der Lage zu sein, die Anforderungen des Landes und der Arbeit mit einem bestimmten Maß an politischer Kooperation zu bewältigen. Im Auswahlgespräch kommen die wenigsten Bewerber auf die Idee, daß sich aus der Frage des Verhältnisses zur Partei ein Konflikt ergeben könnte. Diese entsteht erst viel später, wenn man merkt, daß die Arbeit vom

Verhältnis zur Partei längst nicht so klar zu trennen ist, wie man sich das am Anfang gedacht hat.

Jemand, der von einer Stiftung für einen Job im Ausland ausgewählt wird, muß nicht unbedingt ein guter Kenner des Gastlandes sein. Die Stiftungen glauben keineswegs, daß sie einen Fachmann brauchen; Bereitschaft zur Kooperation, Loyalität und ein Minimum an Ahnung von dem Fachgebiet, auf dem jemand arbeiten soll, sind ihnen wichtiger als Landeskenntnisse. In vielen Fällen - und das ist keineswegs überzogen - gilt ein Mitarbeiter mit zu genauen Landeskenntnissen als abträglich für die Interessen der Stiftung. Dies, weil gedacht wird, ein solcher Mitarbeiter habe viel zu viele Bekannte, Freunde und Kontakte, zu viele eigene Vorstellungen, was in dem Land zu tun richtig wäre, als daß er von der Zentrale zu steuern wäre. Man fürchtet, er würde das schöne Geld des Projektes im eigenen Interesse beziehungsweise - o Schreck! - im Interesse des Gastlandes verwenden. Dafür wird man nicht ausgesucht und nicht eingestellt, und das wird einem häufig schon beim Vorstellungsgespräch klargemacht.

Ein Bewerber muß sich nicht als Sachkenner ausweisen, wohl aber als jemand, der sich flexibel auf jede neue Situation, auf jedes Land der Welt, auf jede Betroffenengruppe, Zielgruppe, Regierung und Partnerpartei einzustellen vermag. Je quabbeliger der Bewerber ist, je amorpher in seinen politischen Positionen in bezug auf das Gastland, desto angenehmer für die Stiftung. Fachliche Überlegungen darf er anstellen; aber er darf nicht sagen: »Ich war schon immer für diese oder jene Fraktion.« Das wird als unsinnig und störend gewertet.

Was den Stiftungen am wichtigsten ist, könnte man als fiktive Managerqualitäten beschreiben. Die Zentralen achten darauf, ob jemand geeignet erscheint, sich im Ausland durchzusetzen, und dafür haben sie keine inhaltlichen Kriterien. Sie richten sich nach dem persönlichen Eindruck: Erscheint der Bewerber standfest? Hält er den Streß durch? Und den Ärger? Und die Auseinandersetzungen mit den »Nationalen«? Ist er hart genug, eine Lohnforderung des Büros abzulehnen? Und gleichzeitig »unsere« Interessen (also die der Stiftung) durchzusetzen? »Fiktiv« sind diese Managerqualitäten, weil ein wirklicher Manager natürlich nie genommen würde. Manager sind viel zu gut, als daß sie für so einen Job eine Chance hätten, weil die Stiftungen vor ihnen Angst hätten. Gefragt ist ein Mini-Manager, der die Idee vermittelt, er könne manches, was ein gute Manager kann.

## **Das Häuschen in Pützchen**

Wie entwickeln sich nun die Karrierevorstellungen, wenn ein Bewerber hört, daß er in ein Land der Dritten Welt geschickt wird?

Auch hier muß man unterscheiden zwischen den Neulingen und den Leuten, die schon in der Zentrale der Stiftung gearbeitet haben. Für die »alten Hasen« ist der Aufenthalt im Ausland in der Mehrzahl der Fälle etwas, was der Karriere im eigenen Hause dienen soll. Sie spekulieren auf den Aufstieg vom Referenten zum Abteilungsleiter, und außerdem kann man sparen. Das Eigenheim in Pützchen oder sonstwo in der Nähe von Bonn ist durch einen Auslandsaufenthalt finanzierbar, weil die Gehälter bei 7.000 DM und mehr liegen. (Es wäre eine Untersuchung wert, warum in den Auslandsjobs aller deutschen politischen Stiftungen wie auch anderer entwicklungspolitischer Institutionen die Schwaben, die ja fürs Sparen aufs

Eigenheim bekannt sind, so überproportional vertreten sind.) Die Leute, die aus der Stiftungszentrale kommen und ins Ausland gehen, sind lebenslänglich angestellt. Die Stiftungen gehören zwar nicht direkt zum öffentlichen Dienst, aber der Manteltarifvertrag des öffentlichen Dienstes wird angewendet. Den »alten Hasen« kann also im Ausland nichts passieren.

Dabei wird oft auch in Richtung Partei geschickt. Es gibt ja nicht nur die Möglichkeit, die Kontakte zu erweitern, die man über die Inlandstätigkeit für die Stiftung schon hatte, sondern auch die Chance, eventuell vom Ausland her den Absprung aus der Stiftung vorzubereiten.

Leute, die neu dazukommen, haben dagegen Zeitverträge. Das bedingt eine andere Vision des Auslandsaufenthalts und seiner Integration in den eigenen Lebensplan. Sie bekommen üblicherweise Zweijahresverträge, wobei ihnen von vornherein gesagt wird, daß die verlängert werden können. Trotzdem entsteht das Gefühl: »Ich gehe ja nur für eine begrenzte Zeit.« Gerade weil man sich nur für eine bestimmte kurze Zeit seines Lebens auf diese Sache einläßt, werden Phantasien vom großen Abenteuer in der Fremde produziert und wird die Erwartung geweckt, viel Geld verdienen zu können. Schließlich entwickelt sich auch bei den Neulingen die Idee: »Über diesen Auslandsjob werde ich irgendwann eine höhere Sprosse erklimmen, als wenn ich hier in Deutschland Arbeit suche und wissenschaftlicher Mitarbeiter, Referent oder so etwas werde.« Die Vorstellung, Kontakte zu haben, viele Leute kennenzulernen, mit Geld ein ganz finanzierbares Leben zu führen, wirkt sehr stark. Ebenso das Gefühl, man werde hinterher der Exot sein, und Exotisches müsse doch auch hier interessant sein.

Solche Vorstellungen verändern sich zwar im Laufe der Zeit, aber am Anfang sind sie erst einmal da. Natürlich sind die Leute auch damit beschäftigt, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, ob sie nun ihren Mercedes mitnehmen oder nicht. Sollen Fernseher und Kühlschrank mit, oder kriegt man das da? Andere Institutionen stellen sogar Experten für eine sogenannte »Alltagsberatung« ein, um den Ausreisenden Entscheidungskriterien an die Hand zu geben, ob die Gardine mit in den Umzug soll oder nicht.

## **Impfungen**

Nun kommen wir zur Vorbereitung der zukünftigen Funktionäre durch die Stiftung. Was gibt sie ihm mit auf den Weg?

Es gibt vom Steuerzahler über das BMZ (Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit) finanzierte Institutionen, die nichts weiter tun als Leute darauf vorzubereiten, daß sie den heimischen Herd verlassen und »sich in die Wildnis stürzen«. Der wesentliche Teil der Vorbereitungszeit spielt sich aber in den Zentralen der Stiftungen ab. Dafür gibt es ein sehr passendes Wort, nämlich »Impfen«. Man läuft drei, vier, fünf, sechs Monate, je nachdem, durch sämtliche Abteilungen des Hauses, wird vollgestopft mit einer Fülle von Informationen, die man sofort wieder vergißt und die auch nicht behalten werden sollen. Vielmehr soll man die anderen Gesichter in der Stiftung, die Arbeitseinheiten, die Referenten mal gesehen haben, soll wissen, was diese Institution sonst noch macht.

Die wichtigste Information ist die immer wieder eingebimste Aufforderung, nur ja vernünftig abzurechnen. Die größte Sorge der Stiftung ist, man könnte hinterher mit der

Abteilung Finanzen und Technik nicht zurecht kommen, man könnte etwa, wenn man einen Besucher in die Bundesrepublik schickt, nicht das richtige Formblatt im richtigen Feld ausfüllen und dem richtigen Referenten in der Zentrale schicken. Diese Angst ist sehr verständlich, denn für die Menschen in der Zentrale ist die akten- und ordnungsgemäße Durchführung eines Verwaltungsvorganges im Zweifelsfalle wichtiger als die politische Bedeutung eines Besuchers. Während der ganzen Vorbereitungszeit hört man: »Natürlich werden Sie meinen, daß es furchtbar wichtig ist, daß Sie diesen Besucher schicken oder daß Sie jenen Experten in Ihr Projekt bekommen oder daß Helmut Kohl oder Willy Brandt zu Ihnen kommt und einen Vortrag hält. Hier ist das alles ganz anders. Was Sie meinen und was hier möglich ist, sind völlig unterschiedliche Dinge. Na, Sie werden sich schon die Hörner abstoßen.«

Grundlinie in der Vorbereitung ist die Zurichtung auf die Verwaltungsebene der Institution im Inland. Das hat damit zu tun, daß mit öffentlichen Geldern gearbeitet wird; es hat aber vor allem etwas mit der Logik der Institution selbst zu tun.

So entsteht ein merkwürdiger Widerspruch: Auf der einen Seite führt man in der Vorbereitungszeit Fachgespräche über das Land, in das man fährt; gleichzeitig lernt man die Facharbeit der Stiftung zu dem Thema kennen, mit dem man sich beschäftigen wird. Wenn man beispielsweise ein Bauernprojekt durchführen soll, wird man viel über Bauerngenossenschaften und über alle Bauernprojekte, die die Stiftung in der ganzen Welt durchführt, hören. Es wird einem zwar klargemacht, daß man seine Arbeit wichtig nehmen soll. Auf der anderen Seite aber, und das ist der wesentlichere Aspekt, entsteht in der Vorbereitungszeit der sicher auch beabsichtigte Eindruck: So wichtig ist das im Ausland nicht; was hier passiert, ist wichtiger. Beispielsweise wird einem gesagt: »Nichts ist wichtiger als ein ordnungsgemäßer Bericht. Schreiben Sie bloß gute Berichte! Und schicken Sie die pünktlich!« Und man denkt sich, es ist wohl gar nicht so wichtig, was drinsteht. Daß pünktlich ein guter Seminarbericht kommt, ist in der Tat wichtiger als ein gutes Seminar.

Ein letzter wichtiger Teil des Impfens ist der Kontakt mit Leuten der Partei, zu der die Stiftung gehört. Es gibt dazu oft Gelegenheit: in direkten Gesprächen mit den Parteileuten, die sich für die Regionen zuständig fühlen, mit Parlamentariern oder bei der Betreuung eines Besucherprogramms. Das geht so: Man kriegt den nächsten wichtigen Besucher aus dem Ausland zugeteilt, hat das Besuchsprogramm vorzubereiten oder zu begreifen, reist dann eine Woche lang mit ihm durch die Bundesrepublik und begleitet ihn zu allen Leuten, zu denen er geht. Dann ist man genügend geimpft. Man hat erstens verstanden, wie Verhandlungen geführt werden, und zweitens, wie Parteileute und Zentrale ausländische Besucher sehen. Und das sagt einem viel darüber, wie sie über das eigene Projekt und die eigene Tätigkeit urteilen werden, denn man hört die ersten zynischen Sprüche wie: »Ach, um Himmels willen, jetzt will der wieder seine Schule finanziert haben!« Oder: »Wir haben ja gleich gesagt, der kommt wieder mit dem Radioprogramm. Das haben wir doch schon abgelehnt. Wir haben doch die Anweisung: Radio ist nicht! Das ist ein absolutes Quatschprojekt, also bring den davon runter! Du mußt sehen, wie du das machst. Vielleicht machst du das so: Gib ihm zehn mehr für die Zeitung!«



## **Die Kollegen sind schon da**

Ist die Vorbereitungszeit zu Ende, beginnt die Arbeitszeit des Funktionärs vor Ort. Wie will er sich, wie soll er sich in die Gesellschaft des Gastlandes eingliedern? Die meisten Leute haben wenig Zeit, Vorsätze für die Gestaltung ihres Lebens in dem anderen Land zu fassen. Sie reisen im Streß der Vorbereitungszeit aus Deutschland ab.

Viele Neulinge waren zwar als Stipendiaten oder auf andere Weise für kürzere oder längere Zeit im Ausland, aber sie machen bei ihrer Ankunft im Gastland eine neue Erfahrung: Sie erleben zum ersten Mal eine massive Privilegierung. Sie werden für längere Zeit mit einem hohen Einkommen in diesem Land bleiben. Sie kommen sofort in ein deutsches Umfeld hinein, weil die Leute, die sie am Flughafen abholen, sie begrüßen, das Hotel reserviert haben, das Büro zeigen, weil das die anderen deutschen Kollegen sind, oft nicht nur die der eigenen Stiftung, sondern auch aus anderen Stiftungen und deutschen Institutionen. Aus dem deutschen Zusammenhang kann man sich später lösen, aber zunächst ist man auf ihn angewiesen, was die Kollegen auch wissen: »Wir sind ja alle mal hergekommen. Wir wissen ja, wie das am Anfang ist.« Und so erhält man von allen Seiten, ob man sie sucht oder nicht, gute Ratschläge.

## **Wohnung mit Dienstboten**

In puncto Wohnen gehen alle diese Ratschläge in die gleiche Richtung: Besser wohnen ist besser, und geschützter wohnen ist noch besser. Die Angst vor der Kriminalität ist beherrschend, gleichgültig wie stark die Kriminalität im Gastland wirklich ist. Der neue Funktionär entwickelt die Vorstellung, daß man bei der Wohnungswahl sehr leicht einen gefährlichen Fehler machen könnte. So sucht man schließlich bewußt die Ratschläge der anderen Deutschen, weil man kaum Einheimische kennt. Und die, die man am Anfang kennt, sind die Angestellten im eigenen Büro. Kein Mensch wird aber seine einheimische Sekretärin oder seinen einheimischen Fahrer fragen, wo er eine Wohnung suchen sollte. Denn in die Viertel, wo sie wohnen, würde man ohnehin nicht ziehen.

Das gilt für Anfänger wie für alte Hasen, für Rechte wie für Linke, und darin steckt eine gewisse Logik. Zum einen will man es sich besser gehen lassen, und man hat sich selbst überzeugt, daß man, wenn man nun schon diesen Job hat, auch dazu stehen will. Zum anderen hört man von aller Seiten das Argument: »Du würdest hier komisch angesehen werden, und es würde niemandem nützen, wenn du in einem einfachen Viertel leben würdest. Ein Einheimischer, der genug Geld hätte, würde dort nicht wohnen.« Dieses Argument überzeugt einen davon, daß man keine Hemmungen zu haben braucht. Man achtet jetzt allenfalls noch darauf, daß man nicht zu weit ab wohnt. Man braucht einen Laden oder Supermarkt in der Nachbarschaft, damit die Ehefrau beim Einkaufen nicht auf einen zweiten Wagen angewiesen ist.

Dienstboten oder keine Dienstboten? Dieser Konflikt ergibt sich sofort nach der Ankunft im Gastland. Er ist nach kurzer Zeit gelöst: Alle haben Dienstboten. Man will sich's jetzt besser gehen lassen. Außerdem muß man sich den Sitten des Landes anpassen, und in

Lateinamerika hat man eben Dienstboten. Und schließlich raten einem alle Kollegen zu, sie haben ja selber welche.

So haben die deutschen Kollegen am Anfang einen stärkeren Einfluß auf die Wahrnehmung des Gastlandes und auf die Eingliederung als die Einheimischen. Oft kommt natürlich noch das Sprachproblem hinzu. Im Spanischen oder Portugiesischen kann man sich noch nicht so fließend ausdrücken wie in der Muttersprache. Meistens fühlt man sich nicht sicher genug, um die kleinen peinlichen Fragen des Alltags, etwa nach Kondomen, Einheimischen zu stellen. Bei einer Unzahl von privaten Kleinigkeiten wird man von den deutschen Kollegen geleitet.

An der deutschen Botschaft erhält man eine andere Einführung. Dort erfährt man, daß man über sie an eine Flasche guten deutschen Weines kommen könne. Der deutsche Laden mit dem Vollkornbrot befindet sich nur drei Ecken weiter. In der deutschen Schule, wo das Kind hingehen soll, würde die Botschaft gern bei der Einschulung helfen. Kurz, von diesen Leuten wird man nicht in das Gastland eingeführt, sondern in die Infrastruktur der deutschen Kolonie. Das mag daran liegen, daß die Kollegen aus den Botschaften so viel umherreisen, daß sie die Welt nur noch aus der Sicht der deutschen Kolonien wahrnehmen können.

## **Die Suche nach Freunden**

So wird man also in eine Schicht eingeführt, die privilegiert ist. Die Suche nach Freunden aus armen Familien im Gastland, aus den Gruppen, für die die Stiftung eigentlich etwas tun will, ist dadurch erschwert. Man wird solche Freunde suchen, schon zur Beruhigung des eigenen Gewissens, aber auch aus Interesse, und wird sie auch finden, aber es ist schwierig.

Je länger man im Land ist, desto intensiver sucht man nach »nationalen« Freunden. Man findet sie im »Partnerspektrum« der Arbeit oder durch die Ehefrau, die über die Kinder oder über Nachbarn Bekanntschaften macht. Die meisten Mitarbeiter reisen ja mit Familie aus, und es sind die Ehefrauen, die das »soziale Leben« organisieren. Oft leben sich die Frauen im Gastland besser ein, und manchen gelingt es, ihr Leben befriedigender zu gestalten, als es der gestreßte Gatte fertigbringt. Nicht selten ist aber auch das umgekehrte Szenario: Er geht völlig in der Arbeit auf, und sie sitzt frustriert zu Hause und kommt mit dem Land nicht zurecht. Nur wenige Ehen überleben eine derartige Konstellation.

Unter den Kollegen in den Stiftungen führt man sich gegenseitig vor, wieviele »nationale« Freunde man hat, man freut sich über sie, und trotzdem bleibt ein kleiner Rest an wirklicher oder gespielter Vorsicht. Im Gespräch mit Projektleitern und Mitarbeitern der Stiftung wird man sich einig sein: »Na ja, richtige Freunde, so wie in Deutschland, denen man vollständig vertraut, das ist hier eben nicht wie bei uns.« Die Tätigkeit selber, und daß man über viel Geld verfügt, kann auf die Wahrnehmung von Partnern und Leuten im Lande ziemlich zerstörerisch wirken.

Bei Festen ist beeindruckend, wie die nationalen Freunde den Charakter von Vorführtieren bekommen. Zu jedem Fest sind gefälligst so viele nationale Freunde wie möglich einzuladen, und der Erfolg des Festes wird daran gemessen, wieviele gekommen sind. Für die Anfänger ist eine aufregende Frage: »Kommt denn jemand von den Eingeladenen? Wie gut Freund sind die denn?«

In der Eingliederungsphase lernt man das. Man wird von deutschen Kollegen zu vielen Festen mitgeschleppt und zuerst den nationalen Freunden vorgestellt, um sich den Rest des Abends mit den Deutschen in eine Ecke zu setzen und im Zweifelsfall über die anderen Stiftungen, die Botschaft, das Goethe-Institut, die letzte Rede des jeweiligen Parteivorsitzenden oder irgendein anderes deutsches Thema zu reden. Die Zweiteilung auf solchen Festen wird selten durchbrochen.

## **Steckenpferde**

Eine Auswirkung des feststellbaren Mangels an Integration besteht darin, daß sich viele Leute schnell auf ein Steckenpferd stürzen. Sie entwickeln und kultivieren Hobbys: Windsurfen oder Tennis, Masken-Sammeln oder ein manisches Interesse für eine Detailfrage der einheimischen Kultur, mit der sie dann allen Besuchern auf die Nerven gehen. Die Entwicklung solcher Steckenpferde ist ein Anzeichen dafür, daß im privaten und beruflichen Leben etwas fehlt, daß viel zu viel dadurch bestimmt ist, daß man irgendwelche Rollen spielen muß. Man braucht einen Ausgleichssport.

Das eigene Büro prägt schon deshalb in starkem Maße das Selbstbewußtsein des Stiftungsmitarbeiters, weil er sich plötzlich mit Privilegien ausgestattet sieht, an die in der Bundesrepublik nicht zu denken wäre: Sekretärin, Fahrer, eine Telefonistin, jemand, der bei den Abrechnungen hilft, wenn das nicht die Sekretärin macht, Dienstwagen, Fotokopierer: alles steht zur eigenen Verfügung. Das Personal soll einem zuarbeiten; und selbst soll man sich zu einer Führungskraft entwickeln.

## **Wer führt wen?**

Aus Deutschland hat man die Vorstellung mitgebracht, daß eine der schwersten Aufgaben darin bestehe, die Leute im Büro vor Ort dazu zu bringen, für einen selbst zu arbeiten, und sie dabei zu führen. Diese Situation ist pervers, weil man sich als Chef und Kenner aufspielen muß, obwohl die einheimischen Bürokräfte, die seit fünf oder sechs Jahren da sind, die Arbeit genauer kennen als der Repräsentant oder der Projektleiter, der in der gleichen Zeit dreimal gewechselt hat. Die Sekretärin weiß, wie ihre Kollegin in einem anderen Institut heißt, welche Geschichte ein Projekt hat, sie weiß auch, wie mit Partnern umzugehen ist; man selbst aber soll sich als Führungskraft produzieren.

Über geraume Zeit heißt deshalb die Frage: Wer führt hier wen? Man selbst das Büro und das Personal? Oder umgekehrt?

Mit dem Bemühen, sich als Führungskraft zu begreifen, entwickelt sich eine Art von latentem Rassismus. Auch engagierte Leute sind davor nicht geschützt. Jeder kann sich dabei ertappen, wie er flucht: »Verdammt noch mal, lernt die das nie, den Brief ordentlich zu schreiben!« So etwas kann man natürlich auch in Deutschland denken, aber im Gastland nimmt man den einheimischen Bürokräften übel, daß sie an der Arbeit nicht so interessiert sind wie man selbst. Von deren Standpunkt aus gesehen stimmt das auch, denn es handelt sich ja nicht um »ihr« Projekt, sondern um eine bezahlte Tätigkeit.

## **Ein Arbeitgeber wird geboren**

Zur Mentalität der Führungskraft kommt automatisch die des Arbeitgebers, obwohl man selber Arbeitnehmer ist. Man muß sie entwickeln, weil man sonst die vermeintliche Auseinandersetzung mit den Bürokräften nicht durchhalten zu können glaubt. In der Frage, wie das Büro zu laufen hat, kann man sehen, wie eine deutsche Rigidität Gestalt annimmt. Plötzlich wollen die Funktionäre aufgeschrieben sehen, wann die Dienstkräfte kommen und gehen. »Warum gibt es in diesem Lande so viele Feiertage?« fragen sie dann und ärgern sich, daß sie allein im Büro sind und ihre Briefe selbst schreiben müssen. Für Stiftungsmitarbeiter gelten nämlich auch im Ausland die elf deutschen Feiertage, für die Ortskräfte aber die nationalen.

Weil die Stiftungen in der Regel bessere Arbeitsbedingungen bieten als nationale Arbeitgeber, verlangt man auch größeren Arbeitseinsatz. Das heißt, man verlangt von den nationalen Angestellten, daß sie sich für eine fremde Institution so einsetzen, als wären sie selber fremd in ihrem Land; und wenn dieser Einsatz ausbleibt, reagiert man mürrisch, wütend oder rassistisch. Dem Fahrer wird unterstellt, daß er für 18 Dollars tankt, sich 20 quittieren läßt und die restlichen zwei in die eigene Tasche steckt. All dies entsteht aus dem Streß, daß man die große Führungskraft markieren muß und in Wirklichkeit doch geführt wird.

Eine Entschärfung der Bürosituation ist grundsätzlich mit Alkohol verbunden. Jedes Stiftungsbüro wird dafür sorgen, daß es ab und zu ein soziales Glas gibt, weil das zu einem zwischenmenschlichen Kontakt führt. Der Stiftungsmitarbeiter denkt sich dann: »Da haben wir uns ja gut verstanden. Da kann man hoffen, daß sie in den nächsten Wochen mit ein wenig mehr Einsatz arbeiten.«

## **Der andere Kanal**

Hat sich nun der neue Stiftungsmitarbeiter im Gastland eingerichtet, so trifft er auf die Erwartungen der Partner, das heißt der Regierung, bestimmter Parteien, Interessenverbände oder wissenschaftlicher Institutionen.

Die Erwartung dieser Partner an die deutschen Stiftungen ist davon geprägt, daß man über sie - im Unterschied etwa zu den amerikanischen - einen nicht-offiziellen Kanal hat und auf diese Weise die offiziellen Kanäle, sprich: die Botschaft, umgehen kann. Die Stiftungen sind von der Warte der Partner aus ein exzellentes Instrument der Paralleltätigkeit. Sie machen Außenpolitik, ohne in die Zwänge der Botschaften und des Auswärtigen Amtes eingebunden zu sein. Man erwartet von ihnen, daß sie Forderungen und Wünsche flexibler erfüllen können, die aus entwicklungspolitischen Fonds nicht finanzierbar sind. Sei es, daß man einen Mann aus der eigenen Institution mal nach Deutschland reisen sehen möchte; sei es, daß ein hochrangiger Besuch aus Deutschland als erforderlich für den nächsten Wahlkampf eingeschätzt wird. Von den Stiftungen wird erwartet, daß sie dies ermöglichen können. Und das können sie auch.

Die Wünsche der Partner werden aber von den Stiftungen längst nicht so ernst genommen, wie man vermuten sollte. Erstens ist man verärgert, wenn Bitten geäußert werden, deren

Vermittlung an das Bonner Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) schwierig ist. Zweitens weiß man, daß es nicht leicht ist, der Zentrale in Deutschland bestimmte Projekte zu verkaufen. Schließlich nimmt man die Wünsche der Partner auch deshalb nicht so ernst, weil man - von politisch prioritären Projekten abgesehen - vermutet, daß es nur ums Geld geht, sei es bei der Finanzierung von Reisen für X oder Y, sei es bei einem Zuschuß für die Parteizeitung. Man selbst setzt diesen Finanzaspekt permanent voraus und handelt, als ginge es um den eigenen Geldbeutel.

## **Ernst und Schwindel**

Ernstgenommen wird nur, was das politische Profil der Stiftung oder das des Partners wirklich berührt. Beispielsweise wird im Wahlkampf, wenn die Partnerpartei darum bittet, den Besuch einer hochrangigen Persönlichkeit aus der deutschen Partei zu organisieren, oder wenn es darum geht, ein wichtiges Seminar mit Publicity-Wirkung zu veranstalten, darauf eingegangen.

Wo es dagegen nicht um das politische Profil geht, beginnt der Handel ums Geld. Dabei wird natürlich geschwindelt. Man lehnt zum Beispiel Projekte mit der Begründung ab, die Zentrale habe sie nicht genehmigt, obwohl die Zentrale nie etwas davon gesehen hat, weil die Projekte noch in der eigenen Schublade stecken. Oder man sagt, etwas sei aufgrund der Richtlinien nicht finanzierbar, oder behauptet, eine Person, die man gar nicht gefragt hat, könne nicht kommen. Je länger man vor Ort arbeitet, desto schlauer und gerissener wird man darin, die Schwindeleien so zu formulieren, daß sie in der Sprache, den Ausdrucksformen und dem kulturellen Kontext des Gastlandes einleuchtend klingen. Darin entwickelt man eine gewisse Eleganz.

## **Deutsche Rationalität**

Der Stiftungsmitarbeiter geht mit der Idee nach Lateinamerika, daß er etwas zu beraten und »denen dort« beizubringen habe. Er denkt, es müsse möglich sein, Entscheidungsprozesse effizienter, durchsichtiger, technokratischer zu gestalten. Die gängige Vorstellung ist, daß diese Prozesse in Lateinamerika nicht rational strukturiert sind, daß sie über persönliche Interessen, Intrigenspiele usw. laufen, während die Entscheidungsfindung in Deutschland ein stärker von wissenschaftlichen Überlegungen und politisch-historischen Erkenntnissen geleiteter Prozeß sei. Rationale, durchsichtige, technokratische Entscheidungsprozesse versus klientelistische personalistische, über Intrigen vermittelte Durchführung von Politik, diese Gegenüberstellung prägt für ganz Lateinamerika die Wahrnehmung, Beurteilung und Durchführung einzelner Projekte, wenn sie nicht gerade als »direkte Hilfe« angelegt sind. Das gilt auch für die Zusammenarbeit mit Parteien, und zwar unabhängig davon, ob es sich um die Adenauer-, Ebert-, Naumann- oder Seidel-Stiftung handelt. Die parteipolitische Bindung der Stiftungen tritt hinter die deutsche Logik der Wahrnehmung lateinamerikanischer Politik zurück.

Der Stiftungsmitarbeiter meint subjektiv ehrlich, er müsse beraten, etwas voranbringen oder beeinflussen. Die jeweiligen Partner, ob Regierungen oder Parteien, sind daran nie wirklich interessiert. Deshalb spielt man sich gegenseitig etwas vor. Die Partner wissen genau, daß der Stiftungsmitarbeiter glaubt, beraten zu müssen. Sie werden also bestimmte Sachen auch entsprechend formulieren. Dann ist es eine Frage der Intelligenz und der Distanz zu sich selbst, ob die Stiftungsleute das durchschauen und es auch vor sich selber zugeben. Sonst entwickeln sie das Gefühl, daß der Besuch eines deutschen Politikers zur Rationalisierung lateinamerikanischer Politik beitragen könne, weil er Erfahrungen vermittele, was ausgemachter Unsinn ist. Keine lateinamerikanische Regierung und auch keine Partnerpartei erwartet das; aber auf dieser Ebene gibt es eine verbreitete Selbsttäuschung.

## **Geld und Macht**

Noch einmal zum Geld, weil es in der gegenseitigen Wahrnehmung von Stiftungsmitarbeitern und Partnern so wichtig ist. Je länger man in dieser Arbeit steckt, je enger der Kontakt mit Partnern ist, desto stärker unterstellt man bei jeder Bitte, jedem Antrag, jeder Diskussion, jedem Gespräch und sogar bei einem Frühstück zur Kommentierung des Tagesgeschehens, daß dahinter das versteckte Abklopfen der Partner auf Finanzierungsmöglichkeiten steckt. Man gerät in eine Mühle, in der einen die Finanzen, über die man verfügt, nicht mehr unterscheiden lassen, was wirkliches Interesse an der Arbeit und der Institution ist und was aus dem Interesse entspringt, Geld aus einem herauszuziehen.

Die Stiftungsgelder wirken auf die nationalen Partner ebenso destruktiv und deformierend wie auf die Stiftungsmitarbeiter. So werden bestimmte Themen und Projekte nur deshalb Mode, weil bekannt ist, daß es dafür Finanzierungsmöglichkeiten gibt. Dies auch, wenn sie mit den realen und prioritären Problemen des Gastlandes wenig, mit bundesdeutschen Vorstellungen, was für dessen Entwicklung gut sei, dafür umso mehr zu tun haben. Wenn Frauenprojekte »in« sind, wird trotz sieben bereits vorliegender Studien auch die achtzehnte finanziert. Ist Kooperativenförderung angesagt, dann wird das zuständige Ministerium im Gastland über diese Information verfügen und in Windeseile eine ganze Reihe von Projekten zusammenschustern, freudig begrüßt vom Stiftungsmitarbeiter, weil er eventuell ein Vorzeigeprojekt an Land ziehen kann. Selbst wenn ein solches Projekt von Anfang an ein Windbeutel ist, hat das einheimische Ministerium ein wenig Geld in seine Kasse geleitet, und die Stiftung in Deutschland verfügt über etwas, womit gegenüber dem BMZ argumentiert werden kann.

Wesentlich für das Selbstbewußtsein der Stiftungsfunktionäre ist, daß sie über die Vergabe des Geldes selbst entscheiden; man bezieht seinen Status daraus, daß man ja oder nein sagen kann, 50.000 DM ja oder 50.000 DM nein. Das ist die Macht, über die man verfügt. Daneben gibt es nur die Macht über den Zugang nach Deutschland, und die ist nicht direkt, sondern über die Zentrale vermittelt, sozusagen geliehen. Die Geldmacht ist auch geliehen, aber das empfindet man nicht so. Man spricht nicht von dem Geld, das das BMZ für ein Projekt zur Verfügung gestellt hat, man sagt »mein Geld«, »mein Projekt«, man hat dazu ein privateigentümliches Verhältnis.

## **Eiertänze**

Bei der Geldvergabe gibt es sogenannte »Grenzfälle«, die zu einem darbietungsreifen Rollenspiel führen. Man weiß etwa genau, daß der Partner 20.000 DM für die Parteizeitung braucht, und der Partner weiß, daß man das weiß. Die Parteizeitung läßt sich aber nicht finanzieren, weil das nicht den Richtlinien entspricht, und der Partner weiß das auch. Also wird etwas ganz anderes vorgetragen. Dabei kommt eine Art Eiertanz heraus: Jeder weiß, wovon man redet, aber es darf nichts ausgesprochen werden, was der Stiftungsmitarbeiter nicht gehört haben darf. So wird dann etwa über eine Publikation in großer Auflage gesprochen, in der das, was ein Bürger über Wahlen wissen muß, Möglichkeiten der Organisation im Stadtteil und die Notwendigkeit demokratischer Initiativen in Lateinamerika dargestellt werden. Ein entsprechender Antrag wird irgendwann finanziert, obwohl alle wissen: Dafür ist es nicht gedacht. Und man wird diese Finanzierung vor sich selber damit rechtfertigen, daß ja diese Parteizeitung *auch* für das Land wichtig ist, selbst wenn man der Partnerpartei und der deutschen Partei ursprünglich nicht nahestand.

Das Verhältnis zur deutschen Partei wird einem spätestens an diesem Punkt zum Problem. Heikle Geldfragen oder die Organisation von Besuchen und Seminaren werden irgendwann automatisch zu Parteiangelegenheiten. Jeder hat Berührung mit dieser Ebene, jeder muß mit befreundeten Organisationen verkehren, muß sich auf sympathisierende Personen in Regierung oder Opposition einstellen.

## **Abrechnungen und kleine schwarze Kassen**

Geld muß abgerechnet werden. In der Vorbereitungszeit hat man gelernt, daß man die Abrechnungen ernst nehmen soll. Trotzdem hat die Zentrale oft den Eindruck, daß die Auslandsmitarbeiter den Verstand bei der Ausreise am Frankfurter Flughafen abgegeben haben; denn ganz offensichtlich werden die Abrechnungen nicht so ernst genommen. Woran liegt das?

Man nimmt Abrechnungen nur in dem Sinne ernst, daß unbedingt jede weitere Nachfrage vermieden werden muß. Ärger mit Abrechnungen zu kriegen, ist das Schlimmste, was einem passieren kann. Man weiß ja, daß die Zentrale furchtbar sauer werden kann, wenn dabei Fehler gemacht werden. Man nimmt Abrechnungen aber nicht so ernst, daß man nicht tausend Sachen darin »verstecken« würde. Zuerst mal hat jeder schwarze Kassen. Anständige Menschen haben »kleine« schwarze Kassen. Sie entstehen, wenn etwas übrigbleibt oder man durch einen günstigeren Wechselkurs einen kleinen Gewinn macht. Irgendwie muß schließlich der Blumenstrauß finanziert werden, der für die Gattin des Botschafters beim nächsten Empfang fällig ist und der bei der nächsten Prüfung vom BMZ als »nicht abrechenbar« zurückgewiesen wird. Oder die vom Ministerium auf 200 DM festgelegte Pauschale für Essenseinladungen reicht wieder nicht. Man bringt auch Sachen unter, die finanziert werden müssen, obwohl sie formell nicht gemacht werden dürfen, beispielsweise den Empfang für den nächsten anreisenden Partei-Oberen, wo man sich als parteinahe Stiftung nicht lumpen lassen will. Unanständige Menschen haben größere Parallel-Kassen, zu denen sie kommen, weil - oft mit Einwilligung der Partner, die dann später davon profitieren,

schließlich wäscht eine Hand die andere - ein Projekt ordentlich und mit Belegen abgerechnet wird, das gar nicht realisiert wurde. Dann kann man der befreundeten Partei auch mal etwas zukommen lassen für Zwecke, die sich außerhalb der Begründungsmöglichkeit bewegen, etwa für die direkte Finanzierung eines Wahlkampf-Spots im Fernsehen.

## **Der geregelte Mittelabfluß**

Der Zentrale ist eine Sache besonders wichtig, die für sich ein merkwürdiges Verhältnis zum Geld hervorbringt: Wenn man merkt, daß man weniger Geld ausgeben muß, als man hat, soll man Einsparungserklärungen abgeben; wenn man mehr Geld braucht, als man hat, soll man Aufstockungsanträge stellen; aber eines muß man in jedem Fall sicherstellen, nämlich daß keine unverbrauchten Reste übrigbleiben. In den letzten vier Monaten des Jahres wird man mit der Telex-Knute der Zentrale um sofortige Stellungnahme gebeten, wenn unverbrauchte Reste übrigzubleiben drohen. Das Wichtigste ist, daß das Geld ordnungsgemäß ausgegeben wird, wobei ordnungsgemäß nicht den Vorschriften entsprechend heißen muß. Der terminus technicus dafür heißt im entwicklungspolitischen Slang: »Der geregelte Mittelabfluß muß gesichert sein.« Im Zweifelsfall wird ein Projekt danach beurteilt, ob die Finanzen klappen, und das heißt: ob jeweils am Ende des Jahres möglichst plus-minus Null da steht.

So ist das Stiftungsbüro im Ausland gleichzeitig ein Apparat gigantischer Mittelverschwendung. Da wird im Gastland ein Eisenbahnzug der Luxus-Klasse gechartert, damit ein nationaler Politiker der nahestehenden Partei »seinen« Wahlkampfbus hat, mit dem er standesgemäß landauf-landab fahren kann, um dabei 300.000 kleine Wahlkampfgeschenke zu verteilen, die aus demselben Stiftungsprojekt finanziert werden. Jeder Stiftungsmitarbeiter kennt etliche solcher Beispiele, wo heil- und sinnlos Geld verschwendet wird; wenn man selber so etwas machen und die Begründungen für das BMZ schreiben muß, kann man nur noch zum Trinker werden. Weil die Mitarbeiter diese Fälle aber zumindest kennen, ärgern sie sich umso mehr über die Knauserigkeit der Zentrale bei der Geldvergabe, wenn die eigenen Projekte betroffen sind oder wenn bei einer Sache, die man für richtig hält, wegen ein paar »lumpiger Tausender« Schwierigkeiten gemacht werden. Im Hin und Her zwischen sporadischer Sparwut und politisch begründeter Verschwendungssucht empfindet jeder Mitarbeiter ein Stück Verlogenheit.

## **Die Nähe zur Macht**

Im Vergleich zur persönlichen Situation in Deutschland kommen die Stiftungsfunktionäre im Gastland viel mehr mit »Führungskräften« und »Entscheidungsträgern« in Kontakt. »Ran an die Entscheidungsträger!«, das ist die Devise aller deutschen politischen Stiftungen. Das eigene Selbstbewußtsein wird dadurch stark beeinflusst. Man lernt einen größeren Teil nationaler »Entscheidungsträger« und »Machtinhaber« kennen als je in der Bundesrepublik. Man lernt - und das ist das Verrückte - auch viel mehr deutsche berühmte und wichtige Persönlichkeiten kennen, als man jemals in Deutschland kennenlernen würde. Und bald glaubt man, ein Stück weit dazuzugehören.



Dabei wächst der Zynismus mindestens so stark wie das Verantwortungsgefühl. Man wird zynischer gegenüber jeder Art von Entscheidung und Entscheidungsträgern. Das ist der Preis - oder auch Lohn - dafür, daß man die Leute intimer kennenlernt. Wenn man die schmutzige Wäsche aus eigener Anschauung kennt und merkt, wie stark persönliche Strukturen in Entscheidungen eingehen, dann lernt man, daß Politik ein schmutziges Geschäft ist, und man wird zynisch, auch weil man längst ein Teil davon geworden ist und sich als solcher begreift.

Wer wenig Distanz zu sich selber hält, fühlt sich als wichtiger Teil des Spiels und überhöht die eigene Rolle. Mancher meint wirklich, es sei wesentlich, was die Stiftung oder man selbst dazu zu sagen hat, ob das Land links oder rechts regiert wird, ob dieses oder jenes Gesetz angenommen wird oder nicht. Mit Verantwortungsgefühl hat das aber nichts zu tun, eher mit Selbsttäuschung. Man meint, die Geschehnisse mitbestimmen zu können, und diese Überschätzung der eigenen Funktion ändert dann auch die eigenen Karrierevorstellungen. Man denkt nicht mehr daran, zukünftig Referent in der Zentrale zu bleiben.

## **Der rote Teppich für den Chef**

Besuche aus Deutschland sind das Allerwichtigste. Sie sind mindestens so wesentlich wie gute Berichte und können über alles entscheiden. Gute Besucherbetreuung kann der Karriere förderlich sein, schlechte sie zum jähen Einsturz bringen. Das gilt besonders für Besucher aus der Zentrale, noch mehr für Besucher aus der Partei. Auch wenn man der Partei als Stiftungsmitarbeiter nicht angehört, ist man nicht nur ein besseres Reisebüro, sondern bei wichtigen Besuchern ist die Stiftung auch dann zuständig, wenn die Botschaft eingeschaltet wird. Je hochrangiger der Besucher, desto größer die Angst des Stiftungsmitarbeiters, irgendetwas könnte schief gehen.

Das Schlimmste, was passieren kann, ist, daß der Chef der Zentrale kommt. Oder der Parteivorsitzende. Das muß laufen wie am Schnürchen. Vorher rinnt der Angstschweiß, weil man weiß, wieviel davon abhängt, ob der sich in den drei, vier Tagen wohlfühlt. Das Hotelzimmer muß richtig sein; bedacht werden muß, daß dieser Mensch keinen Fisch mag, also kein Fischrestaurant in Frage kommt. Für Neulinge ist diese Situation entsetzlich, weil sie die Besucher nicht kennen; für alte Hasen noch schlimmer, weil sie genau wissen, wie entscheidend eine gute Besucherbetreuung ist.

Nehmen wir zum Beispiel einen Stiftungsmitarbeiter, dessen Projekt nicht gut angesehen ist und dessen Zeitvertrag demnächst auslaufen und nicht verlängert werden soll. Wenn der erfährt, daß der Vorsitzende des Kuratoriums seiner Stiftung kommt, wird er alles daran setzen, daß ein Projekt vorgeführt wird, das einwandfrei aussieht. Er wird dafür sorgen, daß sein Besucher die hochrangigsten Gesprächspartner bekommt, die man kriegen kann. Wenn es ginge, würde er am Flughafen einen roten Teppich auslegen lassen und den Präsidenten des Gastlandes händeringend bitten, den Mann zu empfangen. Er wird ihn im besten Hotel unterbringen und im Zweifelsfall auch nicht davor zurückschrecken, ihm eine bewaffnete Leibwache an die Seite zu stellen, wenn er in Erfahrung bringt, daß es diesen Mann beeindruckt, wenn ein Militär ihn abholt und einen Posten vor seine Tür kommandieren läßt. Das ist deshalb so wichtig, weil die Zentralen die Arbeit der Mitarbeiter nur sehr schwer beurteilen können. Die Chefs noch weniger, weil sie gar nicht wissen können, was jeder

Einzelne macht. Für sie ist der Besuch aber sehr wichtig, und je höher der Rang der Gesprächspartner ist, desto klarer hat der Mitarbeiter den »wahren« Rang des Stiftungspräsidenten erkannt. In der Zentrale wird zur selben Zeit ebenso gezittert, ob alles richtig läuft.

Man wird jeder persönlichen Macke des Besuchers Rechnung tragen. Die Bürokräfte werden eingeteilt, um nach den Vorlieben des Gastes Mitbringsel auszusuchen oder die Ehefrau des Besuchers bei einem Sonderprogramm in Museen zu begleiten. Solche Kleinigkeiten erweisen sich hinterher als ebenso wichtig wie das Gesprächsprogramm oder das eigene Projekt.

## **Konkurrenz und Kumpanei**

Die Beziehungen zu den anderen deutschen Stiftungen vor Ort sind gekennzeichnet durch Konkurrenz und Kumpanei. Da mehrere Stiftungen laut BMZ nicht gleichartige Projekte fördern dürfen, richtet sich die Konkurrenz auf den Zugang zu bestimmten Führungskreisen des Gastlandes: Wen kann man auf seine Seite ziehen?

Das Kumpaneiverhältnis ist davon geprägt, daß die Auslandsmitarbeiter wissen, daß die anderen Stiftungen für bestimmte Zwänge Verständnis haben. Bei der Besucherbetreuung etwa wird jeder bereit sein, einen Besuch auf dem Land zu organisieren, falls die betreuende Stiftung kein geeignetes ländliches Projekt anbieten kann.

Die Zusammenarbeit funktioniert ebenso gut, wenn es darum geht, gemeinsame Interessen gegen die deutsche Botschaft zu vertreten. Da die Botschaft für alle Stiftungen im Land zuständig ist und formelle Aufsicht über sie ausübt, ist die große Koalition gegen die Botschaft selbstverständlich. Das hat einen besonderen Grund: Die Botschaft muß jede Gehaltserhöhung für das einheimische Personal, Mieterhöhungen oder größere Ausgaben für die Infrastruktur der Büros abzeichnen. Angemessenheit und Ortsüblichkeit müssen von der Botschaft bestätigt werden, wie es im Abrechnungsdeutsch heißt. Also wird man sich zwischen den Stiftungen über die der Botschaft abgerungenen Bestätigungen austauschen; hier läuft die Kommunikation sehr gut.

## **Die beschränkten Diplomaten**

Botschaftsleute und Stiftungsmitarbeiter konkurrieren miteinander wie das Auswärtige Amt und das BMZ. Leute vom BMZ und mit ihnen auch alle Stiftungsmitarbeiter halten die Botschaftsleute für Überflieger und für etwas dumm. Als wirkliche Kenner des Landes begreifen sich die Stiftungsvertreter. Es ist das Klischee vom Diplomaten, das den Botschaftsleuten anhaftet, der Ruch, im Zweifelsfall auch nach zwei Jahren nicht einmal die Sprache des Landes zu beherrschen. Die Diplomaten haben ihrerseits immer Angst davor, daß die Stiftungen irgendetwas tun, wovon sie nicht unterrichtet sind. was aber dem Auswärtigen Amt und der bundesdeutschen Außenpolitik schaden könnte.

Gleichzeitig ermöglicht die Stiftungstätigkeit, gleich welcher politischen Couleur, einen Zugang zu Interessengruppen, der sonst für die bundesdeutsche Außenpolitik schwierig wäre.

Die Botschaft würde beispielsweise niemals an Bauernverbände so leicht »herankommen«, wie das jede Stiftung kann. Das Berichtswesen der Stiftungen ist ein exzellentes Informationsnetz und Frühwarnsystem. Die Stiftungsbüros sind eine Vermittlungsinstanz zu Gruppen, die man für ein engeres Verhältnis und bessere Beziehungen zur Bundesrepublik und für deren Außenpolitik nutzbar machen kann. Was das Kontaktnetz angeht, das dazu noch quasi öffentlich funktioniert, so sind die deutschen Stiftungen zusammen wahrscheinlich sogar der CIA überlegen.

## **Der wirkliche Experte**

Spätestens vom ersten Deutschlandbesuch an fühlt man sich als Experte. Man glaubt, verstanden zu haben, wie das Gastland funktioniert, wer wofür zuständig und wichtig ist. Dieses Expertenwissen wird von den Stiftungen systematisch verwertet. Neben den Projektberichten, die pünktlich ans BMZ gehen müssen, schreiben die Stiftungsfunktionäre noch eine Unzahl von anderen Berichten, Papieren, Gesprächsprotokollen, Kurzbeschreibungen und Konjunkturanalysen, aus denen die Zentrale Kurzpapier erstellt, die an Parlamentarier, Ministerien, Verbandsfunktionäre in der Bundesrepublik weitergereicht werden. Dieses Expertenwissen wird nur einem sehr kleinen Kreis zugänglich gemacht und ist keineswegs öffentliches Wissen.

Schon beim ersten direkten Kontakt mit der Zentrale spürt man die eigene Überlegenheit als Experte. Das kann im Fall eines Konflikts mit der Zentrale geschehen, wenn diese etwa den Förderungsvorschlägen, die man ihr unterbreitet, nicht folgen will. Irgendwann stellt man sich die Frage: »Wer versteht denn nun eigentlich etwas von dem Land? Die oder ich?« Und kommt zu dem Schluß: »Die haben doch keine Ahnung, was hier los ist!«

## **Die Angst vor dem Ende**

Das schlimmste Kapitel im Lebensabschnitt eines Stiftungsfunktionärs betrifft die Erwartungen für die Zeit nach der Rückkehr in die Bundesrepublik, weil man sich an den Gedanken gewöhnen muß, daß man »zusammenbrechen wird. Man wird nicht mehr das schöne Büro haben, wird alle Privilegien verlieren, keinen eigenen Fahrer mehr haben, keinen Dienstwagen, keine Dienstboten, und man wird der Macht nicht mehr so nahe sein.

Die Überlegungen kreisen - vor allem bei den Neulingen - darum, in der Zentrale der eigenen Stiftung oder bei einer Institution der bundesdeutschen Entwicklungspolitik weiterzuarbeiten. Die »alten Hasen« stellen sich vor, daß sie eine Stufe höher kommen. Für Neulinge, die zum ersten Mal mit Macht und Geld zu tun hatten, ist die Vorstellung furchtbar, in der DSE, der GTZ, dem Ministerium oder der Stiftung als Referent oder Mitarbeiter zu sitzen, einen Abteilungsleiter direkt nebenan und nicht einen Chef 12.000 Kilometer weit weg zu haben. Viele haben das Gefühl, sie könnten dann gar nichts mehr machen. Die Zentralen erscheinen so schlimm wie Galeeren: Sträflingsarbeit, Rudern, und jemand anders gibt die Anweisungen. Die im Ausland genährte Phantasie läuft darauf hinaus, eigene Zuständigkeiten zu haben, Verfügungsgewalt und ein Stück Entscheidungsgewalt. Und auf einmal merkt man:

Das wird es in Deutschland nicht geben. Denn soviel Realitätssinn hat jeder, um zu wissen, daß die Tätigkeit in der Zentrale oder einer anderen Institution das nicht bieten wird.

Also kommen neue Phantasien auf: »Weg davon! Irgendwie muß man das anders machen! Ich kenne doch jetzt unheimlich viele Leute! Wozu habe ich denn Warnke (oder Matthöfer oder Heck) kennengelernt? Da muß doch etwas möglich sein!« Und man beginnt, sich als der gesuchte Experte zu fühlen: »Die werden das schon wahrnehmen, daß ich über das Land jetzt so viel weiß! Ich kenne dort Gott und die Welt.« Die einen setzen auf Consulting, wieder rausgehen, Kohle machen, Wissen verwerten; die anderen resignieren und gehen in die Zentrale.

Was auch immer das Ergebnis dieser Überlegungen ist, der Schreck, zurück zu müssen, ist furchtbar. Man muß eben nach der Rückkehr zurück ins Glied. Im Ausland ist man »wichtig«. Jeder Stipendiat läuft durchs Büro, jeder Besucher. Jeder klingelt in so einer Stiftung an und tauscht Neuigkeiten aus. Wenn man sich selber wichtig fühlen will, sind einem dafür unendliche Möglichkeiten geboten. Wen interessiert in der Bundesrepublik aber schon Herr X, der mal irgendwo in Lateinamerika im Land Y war?

## **Das kleinkarierte Eigenheim**

Gleichzeitig weiß man, daß man einen finanziellen Einbruch erleben wird. Man wird sicher von 8.000 DM auf 3.000 bis 4.000 herunterkommen. Also muß man das im Ausland gesparte Geld sinnvoll anlegen, etwas für die eigene Existenzsicherung auf längere Sicht tun. Im Zweifel kommt am Ende bei den meisten Leuten ein Eigenheim heraus, und zwar ein Eigenheim, das den Vergleich mit den großen Tönen, die im Ausland gespuckt wurden, nicht aushält, weil es so popelig ist, so sehr kleinkarierte Mittelklasse, vor allem aber kleinkariert. Der Sprung zurück in die Mentalität, aus der man eigentlich kam, vollzieht sich sehr einfach und sehr schnell. Der Rückfall in die eigene alte Persönlichkeitsstruktur und das ganze Umfeld passiert viel schneller, als die meisten Leute das im Ausland vorher von sich gedacht haben.

## **Und was folgt nun aus dem Ganzen?**

Wenn man den skizzierten Werdegang des Auslandsmitarbeiters einer deutschen politischen Stiftung in Lateinamerika Revue passieren läßt, drängt sich die Frage auf, ob eine andere Art von Stiftungsarbeit denkbar wäre, bei der sich die beschriebene Prägung der Mitarbeiter vermeiden ließe. Diese Frage kann nicht eindeutig beantwortet werden; immerhin lassen sich Zweifel an einem unbekümmerten »Ja« anmelden.

Das Problem beginnt schon bei der Einrichtung von Stiftungsbüros im Ausland und bei der Entsendung qualifizierter bezahlter Mitarbeiter. Natürlich könnte eine andere Bezahlung, die sich weder an den hohen Normen der Bundesrepublik noch an den Standards der Privilegierten im Gastland orientieren würde, dazu beitragen, daß die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihr Alltagsleben anders organisieren müssen und beispielsweise von vornherein

Wohnungen in anderen Vierteln suchen. Die zentralen Zwänge der Stiftungsarbeit blieben dennoch bestehen.

Gemeint ist hier die Institutionslogik im Verhältnis zwischen der Zentrale in der Bundesrepublik und dem Büro im Ausland. Es ist schwer vorstellbar, wie - auch als Ergebnis der Finanzierung der Stiftungen - die Zurichtung der Tätigkeit und der Person des Auslandsmitarbeiters auf die Sichtweise und die Sachzwänge einer bundesdeutschen Verwaltungsebene vermieden werden könnte. Und aus der Logik dieser Apparate ergeben sich mit einer verhängnisvollen Zwangsläufigkeit viele der Implikationen, die hier benannt worden sind.

Weiterhin wird man auch bei aller Vorsicht kaum vermeiden können, daß Geld bei der Stiftungsarbeit eine beherrschende und bestimmende Rolle spielt. Solange der Mitarbeiter die Funktion eines Finanziers wahrnimmt und davon auch sein Selbstverständnis bestimmen läßt, wird die Wahrnehmung von Projekten und Partnern von einer Verzerrung der gegenseitigen Erwartungen und Beziehungen geprägt sein. Es ist daran zu erinnern, daß die Weiterleitung von Geldern an basisnahe Gruppen in der Dritten Welt in der entwicklungspolitischen Diskussion ohnehin nicht mehr unbesehen für gut gehalten wird, seit sich vielfach gezeigt hat, welche auch negativen Auswirkungen eine Finanzierung von außen für engagierte Projekte und ihre Träger haben kann.

Selbst wenn eine der Partei der GRÜNEN nahestehende Stiftung in ihren politischen Zielen und ihren Methoden internationaler Arbeit grundsätzliche Unterschiede zu den etablierten Stiftungen aufweisen würde. Müßte sich noch zeigen, ob sie eine grundlegend andere Arbeitsweise von Büros, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ausland entwickeln könnte, ohne daß die Zwänge der Apparatelogik und die bestimmende Rolle des Geldes sie einholen. Alle diese Faktoren zusammengenommen, ist es nicht unwahrscheinlich, daß eines Tages auch die Zentrale einer Stiftung der GRÜNEN von der Idee beherrscht würde, ihre Vertreter im Ausland so zu »steuern«, daß auch sie ein Leben für den geregelten Mittelabfluß führen.

## (AG 3)

medico international e.V.

<http://www.medico-international.de/projekte/nicaragua/palmerita.asp>

### Palmen für Palmerita

**Seit 2003 steht medico in Kontakt mit arbeitslosen Landarbeitern, die sich organisiert haben, um sich mit dem Aufbau eines eigenen Dorfes eine neue Existenz zu gründen. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen mit der nicaraguanischen Regierung um Land und Unterstützung kann dieses Dorf nun entstehen. Hier die Vorgeschichte von "Palmerita", erzählt von unserem Projektkoordinator vor Ort Walter Schütz.**

**A**m 7. September 2005 erhielt Rodrigo Salmeron, Bürgermeister von Malpaisillo, einer Gemeinde im Departamento León, ein vom Notar des Staates Nicaragua ausgefertigtes Dokument. Amtlich wird darin bestätigt, dass eine 500 Hektar große staatliche Hazienda an die Gemeinde übertragen wurde, um sie nun unter 153 Familien aufzuteilen. Die Familien seien mit entsprechenden Landtiteln auszustatten, heißt es in dem Dokument. Ein Etappensieg für die Landarbeiter-Familien von Palmerita. Seit fünf Jahren leben sie unter Plastikplanen und in Elendshütten vom Betteln und von Almosen. Nun wollen sie nach dem Vorbild von [El Tanque](#), wo sich Überlebende des Hurrikan Mitch mit der Unterstützung von medico eine neue Existenz aufgebaut haben, ebenfalls ein neues Dorf gründen.



Siegen lernen heißt auch Gesetze schreiben, Palmerita 2005. Foto: medico

### **Die Kaffeekrise**

Doch erzählen wir die Geschichte von Anfang an. Es begann mit einer menschengemachten Katastrophe, mit dem dramatischen Verfall der Kaffeepreise, der mit der Jahrtausendwende die nicaraguanische Ökonomie in eine tiefe Krise stürzte. Hunderte von Kaffeefincas im Raum La Dalia, La Tuma und Matagalpa konnten nicht einmal mehr kostendeckend

produzieren und gingen Pleite. Getroffen aber wurden vor allem die auf den Fincas lebenden Tagelöhner. Um sie in Abhängigkeit zu halten, hatte man ihnen in der Vergangenheit statt eines gerechten Entgelts den Hungerlohn mit einem Stückchen Land versüßt. Dort bauten sie Kochbananen, Yuca, Mais und Bohnen für den Eigenbedarf an. Rechtlich waren die schmalen Gärtchen im Besitz der Hazienderos; mit dem Bankrott der Fincas wurden sie nun Teil der Konkursmasse.

## ***Hungermarsch nach Managua***

Die Banken drängten auf Verkauf und darauf, dass die Fincas "sauber" - sprich frei von Tagelöhnern seien. Man vertrieb sie, indem man die Minifundien gezielt zerstörte. Einige hundert Familien organisierten schließlich einen "Hungermarsch", der es sogar in die Weltpresse schaffte. Zuerst besetzten sie in der Provinzhauptstadt Matagalpa wochenlang den Stadtpark. Schließlich kampierten sie im Park vor dem Parlament in der Hauptstadt Managua. Das war unmittelbar vor den Präsidentschaftswahlen. Die "liberale" Regierungspartei wollte keine Hungermarschierer, die den Wahlkampf stören. Also versprach sie jeder Familie Land, ein Dach über dem Kopf, Samen und Werkzeuge. Das war vor vier Jahren.

Man versprach ihnen die 500 Hektar große Hazienda "La Palmerita". Eine Hazienda im Staatsbesitz in der Gemeinde Malpaisillo. Ein geschickter Schachzug, denn nun waren die Tagelöhner im armen Malpaisillo "geparkt". Ein Ort noch dazu mit sandinistischer Mehrheit. Nach den Wahlen waren erst einmal alle Versprechen vergessen.



Die arbeitslosen Landarbeiter von Palmerita bezwangen die Bürokratie und gründeten ein Dorf. Foto: medico

## ***Wahlverwandtschaften***

2003 erfuhren die vom provisorischen Leben unter Plastikplanen müden und zerstrittenen Hungermarschierer von El Tanque. Ein Dorf wie dieses schwebte ihnen auch für Palmerita vor: menschenwürdiges Wohnen, eine ökonomische Perspektive und eine Dorfgemeinschaft, die gewissen sozialen Schutz zu bieten in der Lage ist. Bei der ersten Begegnung fand man schnell eine gemeinsame Sprache, weil man die Erfahrung teilte, in der Katastrophe gehandelt zu haben. Die Tanqueros rieten dem Besuch aus Palmerita: "Hört mit dem Krieg untereinander auf und organisiert Euch wieder." Außerdem halfen sie ihnen mit Essen und schufen Verbindungen zu den staatlichen Stellen in León, die für die Vergabe der Landtitel zuständig sind. Bei dieser Gelegenheit lernte auch medico die kampfbereiten Landarbeiter

kennen. Sie baten uns, ihnen beim Aufbau eines neuen Dorfes in Palmerita zu helfen. medico beauftragte neutrale Gutachter mit einer Machbarkeitsstudie. Ihr Ergebnis war, dass ein Projekt der integralen Gemeindeentwicklung durchführbar sei, wenn auch psychosoziale Unterstützung für die zukünftigen Siedler Teil des Programms wäre. Angesichts der langen Leidensgeschichte fehle manchem die Kraft und das Durchhaltevermögen für einen Neuanfang. Seitdem ist auch medico auf der Suche nach Unterstützung für die Familien von Palmerita.

### ***Fehlende Sicherheiten***

Klar war, mit Spendengeldern und öffentlichen Mitteln könnten die Menschen in Palmerita sich eine Zukunft aufbauen. Doch es fehlte die Sicherheit der Landtitel. Erst wenn der nicaraguanische Staat mit Brief und Siegel zusichere, dass die künftigen Bewohner von Palmerita die Landtitel bekommen, könne man über eine Mitfinanzierung des Projektes sprechen, signalisierte das Bundesministerium für Zusammenarbeit (BMZ). In Windeseile stellten wir eine Liste der Begünstigten zusammen. Viele hatten keinerlei Ausweisdokumente, nicht einmal eine Geburtsurkunde. Ein Richter und drei Zeugen übernahmen das im Schnellverfahren. So wurden aus Landarbeitern Staatsbürger, die nun ganz nebenbei auch zum ersten Mal wählen dürfen. Mit den 153 Familien, die künftig Bewohner von Palmerita sein werden, entwickelten wir gemeinsam einen Projektvorschlag: Infrastrukturmaßnahmen wie Straßen, Häuser, Schulgebäude, Kommunaleinrichtungen, Trinkwasserversorgung, Abfallbeseitigung, aber auch landwirtschaftliche Produktion mit einem Kreditsystem, Alphabetisierung und Grundschule für die Erwachsenen, Ausbildung in der Landwirtschaft, medizinische Prävention und psychosoziale Betreuung.



Landtitel sichern die Zukunft, Palmerita 2005. Foto: medico

### ***Das eigene Gesetz***

Doch noch immer fehlten die Landtitel. Wir rannten von Pontius zu Pilatus. Das kannten wir schon vom Kampf um die Landtitel in El Tanque. Hier eine kleine Chronologie: Der zuständige Beamte für die Verwaltung von Staatsland schrieb in der Sache an den Sekretär des Staatspräsidenten. Keine Antwort. Auf unser Drängen wandte er sich noch einmal an ihn mit der Bitte, das Land an den Bürgermeister von Malpaisillo zu übertragen mit der Auflage, es zugunsten der 153 Familien zu titulieren. Keine Antwort. Jemand ließ uns wissen, dass der Brief in den Aktenbergen der Rechtsabteilung des Präsidialamts liege. Also baten wir dort um eine Audienz. Dort teilte man uns mit, dass man einen Parlamentsbeschluss herbeiführen müsse, der dem Staat erlaube, das Land zu verschenken. Das aber könne zwei Jahre dauern, wenn es überhaupt je zustande käme. Man verwies uns an den Rechnungshof. Hier bestätigte



man uns die Sache mit dem Gesetz und entließ uns mit dem Hinweis: "Am besten macht ihr es gleich selbst und bringt es mit zwei Abgeordneten ins Parlament."

So machten wir ein Gesetz. Doch das war nichts gegen die Schwierigkeiten, die anderen notwendigen Dokumente herbeizuschaffen: Kopie des Grundbucheintrags; Nachweis, dass der Staat Eigentümer ist; Nachweis, dass auf dem Grundstück keine Hypotheken liegen; Nachweis, dass die Grundstückssteuern bezahlt wurden; Nachweis, dass der Bürgermeister ordnungsgemäß gewählt wurde; Nachweis, dass der Gemeinderat die Schenkung auch entgegennimmt. Dass es schließlich im Parlament so schnell behandelt wurde, ist zwei Abgeordneten zu verdanken, die das Gesetz einbrachten, und der Sekretärin des Parlamentspräsidiums. Sie hatte Verständnis für die Nöte der seit Jahren ausharrenden Kaffeearbeiter. Am Ende stimmten alle 72 Abgeordneten dem Gesetz zu. Nun ist die Sache unter Dach und Fach. Wir haben inzwischen mit der Aussaat begonnen, um die zweite Regenzeit in Nicaragua noch zu nutzen. Die Saat ist aufgegangen. Und mittlerweile hat das BMZ unseren Antrag auf Kofinanzierung bewilligt.